



# ARCHIVNACHRICHTEN

.....  
**1918 – Zeugnisse eines  
Umbruchs**  
.....

Von der Monarchie zur  
Republik  
.....

Fort mit den Preußen!  
.....

Mit dem Auge eines  
Spartakisten  
.....

Kostbares konsequent  
erhalten  
.....



# Inhalt

WOLFGANG ZIMMERMANN

3 || Editorial

## 1918 – ZEUGNISSE EINES UMBRUCHS

CHRISTOF STRAUSS

4 || Von der Monarchie zur Republik. Baden und Württemberg in der Novemberrevolution 1918

BIRGIT MEYENBERG

6 || „Fort mit den Preußen! Ra mit dem schwarzen Vogel!“ Die Revolution 1918/19 in Hohenzollern

ELKE KOCH

8 || 90 Jahre Frauenwahlrecht. Gab es in Württemberg eine Frauenstimmrechtsbewegung?

THOMAS KREUTZER

10 || Die Zerstörung eines Weltbilds – 1918 aus fürstlicher Sicht

MARTINA HEINE

12 || Alois Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg (1871–1952)

REGINA KEYLER

14 || Eugen Bolz – Dokumente über Leben und Nachleben

PETER MÜLLER

16 || Mit den Augen eines Spartakisten. Was die Tagebücher von Karl Fraaß erzählen

HANS-JOACHIM HIRSCH

18 || Der Sintflut Ende. Die Revolutionszeit von 1918/19 im Nachlass von Moritz Lederer

RAINER BRÜNING /  
MANFRED HENNHÖFER

20 || Baden im Ersten Weltkrieg. Die Neuerschließung des XIV. Armeekorps im Generallandesarchiv Karlsruhe hat begonnen

CORINNA KNOBLOCH

21 || „... daß es ein schlechtes Ende nimmt“. Fotografien und Postkarten zum Ersten Weltkrieg im Staatsarchiv Sigmaringen

TOBIAS MAHL

22 || Von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft. Die Paul Hartmann AG am Ende des Ersten Weltkriegs

PETER MÜLLER

24 || Akten mit Bild oder die „Erfindung“ der Passpflicht im Jahr 1914

SARAH BORNHORST

26 || Jugendkriminalität im Krieg. Ulmer Akten geben Auskunft

KAI NAUMANN

27 || Ein Haftort wird zweckentfremdet.

BERNHARD STUMPFHAUS

28 || „Das schöne Bild vom Wahn“. Weinsberger Patientenfotos aus dem frühen 20. Jahrhundert

## KULTURGUT GESICHERT

FRIEDER KUHN

29 || „... geräuschlos unberechenbare Zinsen ...“. Landesrestaurierungsprogramm sichert Kulturgut in großem Umfang

CORNELIA BANDOW

31 || Kostbares konsequent erhalten

BEATE DEGEN / ANDREAS KIEFFER

32 || Brandschäden vom Mittelalter bis zur Gegenwart.

KERSTIN FORSTMAYER

33 || Urkunden des Klosters Selz restauriert

## ARCHIV AKTUELL

RAINER BRÜNING

34 || Besuch des „Stage Technique International d’Archives“ im Generallandesarchiv Karlsruhe

KATI STEIN

34 || Wertvolle Ergänzung der Archivbestände: die Bibliotheken des Landesarchivs

PETER RÜCKERT

35 || Neues zum Tod König Philipps von Schwaben († 1208)

ALBRECHT ERNST

36 || Der erste Schritt zum Südweststaat. Dreiländertreffen auf dem Hohenneuffen 1948

## DAS LANDESARCHIV IN DER DIGITALEN WELT

GERALD MAIER

37 || Das Landesarchiv als Partner in europäischen Digitalisierungsprojekten

THOMAS FRICKE

38 || Schnelles und gezieltes Recherchieren. Neue Suchmaschine innerhalb des Online-Findmittelsystems des Landesarchivs

## QUELLEN GRIFFBEREIT

MARTIN HÄUSSERMANN /  
WOLFGANG ZIMMERMANN

39 || Württembergs Bevölkerung in Zahlen

WOLFGANG SCHNEIDER

40 || Franck & Kathreiner, Thomy und Co. Das Unifranck-Werbemittelarchiv in Ludwigsburg

## ARCHIVE GEÖFFNET: AUSSTELLUNGEN & VERANSTALTUNGEN

DIETER SPECK

42 || Sisyphe im Staub oder Kulturmanager? Freiburger Studierende gewinnen Einblicke in die Archivarbeit

HANNES HEER

42 || Verstumme Stimmen. Die Vertreibung der ‚Juden‘ aus der Oper 1933–1945

BERNHARD RÜTH / ANDREAS ZEKORN

44 || Alamannen zwischen Schwarzwald, Neckar und Donau. Ausstellung gibt Einblicke in die Lebenswelt des Frühmittelalters

JUDITH WIEDEMANN

45 || Schrift – Individuum – Geschichte

## GESCHICHTE ORIGINAL: QUELLEN FÜR DEN UNTERRICHT 36

JAN KOPPMANN

46 || Der Generalstreik 1919 in Ravensburg

54 || Neue Veröffentlichungen des Landesarchivs Baden-Württemberg

55 || Impressum

# Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

*1918 – Zeugnisse eines Umbruchs:* unter diesem Titel erinnert die neue Ausgabe der Archivnachrichten mit ihrem Leitthema an die dramatischen Veränderungen, die Deutschland vor 90 Jahren erschütterten. Die drohende militärische Niederlage löste im Herbst 1918 revolutionäre Unruhen im Reich aus, die auch den deutschen Südwesten erfassten. In wenigen Tagen brach im November die Monarchie zusammen, zeitgleich besiegelte der Waffenstillstand von Compiègne die militärische Niederlage des Deutschen Reichs. Mit der Annahme der Weimarer Verfassung wurde Deutschland zu einer demokratischen Republik.

Das Landesarchiv besitzt eine Fülle von Beständen, die aus ganz unterschiedlichen Perspektiven die Ereignisse der Zeit um 1918 in den Blick nehmen. Es sind authentische Zeugnisse einer Umbruchszeit, die nicht nur die politische Ordnung Deutschlands veränderte, sondern auch den Alltag der Menschen in vielfältiger Weise berührte.

Fürstliche Nachlässe lassen uns erkennen, wie die alten politischen Eliten des Kaiserreichs auf den „Umsturz“ reagierten. Das Tagebuch eines Spartakisten blickt mit den Augen des Revolutionärs auf das Jahr 1918. Der württembergische Staatspräsident und Zentrumspolitiker Eugen Bolz – sein Nachlass befindet sich seit kurzer Zeit vollständig im Hauptstaatsarchiv Stuttgart – steht für die demokratischen Werte der jungen Weimarer Republik. Sein Weg in den Widerstand weist zugleich auf das schnelle Scheitern der ersten deutschen Demokratie hin.

1918 war jedoch nicht nur ein politischer Umbruch: Wie die badischen und württembergischen Truppen das Kriegsende erlebten, erfahren wir aus der Überlieferung der Militärverwaltungen, aber auch der Regimenter dieser beiden Länder. Die umfangreichen Bestände werden heute im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Hauptstaatsarchiv Stuttgart aufbewahrt.

Firmenarchive weisen auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hin, mit denen die meisten Industriebetriebe nach Kriegsende zu kämpfen hatten. Die Paul Hartmann AG in Heidenheim an der Brenz – ihre Überlieferung befindet sich heute im Wirtschaftarchiv Baden-Württemberg in Stuttgart-Hohenheim – steht hier stellvertretend für zahlreiche Unternehmen. Not und Elend der ersten Nachkriegsjahre finden ihren Niederschlag in den Justizakten jener Zeit.

Wie direkt wir den Menschen vergangener Zeiten im Archiv begegnen können, erfahren wir, wenn wir die Passakten württembergischer Oberämter durchblättern. Geschäftsreisende und Künstler, Männer und Frauen schauen uns aus ihren Porträtaufnahmen an.

Archive verwahren nicht nur Akten. Die Fotografie wird in der Forschung immer mehr als eigenständige Quellengruppe anerkannt. Dr. Paul Kemmler, der Direktor der Heilanstalt Weinsberg, hielt den Alltag in der psychiatrischen Klinik bis in das Jahr 1918 in zahlreichen Fotografien fest, zugleich erstellte er Aufnahmen von Patienten. Dieser einzigartige Fundus wird ab November 2008 in einer Fotoausstellung im Staatsarchiv Ludwigsburg der Öffentlichkeit vorgestellt.

In den *Quellen für den Unterricht* wird das Leitthema der aktuellen Ausgabe der Archivnachrichten wieder aufgegriffen. Jan Koppmann (Staatliches Seminar für Didaktik und Lehrerbildung Weingarten) hat Dokumente zusammengestellt und erläutert, die eindrücklich zeigen, wie die Revolution in der oberschwäbischen Provinz ankam.

Selbstverständlich finden Sie auch in der neuen Ausgabe weitere Artikel aus allen Arbeitsbereichen des Landesarchivs. Besonders möchte ich Sie auf die Beiträge hinweisen, die sich unter der Überschrift *Kulturgut gesichert* mit aktuellen Fragen der Bestandserhaltung beschäftigen. Wir greifen damit das Thema des 78. Deutschen Archivtags auf, der im September



2008 in Erfurt unter dem Motto *Sichern für die Zukunft! Bestandserhaltung analoger und digitaler Unterlagen* stattfinden wird. Das Landesarchiv besitzt mit dem Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut ein international anerkanntes Kompetenzzentrum. Frieder Kuhn schildert in seinem einführenden Beitrag, welche Ziele mithilfe des Landesrestaurierungsprogramms in den letzten Jahren erreicht werden konnten und welche Aufgaben in der Zukunft zu bewältigen sind. Weitere Artikel gewähren den Leserinnen und Lesern Einblicke in die Ludwigsburger Werkstätten. So erfahren wir, wie Dokumente gerettet werden können, die Brandschäden erlitten haben. Und uns wird gezeigt, wie es den Konservatorinnen und Konservatoren gelungen ist, wertvolle rund 1000 Jahre alte Urkunden des elsässischen Klosters Selz dauerhaft zu sichern.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre der neuen Archivnachrichten.

Mit den besten Grüßen  
Ihr

Dr. Wolfgang Zimmermann  
Landesarchiv Baden-Württemberg

# Von der Monarchie zur Republik

## Baden und Württemberg in der Novemberrevolution 1918

Nach über vier Jahren Krieg, die militärische Niederlage des Deutschen Reichs vor Augen, geriet auch der Südwesten Deutschlands in den Sog revolutionärer Geschehnisse und politischer Umwälzungen, die mit den Matrosenaufständen in den norddeutschen Häfen ihren Anfang genommen hatten und am 9. November 1918 zur Absetzung des Kaisers und zur Ausrufung der Republik in Berlin führten.

Auch in Südwestdeutschland hatte der kräftezehrende Zweifrontenkrieg die wirtschaftliche Lage breiter Bevölkerungskreise immer weiter verschlechtert. In Baden war es bereits vor dem Herbst 1918 zu vereinzelt Streiks und Protestkundgebungen in Betrieben gekommen, ohne dass allerdings von einer flächendeckenden Bewegung gesprochen werden kann. Entscheidende Impulse erhielt die revolutionäre Bewegung durch heimkehrende oder durchreisende Matrosen. So bildeten sich ab 8. November in Baden Arbeiter- und Soldatenräte, zuerst in Lahr/Schwarzwald und Offenburg, dann in Karlsruhe und Mannheim (9. November).

Um den revolutionären Impuls aufzufangen, rief der Karlsruher Oberbürgermeister am 9. November einen Wohlfahrtsausschuss aus Stadtverwaltung, Stadträten und Parteien ins Leben, neben dem allerdings parallel ein zweites Gremium in Form eines Soldatenrats existierte. Nach Verhandlungen zwischen Wohlfahrtsausschuss und Soldatenrat kam es am 10. November zur Bildung einer vorläufigen Volksregierung, die in ihrem elfköpfigen Kabinett fast alle politischen Kräfte des Landes umfasste: Die SPD besetzte fünf Ministerposten und stellte mit Anton Geiß aus Mannheim auch den Vorsitzenden, der damit faktisch den Posten des Ministerpräsidenten einnahm. Die USPD erhielt ebenso zwei Ministerposten wie das Zentrum, die Fortschrittliche Volkspartei und die Nationalliberalen jeweils einen. Im Gegensatz zu den Arbeiter- und Soldatenräten erkannte der Großherzog die neue Regierung formal nicht an, nahm das Gremium angesichts der Lage und mangels eigener Handlungsoptionen aber hin. Ei-

nige von dem Matrosen Heinrich Klumpp zusammen mit einer Reihe von Kameraden auf das Karlsruher Schloss abgefeuerte Gewehrsalven reichten aus, damit der Monarch die Residenz fluchtartig durch den Schlossgarten verließ und sich nach Schloss Zwingenberg im Neckartal absetzte.

Die badischen Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte organisierten am 21. und 22. November 1918 in Mannheim eine Landesversammlung aller Räte, die sich zum Vorparlament erklärte. Diese Landesorganisation mit untergeordneten Ausschüssen arbeitete parallel zu den eigentlichen Behörden unter der vorläufigen Regierung, wobei diese duale Struktur fast folgerichtig zu Streitigkeiten zwischen Räten und Regierung führen musste. Zwar waren in der Zwischenzeit die alten Minister der großherzoglichen Regierung zurückgetreten, indessen wartete man bislang vergeblich auf die überfällige Abdankung Großherzog Friedrichs II., der der neuen Regierung immer noch die formale Anerkennung verweigerte. Am 13. November begaben sich daher Anton Geiß und der ehemalige Minister Heinrich von Bodman nach Zwingenberg, wo sie den Großherzog zumindest dazu bewegen konnten, auf die Regierungsgewalt zu verzichten. Der Erosionsprozess der alten monarchischen Staatsform war indessen nicht mehr aufzuhalten. Am 14. November wurden in Baden die freie Volksrepublik proklamiert und für den Januar 1919 Wahlen für die Verfassungsgebende Nationalversammlung festgesetzt. Friedrich II. war unterdessen zum Douglaschen Schloss in Langenstein im Hegau weitergereist, wo er am 22. November abdankte. Mit den Wahlen vom Januar 1919, aus denen das Zentrum als Sieger hervorging, und der drei Monate später erfolgten Verabschiedung der Verfassung hatte sich die Republik als neue Staatsform konsolidiert. Die badische Verfassung ist die einzige durch eine Volksabstimmung (13. April) bestätigte Verfassung der Weimarer Republik.

Mit der Verabschiedung der Verfassung verloren die Räte und ihre Organisationen mehr und mehr an Bedeutung. Am

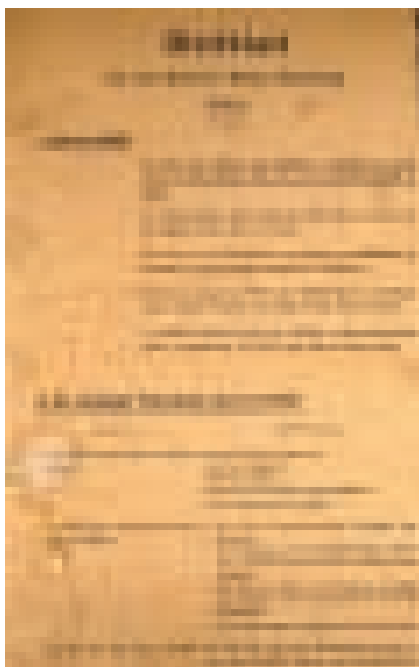
18. August bestimmte die 6. Landesversammlung der Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte die Auflösung aller Räte. Der Übergang von der Monarchie zur Demokratie hatte sich in Baden unblutig vollzogen. Der Großherzog war vergleichsweise geräuschlos von der politischen Bildfläche verschwunden, indessen blieben zahlreiche Liegenschaften in seinem Besitz, sodass er mit seiner Familie auch im Ruhestand ein durchaus mehr als bescheidenes Auskommen hatte.

Auch in Württemberg hatte die vierjährige Kriegszeit verheerende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung gehabt, die unter Mangelernährung und Epidemien zu leiden hatte. Noch bevor der revolutionäre Impuls von Norddeutschland her nach Württemberg vordringen konnte, war es – getragen von demokratischer Volkspartei, Sozialdemokraten, Zentrum und Nationalliberalen – am 6. November 1918 zu einem Teilerücktritt des Kabinetts unter Ministerpräsident Karl Freiherr von Weizsäcker gekommen. Auf maßgeblich von USPD/Spartakisten getragene Versuche, einen revolutionären Umsturz in Gang zu bringen, reagierte man mit Verhaftungen, was nun auch die SPD dazu bewog, sich massiv für eine Ablösung der Monarchie und die Errichtung einer demokratischen Staatsform starkzumachen. Am 9. November standen sich in Stuttgart dann die soeben erst vereidigten Minister der parlamentarischen Regierung unter Theodor Liesching (Volkspartei) auf der einen und die Aufständischen auf der anderen Seite gegenüber. Zahlreiche zentrale Punkte der Hauptstadt waren in der Hand der Aufständischen, die dort symbolisch die rote Fahne gehisst hatten. SPD, USPD, Gewerkschaften, Arbeiterrat und Soldatenrat einigten sich darauf, in Württemberg die Republik auszurufen und eine vorläufige Regierung zu bilden. Der noch im Wilhelmspalais verbliebene König Wilhelm II. wurde von Abordnungen des Soldatenrats zur Abdankung gezwungen und erhielt sicheres Geleit zum Jagdschloss Bebenhausen bei Tübingen. Wenige Wochen später, am 30. November



1

2



1918, verzichtete er als letzter deutscher Monarch endgültig auf den Thron.

Die Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 12. Januar 1919, aus denen mit MSPD, DDP und Zentrum die gemäßigten Kräfte als Sieger hervorgingen, verschafften der Regierung unter Wilhelm Blos (SPD) die demokratische Legitimierung. Im März 1919 wurde der Sozialdemokrat von der Landesversammlung zum Ministerpräsidenten gewählt, der die Amtsbezeichnung des Staatspräsidenten führte. Ein zweiter wesentlicher Schritt hin zur demokratischen Umgestaltung Württembergs war die Ausarbeitung einer Verfassung, der die Landesversammlung im April 1919 mit großer Mehrheit zustimmte. Damit verloren die immer noch bestehenden Arbeiter- und Soldatenräte an Einfluss. Das aus Baden bekannte Nebeneinander von Regierung und Räten war beendet.

Sowohl in Baden als auch in Württemberg hatte sich die Ablösung der Monarchie durch eine republikanische Staatsform unblutig vollzogen, sodass der neue demokratische Weg in beiden Staaten

zumindest in dieser Hinsicht ohne schwerwiegende Hypothesen beschränkt werden konnte. Dessen ungeachtet gerieten aber auch die beiden südwestdeutschen Länder in den Sog der allgemeinen Entwicklungen in der politisch und wirtschaftlich krisengeschüttelten Weimarer Republik. Die Gleichschaltungspolitik nach der nationalsozialistischen Machtergreifung setzte dann der staatlichen, demokratisch verfassten Eigenständigkeit Badens und Württembergs nach nur wenigen Jahren ein schnelles Ende.

CHRISTOF STRAUSS

1 | *Volkwehr Karlsruhe, 1919.*  
Vorlage: Landesarchiv StAF T 1 Nachlass  
Blankenhorn, Erich

2 | *Merkblatt für das Reserve-Miliz-Bataillon Karlsruhe, 1919.*  
Vorlage: Landesarchiv StAF W 100/1 Nr. 134

## Wichtige Daten im Überblick

### 1918

3. März | Frieden von Brest-Litowsk mit Russland, der keine nennenswerte Entlastung für die deutsche Westfront erbringt;  
März – Juli | Deutsche Offensiven an der Westfront bringen zwar Geländegewinne, aber führen keinen strategischen Durchbruch herbei;  
August | Durchbruch der Alliierten an der deutschen Westfront, Rückzug des deutschen Heers;  
3. Oktober | Max von Baden wird zum Reichskanzler berufen;  
Ende Oktober | Gehorsamsverweigerung von Matrosen der Hochseeflotte in Kiel und Wilhelmshaven, in der Folge Ausbreitung des Aufstands über ganz Deutschland;  
8./9. November | Bildung erster Soldatenräte in Baden;  
9. November | Revolution in Berlin; Max von Baden tritt zurück und verkündet

den Thronverzicht Kaiser Wilhelms II.; Friedrich Ebert übernimmt die Regierungsgeschäfte; in Berlin wird durch Philipp Scheidemann und Karl Liebknecht gleich zweimal die Republik ausgerufen; Machtübernahme durch revolutionäre Kräfte in Stuttgart, König Wilhelm II. verlässt Stuttgart;  
10. November | SPD und USPD bilden in Berlin den Rat der Volksbeauftragten;  
11. November | Unterzeichnung des Waffenstillstands in Compiègne;  
11./12. November | Flucht von Großherzog Friedrich II. aus Karlsruhe;  
13./14. November | Friedrich II. verzichtet auf die Regierungsgewalt; Proklamation der Freien Volksrepublik Baden;  
22. November | Abdankung Großherzog Friedrichs II. von Baden;  
30. November | Abdankung König Wilhelms II. von Württemberg.

### 1919

Januar | Wahlen in Baden und Württemberg;  
13. April | Zustimmung zur neuen Badischen Verfassung in einem Volksentscheid;  
26. April | Württembergische Landesversammlung stimmt der neuen Verfassung zu;  
28. Juni | Friedensvertrag von Versailles;  
31. Juli | Nationalversammlung beschließt Annahme der Weimarer Verfassung, die am 11. August durch Reichspräsident Ebert unterzeichnet wird.

# „Fort mit den Preußen! Ra mit dem schwarzen Vogel!“

## Die Revolution 1918/19 in Hohenzollern

Im Gegensatz zu anderen Gebieten in Preußen verlief die Revolution 1918/19 in Hohenzollern sehr gemäßigt. Dies dürfte der Grund für die spärliche Überlieferung der revolutionären Ereignisse sein.

In Sigmaringen und Hechingen wurden im November 1918 Arbeiter- und Soldatenräte und in einigen Landgemeinden Bauernräte gebildet, deren Aufgaben in der Aufrechterhaltung der Sicherheit, der Kontrolle der Behörden und der Sicherstellung der Ernährung bestanden. Vertreter des Zentrums und der Demokraten (DDP) forderten die Bevölkerung in Zeitungsaufrufen auf, den Anweisungen der Räte Folge zu leisten. Die Beziehungen der konservativen Regierung in Sigmaringen zum Soldatenrat gestaltete sich indes nicht ganz reibungslos.

Zu Ausschreitungen kam es im Lauf der Revolution nur in wenigen Fällen, die Angst vor linksradikalen Übergriffen war jedoch massiv. So bewog am 13. November 1918 eine Delegation des Zentrums und der Demokraten den Fürsten Wilhelm von Hohenzollern zum Verzicht auf Vorrechte und finanzielle Vorteile, um einem möglichen bewaffneten Ansturm von Arbeitern und Bauern auf das Schloss Sigmaringen vorzubeugen.

Am 14. November 1918 versammelten sich rund 800 Bauern in Hechingen zur Bildung eines Bauernrats für das dortige Oberamt. In der Versammlung fand sich eine Gruppe, die eine rote Fahne geschwungen und gerufen haben soll: *Fort mit den Preußen! Ra mit dem schwarzen Vogel!*

Seit Januar 1919 war im Sigmaringer Prinzenbau eine Sicherheitswache mit etwa 35 Soldaten vom Heuberg zur Garantie der Sicherheit von Stadt und Bevölkerung stationiert. Denn es ging das Gerücht, dass sich auch in Sigmaringen eine ultralinke Spartakusgruppe gebildet habe, die mit Unterstützung von Spartakisten aus Tübingen einen Sturm auf das Schloss plane und unliebsame Beamte absetzen wolle. Später stellte sich die neu gegründete Spartakusgruppe allerdings als Scherz einiger ehemaliger Soldaten heraus.

Zwischen der revolutionär gesinnten Sicherheitswache und der konservativen, monarchistisch eingestellten Hohenzollerischen Volkszeitung kam es zu ideologischen Auseinandersetzungen. Die Sicherheitswache, ursprünglich zur Abwehr von



*Demonstration von ehemaligen Kriegsteilnehmern vor dem Schloss in Sigmaringen am 1. Februar 1919.*

*Vorlage: Landesarchiv StAS Sa T 1 Nr. 75/264*

gewalttätigen Ausschreitungen aus dem linksradikalen Lager angefordert, hisste aus einem Fenster des Prinzenbaus, dem heutigen Dienstsitz des Staatsarchivs Sigmaringen, eine rote Fahne. Die Hohenzollerische Volkszeitung sah darin eine eindeutige Verwechslung von Pflicht und Gesinnung. Der Abzug von Sicherheitswache und Soldatenrat wurde gefordert.

Zu einer organisierten Demonstration von rund 400 Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten, an der sich auch Soldatenrat und Sicherheitswache beteiligten, kam es am 1. Februar 1919 in Sigmaringen. Im Verlauf der Demonstration wurde das Redaktionsgebäude der Hohenzollerischen Volkszeitung wegen eines Beitrags gegen den Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer besetzt und demoliert.

Nächstes Ziel des Zugs war das Regierungsgebäude, das allerdings verschlossen vorgefunden wurde. So zogen die Demonstranten schließlich zum Schloss, wo sie mit dem Fürsten über die Verteilung der von ihm gestifteten Zweimillionenspende an Kriegsbeschädigte verhandelten. Die Kundgebung wurde schließlich abgebrochen, da die Demonstranten ihre Züge nicht verpassen wollten. Dem Regierungspräsidenten Franz Graf von Brühl wurde am 3. Februar 1919 eine Resolution überreicht, in der die Ersetzung von weiblichen Hilfskräften durch Kriegsteilnehmer und die Absetzung des Regierungspräsidenten gefordert wurde. Für den ersten Punkt der Resolution versprach der Regierungspräsident Prüfung, den zweiten Punkt nahm er lediglich zur Kenntnis.

Gemäß Schreiben des Generalkommandos des XIV. Armeekorps in (Karlsruhe-) Durlach vom 21. Februar 1919 wurde der Soldatenrat Sigmaringen aufgelöst, die Auflösung des Soldatenrats in Hechingen folgte. Die im Prinzenbau stationierte Sicherheitswache war vermutlich bereits Anfang Februar abgezogen worden. Arbeiter- und Bauernräte bestanden bei der Landeskommunalverwaltung noch bis 1920.

BIRGIT MEYENBERG

# 90 Jahre Frauenwahlrecht

## Gab es in Württemberg eine Frauenstimmrechtsbewegung?

*Dazu haben wir nichts.* So lautete in den frühen 1990er-Jahren das Fazit eines ersten Beratungsgesprächs im Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Gesucht wurde damals nach Quellen zur Veränderung der Geschlechterrollen im Ersten Weltkrieg. Irgendwo in den Akten des Königreichs Württemberg musste es doch greifbar sein, wenn aus Wesen, die zuvor auf *Kinder, Küche, Kirche* beschränkt waren, „grundsätzlich“ gleichberechtigte und vor allem wahlberechtigte Staatsbürgerinnen wurden?

Es sind nur wenige Archivalien, die Auskunft über die Frauenstimmrechtsbewegung in Württemberg geben. Das liegt nicht an Aktenverlusten und schon gar nicht daran, dass derartige Quellen etwa von einer „männlich“ dominierten Überlieferungsbildung unterschlagen worden wären – wie in der Frühphase feministischer Mythenbildung manchmal behauptet wurde.

Die Bewegung für das Frauenwahlrecht war im Königreich Württemberg ein sehr zartes Pflänzchen. Erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg war es zur Gründung eines Württembergischen Vereins für das Frauenstimmrecht gekommen. Die Ortsgruppen in Stuttgart, Ulm und Tübingen hatten zusammen keine 300 Mitglieder. Die gewagteste Forderung, die von der württembergischen Frauenbewegung vor dem Ersten Weltkrieg je erhoben wurde, war die nach der Ausweitung des kommunalen Wahlrechts auf die Bürgerinnen. Immerhin: Die Diskussion um das Frauenstimmrecht hatte eindeutig bereits vor dem Krieg begonnen, nicht nur bei der Sozialdemokratie, die seit dem Erfurter Parteitag von 1891 die Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Programm verankert hatte.

Der Erste Weltkrieg unterbrach die Entwicklung zunächst. Bis Ende 1917 schien es undenkbar, *irgend eine Änderung in der Stellung der Frau vor dem Gesetz anzustreben, solange das Vaterland gegen äußere Feinde kämpfe und der Mann an den Fronten blute*, so die Stellungnahme der Tübinger Ortsgruppe des Katholischen

Frauenbunds. Doch allmählich kam Bewegung in die Sache, selbst im wenig frauenbewegten Württemberg. Zwischen Januar und Juni 1918 wurden der Regierung rund ein Dutzend Petitionen von Frauenorganisationen aus verschiedenen württembergischen Städten vorgelegt. Ein Argument hatten sie alle gemeinsam: Die Frauen hätten während des Kriegs vermehrt öffentliche Aufgaben in den Gemeinden übernommen und damit die Notwendigkeit bewiesen, sie noch weit mehr zur Mitarbeit in den Kommunen heranzuziehen. Daraus zog allerdings nur die Minderheit der Frauenvereine die Konsequenz, für die Frauen jetzt wenigstens das kommunale Wahlrecht zu fordern – von einem gleichberechtigten Wahlrecht zum Landtag oder Reichstag war nicht die Rede. Die Mehrheit begnügte sich mit dem bescheidenen Appell, die Kommunen sollten die Frauen stärker beteiligen und sie als *Beiräte oder Sachverständige* heranziehen zu denjenigen Maßnahmen, *die sich mit den ureigenen Aufgabengebieten der Frauen* betreffen.

Der Bericht des Staatsrechtlichen Ausschusses der württembergischen Abgeordnetenkammer ist ein Schlüsseldokument. Immerhin kam er zu dem Urteil, es liege *kein Anlass vor, bei der Frau ein geistiges Minus anzunehmen, vielmehr wird man der Frau zugestehen müssen, dass sie mit Bezug auf Intelligenz dem Manne ebenbürtig ist*. Aber dann folgte die Warnung: *Die größte Gefahr aber für die Familie, für die Aufgaben der Mutterschaft, für den häuslichen Frieden und das eheliche Glück ist die politisierende Frau*. Das war keine Außenseiterposition, sondern fand Zustimmung bis weit ins Lager der Liberalen hinein.

Vier Monate später war das Frauenwahlrecht – für alle völlig unerwartet – Tatsache! Die Frauen wählten und wurden gewählt in den Landtag, in die Verfassunggebende Nationalversammlung und in die Gemeinderäte. Das Frauenwahlrecht wurde zu einer *Errungenschaft der Revolution*, wie die Schwäbische Tag-

wacht schrieb. Zunächst nahmen alle Parteien die Wählerinnen sehr ernst. Selbst diejenigen, die wenige Monate zuvor den Frauen noch jede Fähigkeit und Möglichkeit dazu abgesprochen hatten, stellten jetzt weibliche Kandidaten auf. Doch bekanntlich wurde der Frauenanteil in allen Parlamenten von Wahl zu Wahl geringer. Wer weiß, wie das Frauenstimmrecht zustande kam, versteht jedoch besser, warum damit die Gleichberechtigung der Geschlechter noch längst nicht erreicht war.

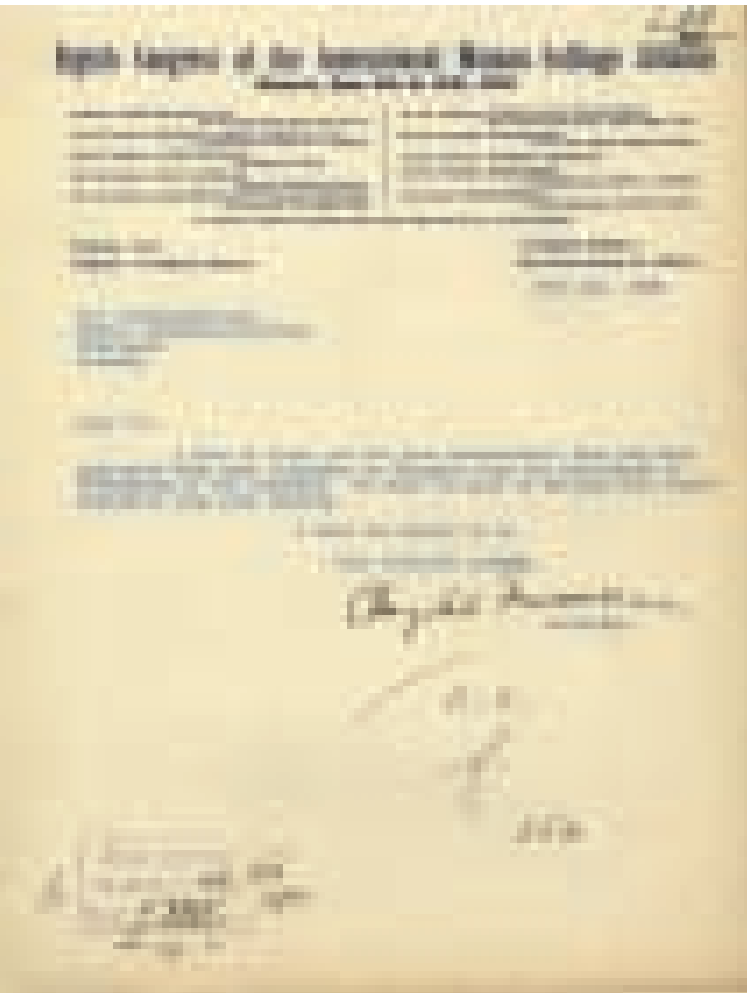
ELKE KOCH



# Zeitschrift für Frauenstimmrecht.

Organ für die staatsbürgerliche Bildung der Frau.  
Herausgeberin: Hanna Cauer.

1



2

1 | Titel der Zeitschrift für Frauenstimmrecht  
Nr. 13/14 von 1918.  
Vorlage: Landesarchiv HStAS E 130 a Bü. 422 Nr. 9

2 | Schreiben des Internationalen Frauenstimm-  
rechtsverbands an Staatspräsident Wilhelm Blos in  
Stuttgart vom 27. Mai 1920.  
Vorlage: Landesarchiv HStAS E 130 a Bü. 422  
Nr. 18

3 | Anna Ziegler, geboren am 10. Juni 1882, gestor-  
ben am 27. Dezember 1924 in Schwäbisch Hall,  
1919–1924 Mitglied des Heilbronner Gemeinderats,  
1920–1924 Reichstagsabgeordnete (USPD/SPD).  
Vorlage: Stadtarchiv Heilbronn, Fotosammlung  
n1210-91

3



# Die Zerstörung eines Weltbilds – 1918 aus fürstlicher Sicht

Mit der Abdankung Kaiser Wilhelms II. und der Gründung der ersten deutschen Republik brach im Jahr 1918 für einen Großteil des deutschen Adels ein Weltbild zusammen. Die Abschaffung der Monarchie bedeutete den Verlust des institutionellen Rahmens, durch den die Existenz des Adels als privilegiertem Stand seit Jahrhunderten legitimiert war. Politische Macht und gesellschaftliche Vorrangstellung waren plötzlich nicht mehr selbstverständlich. Doch der massive Systemumbruch, der sich in der Abschaffung alter Vorrechte und der Bildung neuer Eliten ausdrückte, ging trotz allem erstaunlich geräuscharm über die Bühne. Der Adel, insbesondere der privilegierte fürstliche Adel, schien sich in sein Schicksal zu fügen und wich der offenen Konfrontation mit den Anhängern der Republik aus, obwohl selbst innerhalb des Bürgertums nicht gerade radikaler Antimonarchismus vorherrschte.

Da die eher stille Implosion der einstigen gesellschaftlichen Führungsschicht kaum von öffentlicher Gegenwehr, etwa in Form publizistischer Äußerungen, begleitet wurde, bleibt man bei der Erforschung der persönlichen Sichtweisen und Reaktionen des Adels auf den demokratischen Umsturz und seine Folgen vornehmlich auf die private Perspektive von Korrespondenzen und Tagebüchern angewiesen. Somit stellen die Nachlässe von Angehörigen des Adels nicht selten die einzige Quelle dar, wenn man Näheres über die Bewältigung des einschneidenden Geschehens erfahren möchte.

Die Sichtweise der politisch einst einflussreichen fürstlichen Standesherrn spiegelt sich in besonderer Weise in den Nachlässen des Fürsten Ernst II. zu Hohenlohe-Langenburg (1863–1950) und seiner Familie wider, die im Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein verwahrt werden. Nicht allein Umfang und inhaltlicher Reichtum des Nachlasses, in dem sämtliche Lebensbereiche von der Jugend bis ins Greisenalter abgedeckt werden, sondern auch die prominente Stellung und Umtriebigkeit des Fürsten, der vielfältige Kontakte zu Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Kirche pflegte, machen die herausragende Be-



deutung dieses Bestands aus. An der Person des Fürsten Ernst lässt sich die Zerstörung eines Weltbilds durch die Ereignisse des Jahres 1918 besonders eindrücklich veranschaulichen. In der Folgezeit reduzierte der Adlige seine öffentliche Partizipation am Gemeinwesen deutlich, um stattdessen eine ausgeprägte Lobbyarbeit in Vereinen, Verbänden, Parteien und in der Kirche im Sinne restaurativ-reaktionärer Tendenzen zu betreiben.

Der Stellenwert von Ernsts Nachlass zeigt sich nicht zuletzt daran, dass er – neben anderen biografischen Materialien – für ein Forschungsprojekt an der Universität Bremen zur Sicht des Adels auf das ‚Schicksalsjahr‘ 1918 als Quelle herangezogen wird.

Auch die Nachlässe der weiblichen Angehörigen des Hauses Hohenlohe-Langenburg versprechen Aufschluss zu geben über das persönliche Erleben des Umbruchs aufseiten des Adels. Insbesondere die ausgiebige Korrespondenz von Ernsts Gattin Alexandra innerhalb des Verwandtenkreises dürfte für eine psychohistorische und mentalitätsgeschichtliche Herangehensweise fruchtbar sein.

Die Privatunterlagen werden durch das „normale“ Verwaltungsschriftgut aus der langenburgischen Domänenkanzlei ergänzt. Unterlagen über Mitgliedschaften

sowie Listen mit Vereinsbeiträgen in den Rechnungsbänden sprechen hinsichtlich der Aktivitäten Ernsts in nationalistischen und antidemokratischen Gruppierungen aller Art eine deutliche Sprache.

THOMAS KREUTZER



2

1 | *Der Fürst und sein Idol: Reichspräsident Paul von Hindenburg (Mitte) besucht Ernst II. (4. von links) anlässlich eines Manövers bei Bad Mergentheim, 1926.*  
Vorlage: Landesarchiv HZAN La 142

2 | *Fürst Ernst II. zu Hohenlohe-Langenburg, in Langenburg am 13. September 1863 geboren und am 11. Dezember 1950 gestorben, um 1926.*  
Vorlage: Landesarchiv HZAN La 142

3 | *Fürst Ernst II. beim familiären Kaffeeklatsch in Langenburg, 1938.*  
Vorlage: Landesarchiv HZAN La 142



3

# Alois Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg (1871–1952)

Eine führende Persönlichkeit im katholischen Leben Deutschlands

Auch er war ein Heimatvertriebener. Das stellte ihn auf die gleiche Stufe mit rund zwölf Millionen weiteren Deutschen. Was ihn zu einer herausragenden Persönlichkeit machte, war sein Engagement für den deutschen Laienkatholizismus.

Alois Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg wurde am 15. September 1871 in Kleinheubach am Main als sechstes Kind seiner Eltern Karl und Sophia geb. Prinzessin von und zu Liechtenstein geboren. Als erster seines Hauses beendet er seine Ausbildung mit einem akademischen Abschluss. Im Alter von 27 Jahren amtierte er beim Katholikentag in Neisse/Nysa als Vizepräsident und beerbte 1905 auf dem Katholikentag in Straßburg/Strasbourg seinen Vater als Präsidenten. Daneben ließ er sich zwischen 1907 und 1918 für das Zentrum in den Reichstag wählen. Mit dem Ende der Monarchie nach dem Ersten Weltkrieg, an dem er als Kriegsfreiwilliger teilnahm, stand er als Angehöriger des Hochadels vor Problemen mit seinem Selbstverständnis. Eine Kompensation fand er in der verstärkten Arbeit auf dem Gebiet des Laienkatholizismus. Dabei versuchte er, soweit das möglich war, der Politik möglichst aus dem Weg zu gehen. Neben seinen ständischen Funktionen muss seine Tätigkeit als Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholikentage

als seine wichtigste Aufgabe angesehen werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg musste die Familie ihren Besitz um Schloss Haid/Bor in Böhmen verlassen. Dort hatte Fürst Alois in den Jahren zuvor die Zentralverwaltung eingerichtet. Nach Kriegsende blieben die Registratur und die Archivalien aus Wertheim dort. Deshalb gibt es im heutigen Staatsarchiv Wertheim, das die Archive der Fürsten zu Löwenstein-Wertheim verwahrt, keinen geschlossenen Bestand, der die Arbeit des damaligen Familienoberhaupts des katholischen Fürstenhauses dokumentieren würde. Der Umfang der aus der geschilderten Ursache dezimierten Unterlagen sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Zwar berichtet Fürst Alois in einem Brief an den Prälaten Kreutz in Freiburg im Breisgau im November 1946, dass alle Akten und Bücher über die Katholikentage in Kleinheubach bzw. Haid/Bor verloren gegangen seien. Dennoch finden sich in den Beständen neben zahlreichen persönlichen Unterlagen auch Nachweise für seine Tätigkeit. Exemplarisch ist hier vor allem die rekonstruierte Korrespondenz aus den Jahren 1912–1914 und 1921–1926 zu nennen. Rekonstruiert deshalb, weil es sich um maschinenschriftliche Abschriften der teilweise in der Gabelsbergerschen Kurzschrift verfassten Manuskripte des damaligen Sekretärs

handelt. Für die Zeit von 1928 bis 1936 liegen weitere Stenogramme vor, die allerdings noch nicht übertragen wurden. Die in Böhmen verbliebenen Unterlagen wurden von den tschechischen Archivaren verzeichnet und liegen heute in der Zweigstelle Klattau/Klatovy des Staatlichen Gebietsarchivs Pilsen/Plzeň. Die im Staatsarchiv Wertheim verwahrten Unterlagen sind über ein Online-Findmittel erschlossen (StAWt Rosenbergsches Archiv Lit. D).

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Fürst Alois erst einmal heimatlos. Über sein Schloss in Kleinheubach konnte er nicht verfügen, und so fand er abwechselnd Aufnahme bei seinen Töchtern Sophie Gräfin von und zu Eltz und Monika Fürstin von Waldburg zu Zeil und Trauchburg sowie bei seinem Sohn Karl.

Mit dem Katholikentag 1948 in Mainz setzte Fürst Alois dem deutschen Laienkatholizismus einen neuen Anfang. Sein von tiefer Religiosität geprägtes Leben, das ein eindrucksvolles Beispiel für die Haltung und Sinnggebung hochadliger Existenz in den politischen und gesellschaftlichen Umbruchzeiten des 20. Jahrhunderts gibt, vollendete er am 25. Januar 1952 in (Wertheim-)Bronnbach, dem Wohnsitz seines ältesten Sohns und Nachfolgers Karl.

MARTINA HEINE



1



2



3

1 | Fürst Alois zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, geboren am 15. September 1871 in Kleinheubach, gestorben am 25. Januar 1952 in Wertheim-Bronnbach, 1951.

Vorlage: Landesarchiv StAWt R S 23

2 | Haid/Bor war bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs der Wohnort des Fürsten Alois und Sitz der löwensteinischen Zentralverwaltung, 1935.

Vorlage: Landesarchiv StAWt R S 23

3 | Fürst Alois mit seinem frisch vermählten Sohn Karl, dessen Ehefrau Carolina geb. dei Conti Rignon und seiner Gattin Josephine geb. Gräfin Kinsky beim Empfang des jungen Paares im böhmischen Haid/Bor, 1935.

Vorlage: Landesarchiv StAWt R S 23

# Eugen Bolz – Dokumente über Leben und Nachleben

## Hauptstaatsarchiv erhält Nachlass des württembergischen Staatspräsidenten

An einem heißen Tag Ende Juni 1928 versammelte sich eine mehrere Tausend Köpfe zählende Menschenmenge auf dem Cannstatter Wasen bei Stuttgart. Sie wartete auf die Landung eines Flugzeugs, das die sogenannten Ozeanflieger nach Stuttgart bringen sollte. Erstmals war es gelungen, den Atlantik in Ost-West-Richtung zu überfliegen, wegen des Gegenwinds ein weitaus riskanteres Unternehmen als der ein Jahr zuvor erfolgte Atlantikflug Charles Lindberghs von New York nach Paris. In den Vereinigten Staaten waren die Abenteurer begeistert gefeiert worden; und nach ihrer Rückkehr nach Europa absolvierten sie eine Ehrentournee durch Deutschland, die sie auch nach Württemberg führte. Zusammen mit seinen Fliegerkameraden wurde besonders Hauptmann Hermann Köhl, der aus Neu-Ulm stammte und in den Garnisonen Ulm und Ludwigsburg gedient hatte, in Stuttgart jubelnd empfangen.

Auf die öffentliche Ehrung mit Ansprachen auf dem Wasen folgte eine Fahrt durch die Stadt und ein Empfang im Neuen Schloss. Gastgeber war der soeben in das Amt eingesetzte Staatspräsident Eugen Bolz. In dessen Nachlass, der nun zu großen Teilen im Haupt-

staatsarchiv Stuttgart verwahrt wird, findet sich neben Zeitungsartikeln, die von dem Ereignis berichten, auch ein Fotoalbum, das ihm zu diesem Anlass gewidmet wurde. Bolz war von der Luftfahrt fasziniert: 1929 war er Gast an Bord eines Zeppelins, der in vier Tagen bis in den „Orient“ und zurück flog – von dieser Reise sind ein Tagebuch und mehrere Postkarten erhalten.

Aber nicht nur persönliche Interessen des Zentrumspolitikers werden in seinem Nachlass greifbar. Auch sein Weg in den Widerstand gegen den Nationalsozialismus spiegelt sich in einzelnen Dokumenten wider. 1933 wurde Bolz von den neuen Machthabern aus seinem Amt an der Spitze des württembergischen Staats gedrängt, nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er am 12. August inhaftiert und am 23. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Als wäre die Weiterbeschäftigung mit den Interessen des Ermordeten ein Vermächtnis, sammelte seine Familie bis zum Jahr 2000 weitere Zeitungsberichte und Broschüren zur Luftfahrt. Der weitest umfänglichste thematische Schwerpunkt dieser Sammeltätigkeit seit 1945 lag jedoch auf dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus und dem

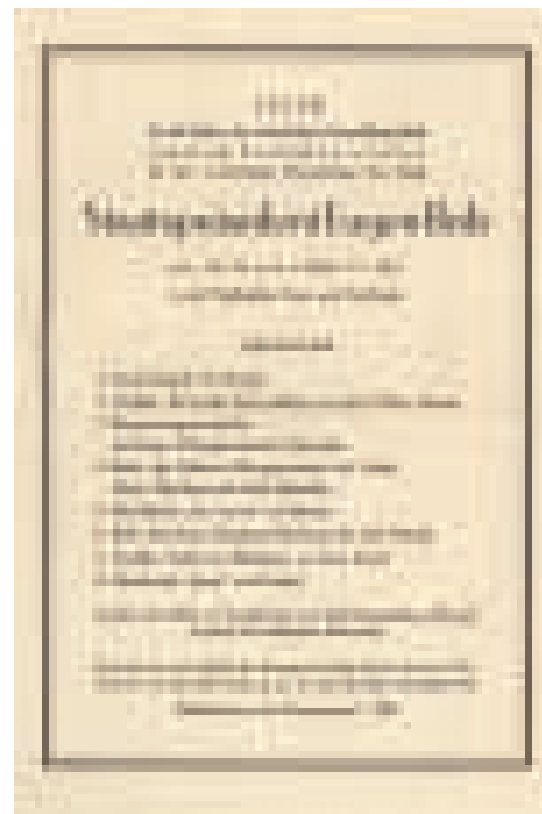
Gedenken an die Opfer des 20. Juli 1944.

Die Beschäftigung mit dem Schicksal Eugen Bolz' war dem Hauptstaatsarchiv bereits unmittelbar nach dem Krieg ein Anliegen: Der damalige Leiter Max Miller wertete für seine im Jahr 1951 unter dem Titel *Eugen Bolz. Staatsmann und Bekenner* erschienene Biografie nicht nur schriftliche Quellen aus dem Privatbesitz aus, sondern nahm auch Kontakt mit Zeitzeugen auf. Diese umfangreichen Unterlagen befinden sich heute im Nachlass von Max Miller im Hauptstaatsarchiv (Bestand J 40/7).

Der Nachlass von Eugen Bolz blieb zunächst im Privatbesitz der Familie. Teile der Unterlagen waren bisher als vielgefragte Quellen bereits in Form von Mikrofilmen und Kopien im Hauptstaatsarchiv einsehbar. Im Herbst 2007 wurden nun die Originaldokumente dem Hauptstaatsarchiv als Geschenk überlassen. Dazu kam noch weiteres Dokumentationsmaterial, welches von der Familie seit 1945 gesammelt worden war und einen ausgezeichneten Überblick über den Umgang mit dem Gedenken an die Opfer und Widerstandskämpfer gibt. Diese Sammlung harret noch einer detaillierten Erschließung.

REGINA KEYLER

*Programm der Gedenkfeier zum ersten Todestag  
von Eugen Bolz in Rottenburg am Neckar am  
20. Januar 1946.  
Vorlage: Landesarchiv HStAS Q 1/25 Bü. 60*





*Empfang der Ozeanflieger Hermann Köhl  
(1888–1938), James C. Fitzmaurice (1898–1965)  
und Ehrenfried Günther Freiherr von Hünefeld  
(1892–1929) auf der Terrasse des Neuen Schlosses  
in Stuttgart, Staatspräsident Eugen Bolz stehend in  
der 2. Reihe Mitte, 30. Juni 1928.  
Vorlage: Landesarchiv HStAS Q 1/25*

## Mit den Augen eines Spartakisten

Was die Tagebücher von Karl Fraaß erzählen

Selbstzeugnisse, gar Tagebücher, gehören nicht unbedingt zu den Dokumenten, die man in amtlichen Unterlagen und damit in einem staatlichen Archiv vermuten würde. Zwar finden sich solche Unterlagen in Nachlässen bedeutender Politiker, wie sie viele große Archive verwahren. Private Aufzeichnungen von Personen, die nicht zur Führungselite gehörten, oder gar solche von Oppositionellen würde man dagegen eher in den Beständen des Deutschen Tagebucharchivs oder eines Kommunalarchivs suchen. Es ist daher wie so oft einigen Zufällen zu verdanken – nämlich den Forschungsinteressen eines Ludwigsburger Archivars und seinen persönlichen Beziehungen –, dass vom Staatsarchiv Ludwigsburg 1981 die schriftliche Hinterlassenschaft des Stuttgarter Spartakisten Karl Fraaß (Bestand PL 7) übernommen werden konnte. Die Papiere enthalten neben diversen Korrespondenzen und einer Reihe von Fotos auch umfangreiche Tagebuchaufzeichnungen aus der Zeit unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs. Gerade Letztere ergänzen nicht nur die in der amtlichen Überlieferung erhaltenen Unterlagen über den Spartakisten, sondern stellen eine Quelle von eigenem Wert insbesondere für die Umbruchzeit unmittelbar nach dem Sturz der Monarchie dar.

Das Schicksal des im Jahr 1900 geborenen Karl Max Fraaß lässt sich wie das

1



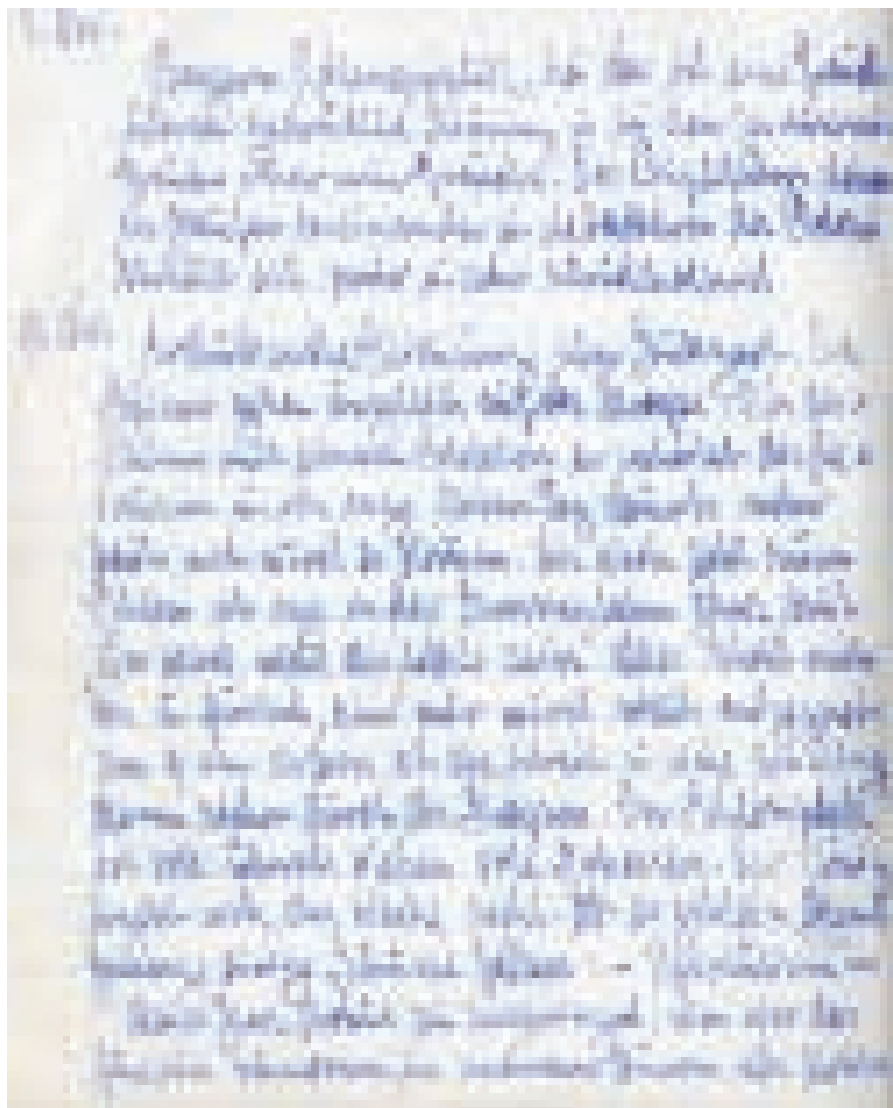
2



vieler seiner kommunistischen Zeitgenossen in seinen Grundzügen den ebenfalls im Staatsarchiv Ludwigsburg verwahrten Wiedergutmachungsakten entnehmen. Danach stieß Fraaß bereits in jungen Jahren zur KPD und betätigte sich auch in verschiedenen anderen sozialistischen Jugendvereinigungen. Beruflich war er bis zu seiner Entlassung im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1930 als Elektromonteur tätig. Anschließend ging er als Volontär zu einer sozialistischen Büchergemeinschaft, in deren Auftrag er sich mehrfach im Ausland aufhielt. In diesem Zusammenhang führten ihn Anfang der 1930er-Jahre auch zwei Reisen in die Sowjetunion. 1933 flüchtete er über die Schweiz nach Frankreich und betätigte sich dort mehrere Jahre als Verleger. Nach der deutschen Besetzung Frankreichs kehrte er illegal in die Schweiz zurück, von wo er nach Deutschland abgeschoben wurde. Hier war er wieder als Elektromonteur beschäftigt – unterbrochen durch einen Fronteinsatz bei der Organisation Todt.

Wie viele junge Leute seiner Generation führten auch Fraaß der Erste Weltkrieg und die mit ihm einhergehenden sozialen und wirtschaftlichen Umbrüche in die Politik. Die Revolution in Württemberg mit dem Sturz des Königs und der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sowie die sich anschließenden unruhigen Weimarer Jahre hat er unmittelbar miterlebt und seine Beobachtungen und Gefühle einem Tagebuch anvertraut, das im Oktober 1918 beginnt und mit größeren Unterbrechungen bis in die 1940er-Jahre reicht. Diese Aufzeichnungen sind nicht nur wegen der darin enthaltenen Berichte über die Ereignisse in Stuttgart von Interesse, sondern auch weil sie in ihrer Mischung aus politischem Radikalismus, jugendbewegter Naturbegeisterung und spätpubertären Gefühlsverwirrungen exemplarisch Aufschluss geben über Mentalität und Gefühlslage einer Generation junger Leute, deren Erwachsenwerden in die Zeit der sogenannten „Jahrhundertkatastrophe“ fiel und deren weiterer Lebensweg später nicht wenige bis in die Führungselite eines der totalitären Regime in Europa führte. Fraaß sind solche Erfahrungen erspart geblieben, seine Jugenderinnerungen verdienen aber vielleicht gerade deshalb eine besondere Aufmerksamkeit.

PETER MÜLLER



3

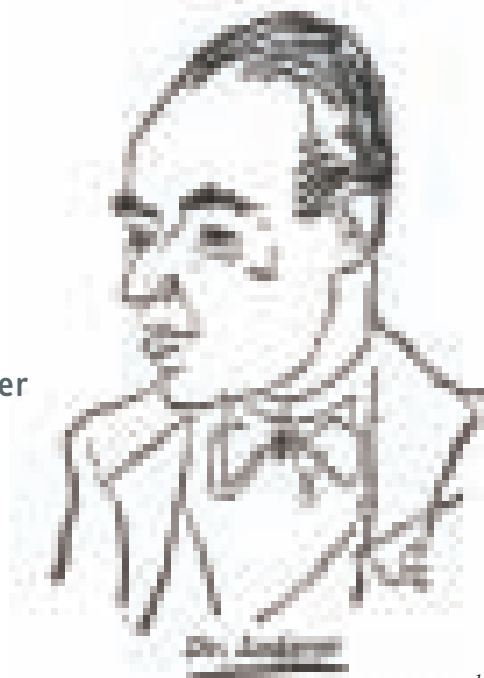
1 | Karl Fraaß, geboren am 28. August 1900 in Wannweil, Landkreis Reutlingen, gestorben am 11. Juni 1962 in Stuttgart, auf dem Marktplatz in Stuttgart, um 1930.  
Vorlage: Landesarchiv StAL PL 7 Bü. 4

2 | Karl Fraaß im Kreis von Jugendfreunden aus Stuttgart, 1919.  
Vorlage: Landesarchiv StAL PL 7 Bü. 13

3 | Tagebucheintrag von Karl Fraaß zum 9. November 1918.  
Vorlage: Landesarchiv StAL PL 7 Bü. 1

# Der Sintflut Ende

## Die Revolutionszeit von 1918/19 im Nachlass von Moritz Lederer



1

Im Mai 1998 kam nach jahrzehntelangen Bemühungen des damaligen Direktors des Mannheimer Stadtarchivs ein Nachlass an das Institut, dem schon wenige Monate später eine biografische Studie über den Nachlassgeber folgen sollte. Der Lebensweg des 1971 in seiner Wahlheimat Meersburg gestorbenen Moritz Lederer erfuhr darin eine farbige und unterhaltsame Würdigung durch den renommierten Publizisten Manfred Bosch.

In den 168 Positionen der Nachlassunterlagen entfaltet sich eine Biografie, die schon in der vorgefundenen Ordnung auf die Person eines manischen Schreibers und tatgetriebenen Aktionisten verweist – ein Mensch, der nie zur Ruhe kam, der die unterschiedlichen Phasen seines selten gradlinigen Lebenswegs mit Eifer und Intelligenz ausfüllte.

Moritz Lederer wurde am 17. November 1888 in Mannheim geboren. Sein Vater Salomon Lederer war österreichischer Staatsbürger und führte ein unbeständiges, ja zweifelhaftes Leben, verließ schon nach wenigen Jahren Frau und Kind, sodass der Sohn bei seinen Großeltern aufwuchs. Stark geprägt von einer großbürgerlichen jüdischen Lebenswelt, legte er in der Sackfabrik seines Onkels Lion Wohlgemuth den Grundstein für eigene erste berufliche Erfolge und den Aufbau der Firma Goldbach & Lederer, die ebenfalls Säcke fabrizierte und vertrieb.

Für den überzeugten Pazifisten bedeutete der Ausbruch des Ersten Weltkriegs eine geistige Umorientierung, die seine Existenz grundlegend verändern sollte.

Im Sommer 1916 trat er aus der Mannheimer jüdischen Gemeinde aus, weil er ihr vorwarf, die Kriegshetze mit nationalistischen Durchhalteparolen zu fördern. Als er am 19. August 1916 Lore Hafner heiratete, gab er damit seine österreichische Staatsbürgerschaft auf und wurde als badischer Bürger zum Kriegsdienst einberufen.

Mit dem Fronteinsatz in den Jahren 1917/18 brach auch für Moritz Lederer eine bürgerliche Welt zusammen. Zwar spielte er im Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrat keine große Rolle, wirkte aber in persönlichem Engagement an der gesellschaftlichen Umgestaltung mit und setzte dazu sein bis dahin erworbenes, nicht unbeträchtliches Vermögen ein. Er machte sich im Herbst 1918 zu einem eifrigen Fürsprecher der revolutionären Erneuerung Deutschlands und fasste sein Programm in mehreren Flugschriften zusammen, deren Vertrieb er privat organisierte. Im gehobenen Ambiente der Wohnung in der Mannheimer Augusta-Anlage, das in dieser Zeit auch schon einmal durch Schüsse ins Wohnzimmer gestört wurde, entstanden 1919 auch die ersten Nummern der Zeitschrift *Der Revolutionär*, die bis dahin gültige Grundwerte der Gesellschaft radikal infrage stellte. Beteiligt war eine ganze Reihe literarischer Größen der Zeit: Heinrich Mann, Leonhard Frank, Armin T. Wegner, Klabund, Walter Heinrich, Ernst Toller, Kurt Eisner und Erich Mühsam.

Am 22. Februar 1919 soll Moritz Lederer im Gefolge der Ermordung Kurt

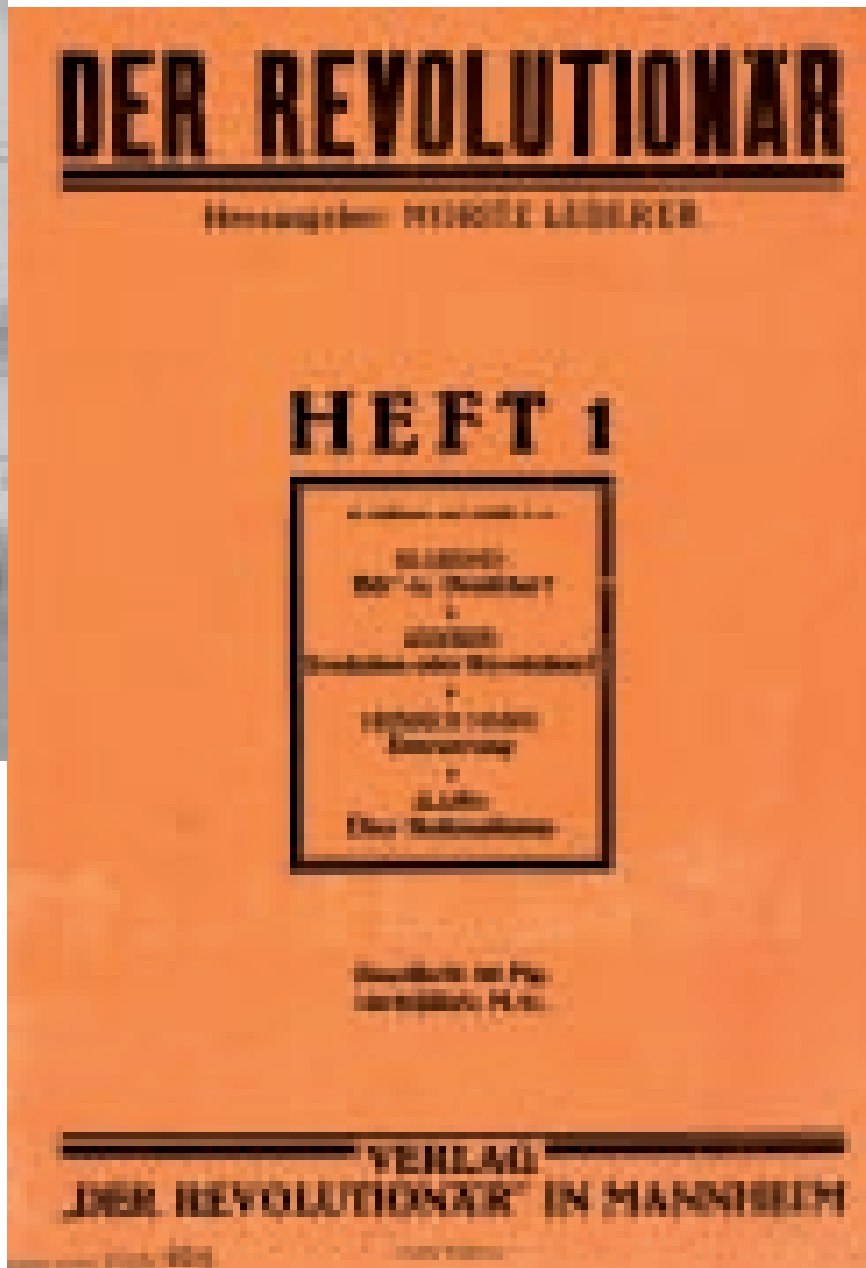
Eisners die nur wenige Tage lang existierende *Räterepublik Kurpfalz* in Mannheim ausgerufen haben, was polizeiliche Untersuchungen und einen kuriosen Verleumdungsprozess zur Folge hatte. Sein Leben war in den Revolutionswirren des Jahres 1919 mehrfach gefährdet: Während eines Aufenthalts in Berlin wurde er von Freikorpsoldaten drei Wochen lang festgehalten. Trotz aller Gefahren verfolgte er weiterhin seine eigenwilligen Projekte. Mit dem aus Arbeitern und kommunistischen Schauspielern bestehenden Ensemble des *Mannheimer Volkstheaters* brachte er am 11. März 1921 Erich Mühsams Revolutionsdrama *Judas* im Mannheimer Rosengarten auf die Bühne.

So fand Lederer den Einstieg in die Theaterarbeit. Nach einer einjährigen dramaturgischen Tätigkeit am Mannheimer Nationaltheater 1924/25 und der Aufführung einer eigenen Brachvogel-Bearbeitung wendete er sich einer zweiten beruflichen Karriere zu. In Berlin wurde er Mitarbeiter des Theaterregisseurs Max Reinhardt und übernahm die organisatorische Leitung der *Reibaro*, der Zusammenfassung der Bühnenbetriebe Reinhardts mit den von Eugen Robert und Victor Barnowsky geleiteten Spielstätten. Seine einzigartige Karriere als Theatermanager endete jedoch 1933. Nach 17-tägiger Inhaftierung durch die NS-Machthaber begann für Lederer eine zwölfjährige Odyssee durch das von der NS-Verfolgung heimgesuchte Europa.

HANS-JOACHIM HIRSCH



2



3

1 | Moritz Lederer (1888–1971) in Berlin, Karikatur, um 1930.  
Vorlage: Stadtarchiv Mannheim, Bildsammlung AB00989

2 | Moritz Lederer als Soldat im Ersten Weltkrieg, Fotografie, um 1918.  
Vorlage: Stadtarchiv Mannheim, Bildsammlung AB00989

3 | Werbeplakat zur ersten Nummer der von Moritz Lederer herausgegebenen Zeitschrift „Der Revolutionär“, 1919.  
Vorlage: Stadtarchiv Mannheim Plak 805

4 | Moritz Lederers Ehefrau Lore geb. Hafner, Fotografie, um 1920.  
Vorlage: Stadtarchiv Mannheim, Bildsammlung AB00989

4



1 | Besuch von Großherzog Friedrich II. von Baden an der Front am 9. August 1918, Fotografie aus dem Kriegstagebuch der 1. Kompanie des Leib-Grenadier-Regiments 109.

Vorlage: Landesarchiv GLAK 456 F 35 Nr. 312

2 | Durchmarsch durch Beaurieux sur Aisne am 27. Mai 1918, Fotografie aus dem Kriegstagebuch der 1. Kompanie des Leib-Grenadier-Regiments 109.

Vorlage: Landesarchiv GLAK 456 F 35 Nr. 312



1

# Baden im Ersten Weltkrieg

## Die Neuerschließung des XIV. Armeekorps im Generallandesarchiv Karlsruhe hat begonnen

Nach der erfolgreichen Verpackungsaktion in den Jahren 2004 und 2005 folgt im Generallandesarchiv Karlsruhe nun der zweite Schritt des Großprojekts, um den Bestand 456 XIV. *badisch-preussisches Armeekorps* für das 100. Gedenkjahr zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs 2014 angemessen zu erschließen und im Internet präsentieren zu können. Diesen Unterlagen im Umfang von 1200 Regalmetern kommt für die Geschichte des Ersten Weltkriegs insofern eine besondere nationale Bedeutung zu, da – abgesehen von den Akten der württembergischen, bayerischen und sächsischen Armee – die Überlieferung des preussischen Heers im Zweiten Weltkrieg größtenteils vernichtet wurde. Über die einmalig detaillierte Dokumentation der Kriegsjahre 1914–1918 hinaus führen die hier versammelten Unterlagen der badischen Regimenter nicht nur weit ins 19. Jahrhundert zurück, sie geben auch wichtige Einblicke in den revolutionären Umbruch von 1918/19 und den schwierigen Beginn der Weimarer Republik.

Neben den zahllosen Quellen über die schrecklichen Geschehnisse an der französischen Front sind für die badische Landesgeschichte gerade diejenigen Akten wichtig, die über die Organisation des Kriegs in der Heimat selbst berichten.

Im Rahmen des Projekts werden nicht nur die bereits fertiggestellten Findbücher onlinefähig gemacht, sondern auch alle vorhandenen Einlieferungsverzeichnisse überarbeitet und ins Internet gestellt. Angesichts des gewaltigen Materialumfangs kann es sich allerdings nur um eine flache Erschließung handeln. Dabei werden die Unterlagen in folgenden Gruppen zusammengefasst und bearbeitet:

- Verzeichnung von Sachakten (rund 31 000 Titelaufnahmen),
- Verzeichnung von gleichförmigen Massenakten wie Personalakten, Porträtsammlung, Ranglisten und Entlassungsscheine (rund 14 300 Titelaufnahmen),
- Verzeichnung von Friedens- und Kriegsstammrollen (rund 29 000 Titelaufnahmen).

Die ersten Arbeiten haben Ende des Jahres 2007 begonnen und werden konsequent vorangetrieben, sodass die ersten Ergebnisse bereits im Lauf des Jahres 2008 in die Beständeübersicht des Generallandesarchivs eingepflegt werden können und für die Online-Recherche zur Verfügung stehen. In den folgenden Heften der Archivnachrichten werden wir über die Arbeitsfortschritte berichten und auf historisch wichtige Quellen hinweisen.

RAINER BRÜNING  
MANFRED HENNHÖFER

2



# „... daß es ein schlechtes Ende nimmt“

## Fotografien und Postkarten zum Ersten Weltkrieg im Staatsarchiv Sigmaringen

Der Menschaufmarsch in der damaligen Marktstraße beim Rathaus in Sigmaringen ist beträchtlich, als die Teilnehmer des Ersten Weltkriegs im Jahr 1918 zurückkehren. Die festlich geschmückte Straße verrät nichts von der Kriegsniederlage, von Zerstörung, Leid, schweren Verletzungen und Tod. Die Stimmung erweckt eher den Eindruck, der Krieg wäre in den letzten vier Jahren vollkommen nach Plan verlaufen. Die Fotografie ist eine Momentaufnahme, die ihr Motiv bewusst ausgewählt hat. Heute ist sie eine Quelle zur (Kultur-)Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts.

Bilder des Ersten Weltkriegs finden sich in zahlreichen Beständen des Staatsarchivs Sigmaringen. Viele der Fotografien und Postkarten zeigen auch die leidvollen Seiten des Kriegs auf. So geben beispielsweise die zerstörte Kirche in Auchy und eine Aufnahme von der Flucht der Bevölkerung aus Dünkirchen/Dunkerque (beide im Norden Frankreichs) einen erschreckenden Einblick in das Grauen des Kriegs. Neben verwüsteten Städten, zerstörten Gebäuden und Brücken sowie abgeschossenen Flugzeugen sind auf den Fotografien auch zahlreiche Aufnahmen von gefallenen Soldaten, Gräbern und toten Pferden zu finden. Sogar auf Postkarten ist das Thema Tod nicht ausgespart. Besonders gegen Ende des Kriegs nehmen die düsteren

Motive zu. So werden die von der Kriegspropaganda gefeierten Flieger im Jahr 1918 zum *Totentanz* geladen – auf anderen Postkarten werden sie ins Lächerliche gezogen.

Schon am 2. Juli 1916 schreibt der in Zossen (Brandenburg) stationierte Sigmaringer Kaufmann Robert Arnaud in einem Brief an seine Frau: *Ich glaube, daß es bald im Lande los geht, wenn es nicht bald Schluss gibt, und daß es ein schlechtes Ende nimmt.*

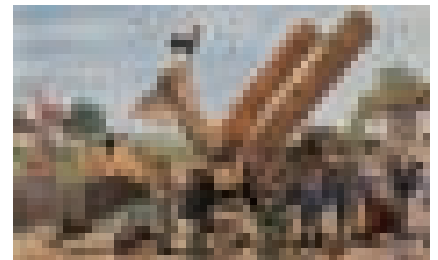
Postkarten haben oft den Zweck der Kriegspropaganda. Das moslemische Gefangenenlager in Wünsdorf-Zossen, der Einsatz von Flugzeugen, Zeppelin und U-Booten sowie die im Krieg errungenen Erfolge sind beliebte Motive. Andere Postkarten wurden mit Gebetstexten oder Bildern des Kaisers versehen.

Einschlägige Fotografien und Postkarten befinden sich im Staatsarchiv Sigmaringen insbesondere in den Sammlungen des Staats- und Stadtarchivs und in den Nachlässen der Fürstin Margarete von Hohenzollern, von Robert Arnaud, Heinz Braun, Werner Rees und vor allem im Nachlass des Sigmaringer Fotoateliers Kugler. Die Aufnahmen aus dem Fotoatelier Kugler sind seit 2006 als Digitalisate auf der Website des Landesarchivs einsehbar.

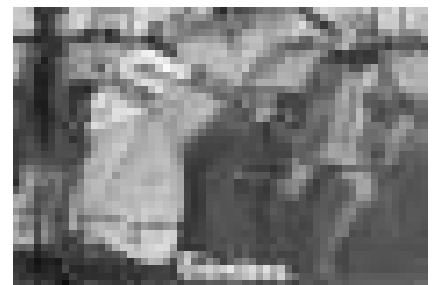
CORINNA KNOBLOCH



1



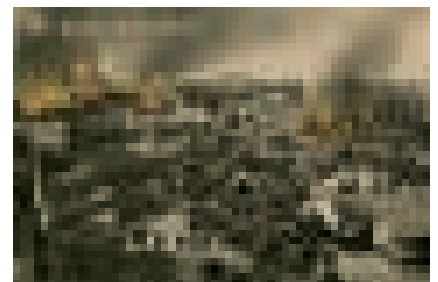
2



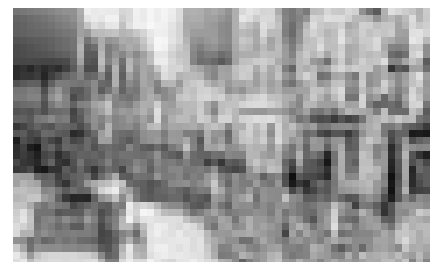
3



4



5



6

1 | *Moslems und ihre Moschee im Gefangenenlager in Zossen-Wünsdorf, Postkarte, Aufnahme von Wilhelm Puder, Berlin, 1916.*  
Vorlage: Landesarchiv StAS N 1/78 T 1 Nr. 791

2 | *„O diese Flieger“, Postkarte von C. Schilling, 1917.*  
Vorlage: Landesarchiv StAS N 1/85 T 1 Nr. 1

3 | *„Totentanz“, Postkarte, um 1918.*  
Vorlage: Landesarchiv StAS N 1/85 T 1 Nr. 3

4 | *Die zerstörte Kirche von Auchy im Norden Frankreichs, Postkarte, um 1916.*  
Vorlage: Landesarchiv StAS N 1/85 T 1 Nr. 16

5 | *Flucht der Bevölkerung aus Dünkirchen/Dunkerque im Département Nord, Postkarte, um 1914.*  
Vorlage: Landesarchiv StAS N 1/85 T 1 Nr. 28

6 | *Zurückgekehrte Kriegsteilnehmer vor dem Rathaus in Sigmaringen, Fotografie, 1918.*  
Vorlage: Landesarchiv StAS Sa T 1 Nr. 74/160

# Von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft

## Die Paul Hartmann AG am Ende des Ersten Weltkriegs

Das Ende des Ersten Weltkriegs im November 1918 konfrontierte die deutschen Unternehmen wie die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung binnen kurzer Zeit mit einer radikal veränderten Situation. Hatte man eben noch mit dem Sieg des Kaiserreichs gerechnet, musste man sich nun mit der Niederlage und völlig veränderten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen arrangieren. Die Unternehmen, die sich im Rahmen eines auf die Bedürfnisse des Kriegs abgestimmten Kriegswirtschaftssystems bewegt hatten, mussten sich innerhalb kurzer Zeit auf die Anforderungen einer Friedenswirtschaft einstellen.

Anhand von Quellen aus verschiedenen Archivbeständen des Wirtschaftsarchivs Baden-Württemberg lässt sich die Bandbreite der Probleme nachvollziehen, mit welchen Unternehmen im Südwesten Deutschlands beim Übergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft konfrontiert waren. Exemplarisch sei auf das Archiv der Verbandstofffabrik Paul Hartmann in Heidenheim an der Brenz verwiesen. Von hohem Quellenwert sind hier etwa vertrauliche Vorstandsberichte und Aufsichtsratsprotokolle.

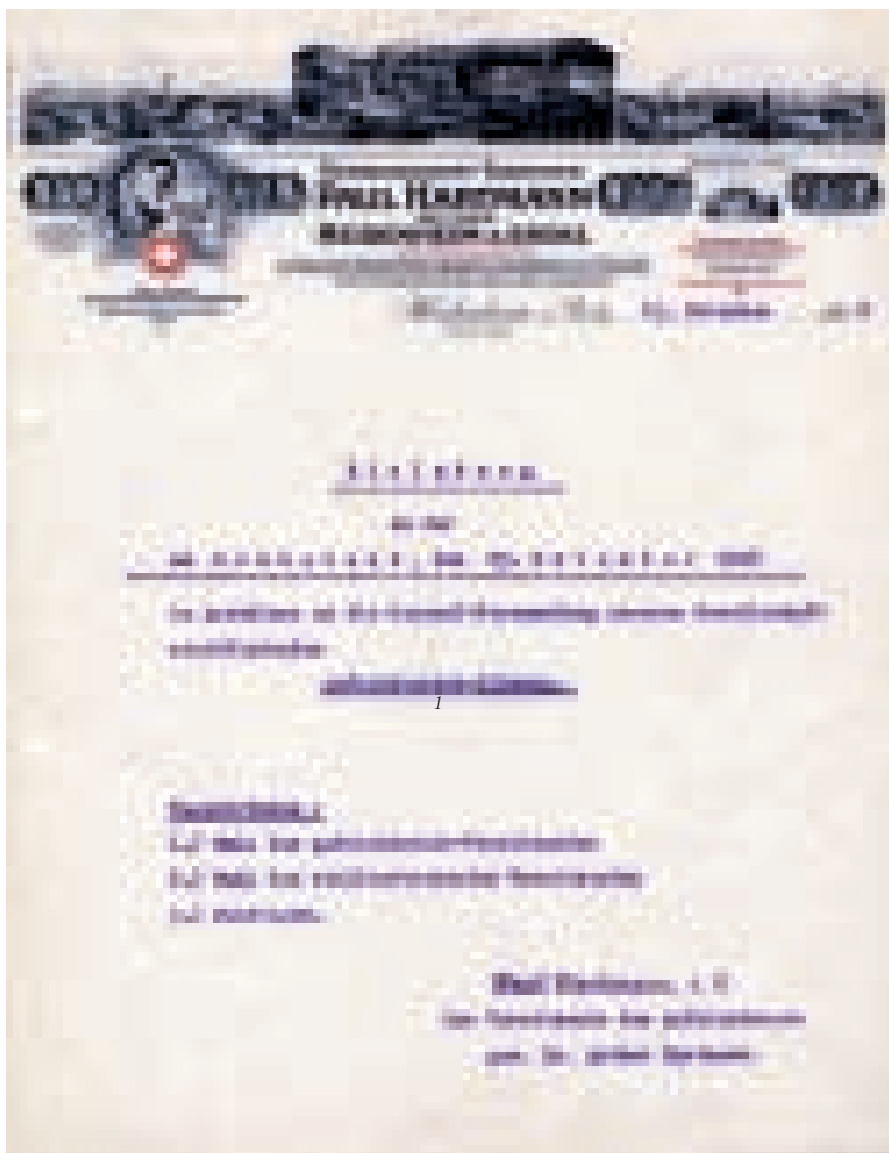
Die älteste deutsche Verbandstofffabrik konnte mit Kriegsbeginn ihr angestammtes Sortiment beibehalten. Dies unterschied sie von vielen anderen Unternehmen, die ab 1914 auf eine branchenfremde Kriegsproduktion umstellten. Mehr als 500 Menschen arbeiteten in dem Unternehmen. Trotz zahlreicher Probleme mit der Materialbeschaffung, der Qualität der Rohstoffe und der Energieversorgung stellte sich die geschäftliche Entwicklung von 1914 bis 1918 sehr günstig dar, da die Verbandstofffabrik regelmäßig umfangreiche Aufträge von der Heeresverwaltung erhielt. Nach Angaben des Vorstands hörte man von den Militärs *stets nur Anerkennendes*, wodurch man den *Ruf als leistungsfähigstes und zuverlässigstes Unternehmen der Branche* festigen konnte. Heeresaufträge halfen der Firma vermutlich auch, den Umsatzrückgang

durch den kriegsbedingten Abbruch der Verbindung zu den Auslandsfilialen auszugleichen.

Mit Kriegsende 1918 blieben für die Paul Hartmann AG die Aufträge des Militärs schlagartig aus, die überschüssige Heeresware überschwemmte den Markt. Allein im Mai 1919 gab es einen Überschuss von 60 Millionen Metern Mull. Andere Abnehmer wie Apotheken kauften kaum noch Verbandswatte ein, da ein allgemeiner Preissturz erwartet wurde. Das Produktionsvolumen der Paul Hartmann AG sank infolgedessen vorübergehend ab. Allerdings konnte die Firma

den Geschäftsgang durch verschiedene Maßnahmen rasch stabilisieren.

Die Verbandsmittelhersteller, die auch eine gemeinsame Preispolitik betrieben, versuchten, durch Ankauf die Kontrolle über die überschüssigen Bestände zu erhalten. Auch die Paul Hartmann AG kaufte Ware aus Heeresbeständen. Dies hatte neben einer gewissen Kontrolle des Markts einen weiteren Vorteil. Da bis 1920 ein großer Kohlenmangel herrschte, der immer wieder Unterbrechungen der Produktion zur Folge hatte, deckte sich die Firma mit Halbfertigfabrikaten ein, die während der Energie-

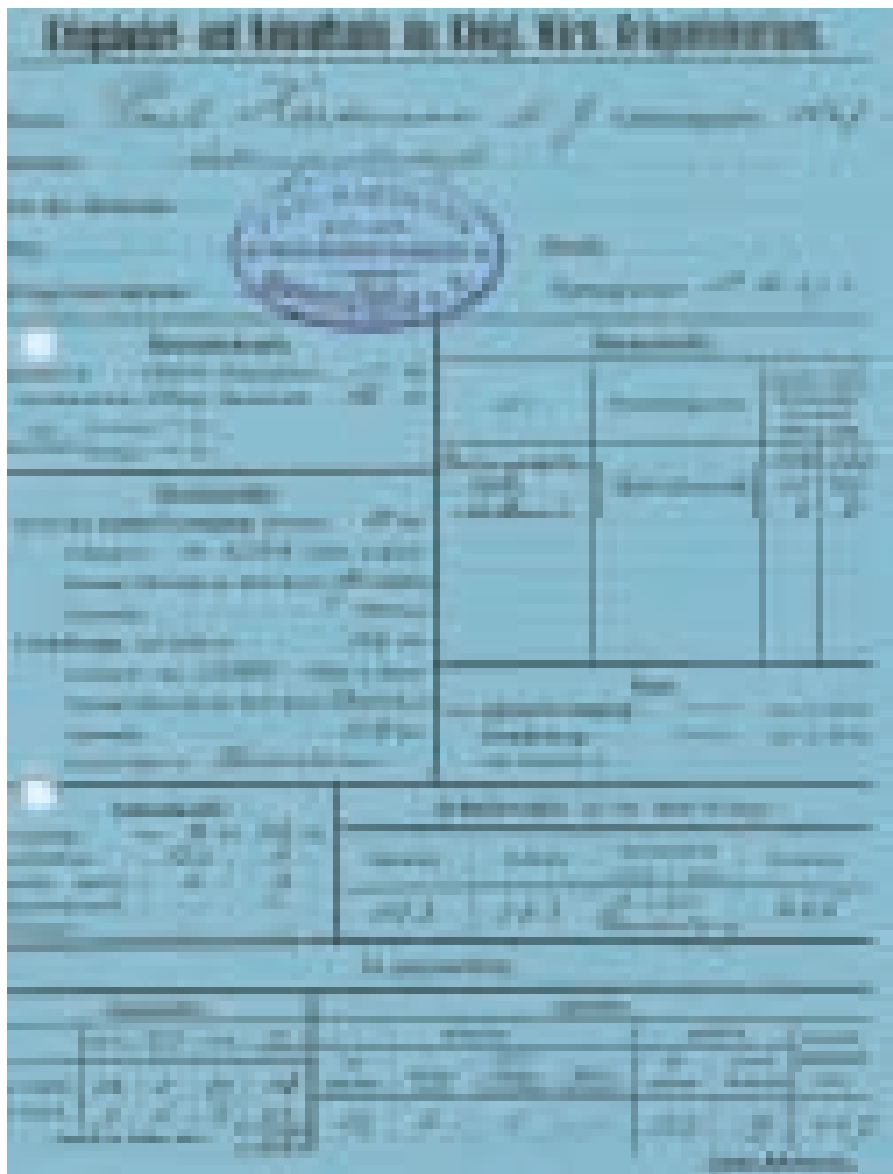


krise in Handarbeit verarbeitet werden konnten.

Von Bedeutung war für die Paul Hartmann AG auch das Anknüpfen an den hervorragenden Ruf, den die Produkte der Firma vor dem Ersten Weltkrieg hatten. Während des Kriegs war die Einfuhr hochwertiger Baumwolle insbesondere aus den USA zum Erliegen gekommen, verarbeitet wurden noch bis in die Nachkriegsjahre minderwertige Rohstoffe. Mit der Wiederaufnahme des Handels mit den USA gelangte wieder gute Ware nach Deutschland. Die Geschäftsleitung der Paul Hartmann AG legte deshalb *einen Hauptwert auf das allmähliche Fallenlassen der seitherigen mangelhaften Kriegs-Qualitäten und hoffte, den alten Ruf durch Wieder-Aufnahme der Friedensqualitäten wieder zu festigen.*

Der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft schien der Paul Hartmann AG ohne größere Probleme oder Brüche gelungen zu sein, was vor allem mit der Kontinuität der Produktion, der engen Kooperation der Unternehmen innerhalb der Branche, der Improvisation während der Energiekrise und der Betonung der Markenqualität erklärt werden kann.

TOBIAS MAHL



2

1 | Einladung zur Aufsichtsratssitzung der Paul Hartmann AG in revolutionären Zeiten, 15. November 1918.

Vorlage: Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg B 046 Bü. 941

2 | Mit zunehmender Kriegsdauer wurden die Unternehmen in ein staatlich gelenktes Kriegswirtschaftssystem eingebunden. Die Paul Hartmann AG führte regelmäßig Heeresaufträge aus, die mit Kriegsende 1918 schlagartig verloren gingen. Die Abbildung zeigt eine Betriebsdatenmeldung an die Kriegsbedarf- und Rohstoffstelle des königlich württembergischen Kriegministeriums ein knappes Jahr vor Kriegsende.

Vorlage: Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg B 046 Bü. 739

# Akten mit Bild oder die „Erfindung“ der Passpflicht im Jahr 1914

Jeder, der heute verreist, ist erleichtert, dass beim Grenzübertritt in Europa vielfach keine Personenkontrollen mehr erforderlich sind. Mit der Liberalisierung des Grenzverkehrs innerhalb der Europäischen Union haben Ausweise und Pässe als Mittel zur Identifikation von Personen aber keineswegs ausgedient; das belegen schon die Bemühungen, derartige Papiere durch die Aufnahme unveränderlicher persönlicher Merkmale fälschungssicherer zu machen.

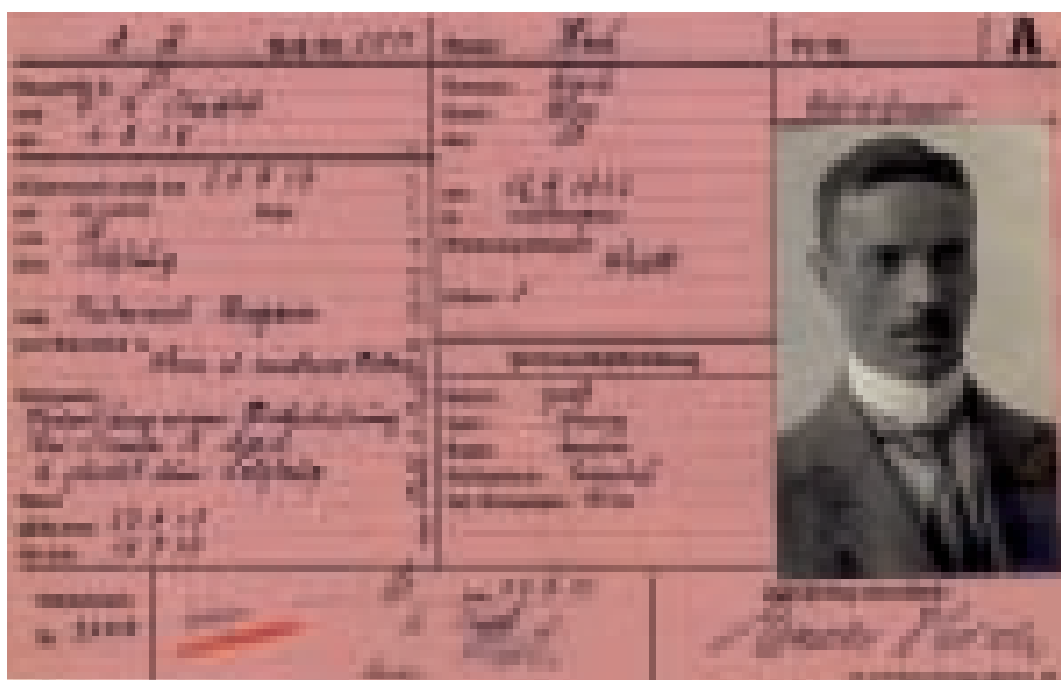
Kaum einem, der heute über die Notwendigkeit zur Aufnahme biometrischer Daten in Personalausweise und Reisepässe diskutiert oder sich zu den Gefahren einer weiteren Lockerung der Personenkontrollen an den Grenzen in Europa äußert, dürfte freilich bekannt sein, dass normierte Ausweispapiere und die generelle Verpflichtung, sich beim Überschreiten der Landesgrenzen mit einem Pass auszuweisen, erst eine Erfindung des frühen 20. Jahrhunderts sind. In den Zeiten davor gab es für bestimmte Bevölkerungsgruppen zwar Bescheinigungen, die eine Person identifizieren sollten und sie zu Reisen oder Aufenthalten außerhalb ihres Wohnorts legitimierten. Eine allgemeine Ausweispflicht kannte man aber nicht. Als Mittel zur sicheren

Identifikation einer Person wäre sie damals auch kaum praktikabel gewesen, denn vor Erfindung der Fotografie war es schwierig, solche Papiere vor Missbrauch und Fälschungen zu schützen.

Dementsprechend wurde in der ersten deutschlandweiten Regelung des Passwesens in einem Gesetz des Norddeutschen Bunds aus dem Jahr 1867 noch ausdrücklich bestimmt, dass Deutsche zur Aus- und Einreise sowie zu Reisen im Inland keinerlei Ausweispapiere benötigten. Allerdings war im Fall von Störungen der öffentlichen Ordnung durch Kriege und innere Unruhen die befristete Einführung einer Passpflicht erlaubt. Eine solche Situation ergab sich mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Im Herbst 1914 wurde zunächst eine Ausweispflicht für alle einreisenden Ausländer eingeführt, wenig später hatte sich auch jeder Deutsche bei der Ein- und Ausreise mittels eines Passes über seine Person auszuweisen. Detailliert geregelt wurde das gesamte Passwesen zwei Jahre später. Ausführungsbestimmungen zum Passgesetz legten damals unter anderem erstmals fest, dass die ausgestellten Pässe ein Foto der fraglichen Person zu enthalten hatten, nur ein Jahr gültig blieben und danach von

den zuständigen Behörden einzuziehen waren. Diese Regelungen wurden nach Kriegsende nicht mehr außer Kraft gesetzt und bildeten so die Grundlage des modernen Passwesens.

Mit der Einführung der Passpflicht entstanden bei den zuständigen Behörden – in Württemberg hatten die Oberämter die Ausweise auszustellen – seit 1914 mehr oder weniger umfangreiche Akten über die Bearbeitung von Passanträgen. Diese personenbezogenen Einzelfallakten enthalten neben dem häufig näher begründeten Antrag auf Ausstellung eines Passes und weiteren Korrespondenzen auch die abgelaufenen Pässe, die von den Behörden eingezogen wurden. Aus dem Antrag, aber auch anhand der Ein- und Ausreisestempel in den alten Pässen lassen sich Reiseziele und -gewohnheiten der Passinhaber rekonstruieren. Die Passakten enthalten damit zumindest für die Bevölkerungsschichten, die sich damals Auslandsreisen leisten konnten, biografische Informationen, wie sie sonst kaum irgendwo überliefert sind. So lassen sich beispielsweise anhand der Passakte des Stuttgarter Hoffotografen Johannes Jakob Hildenbrand dessen Reisen an die Westfront nachvollziehen, wo er als einer der ersten eindrucksvolle



1



2



Farbfotos von den Kriegsschauplätzen fertigte. Eine wahre Fundgrube für biografische Forschungen sind die Akten aber insbesondere wegen der darin enthaltenen Fotos der Antragsteller. So konnten die verschiedenen Stolpersteininitiativen in Stuttgart darin Aufnahmen von einer ganzen Reihe von NS-Opfern ermitteln; darunter waren auch einige, von denen selbst bei Verwandten keine bildlichen Zeugnisse mehr erhalten waren.

Leider erlaubt der Ordnungs- und Erschließungszustand der Akten derzeit nur in Ausnahmefällen einen direkten Zugriff auf die zu einer Person oder Familie vorhandenen Vorgänge. Immerhin existiert für die umfangreiche Überlieferung des Stadtoberamts Stuttgart eine alphabetische Kartei, die die zu einer Person existierenden Passakten im Einzelnen nachweist. Diese Kartei mit ihren gut 100 000 Einträgen wird gerade digitalisiert und steht damit in absehbarer Zeit als Datenbank für personenbezogene Recherchen zur Verfügung – ein Großteil davon auch im Internet. Im Fall der übrigen Oberämter bleibt eine eingehendere Erschließung der Passakten sicherlich ein lohnendes Desiderat.

PETER MÜLLER



4

1 | Antrag von Erich Hoch auf Ausstellung eines Passes für eine Reise nach Wien zur Gründung einer Niederlassung der Firma Bosch, 1918.  
Vorlage: Landesarchiv StAL F 201 Bü. 460

2 | Foto von Lucie Hilbert und ihrer Tochter in einem abgelaufenen Pass des Großherzogtums Hessen, 1916.  
Vorlage: Landesarchiv StAL F 201 Bü. 460

3 | Pass des Stuttgarters Oskar Hinderer mit Sichtvermerken von einer Reise in das besetzte Rheinland, 1919.  
Vorlage: Landesarchiv StAL F 201 Bü. 460

4 | Einziges erhaltenes Porträt der in Theresienstadt umgekommenen Stuttgarter Jüdin Alice Allmeyer geb. Baum (1898–1942) in ihrem Pass von 1921.  
Vorlage: Landesarchiv StAL F 215 Bü. 61



3

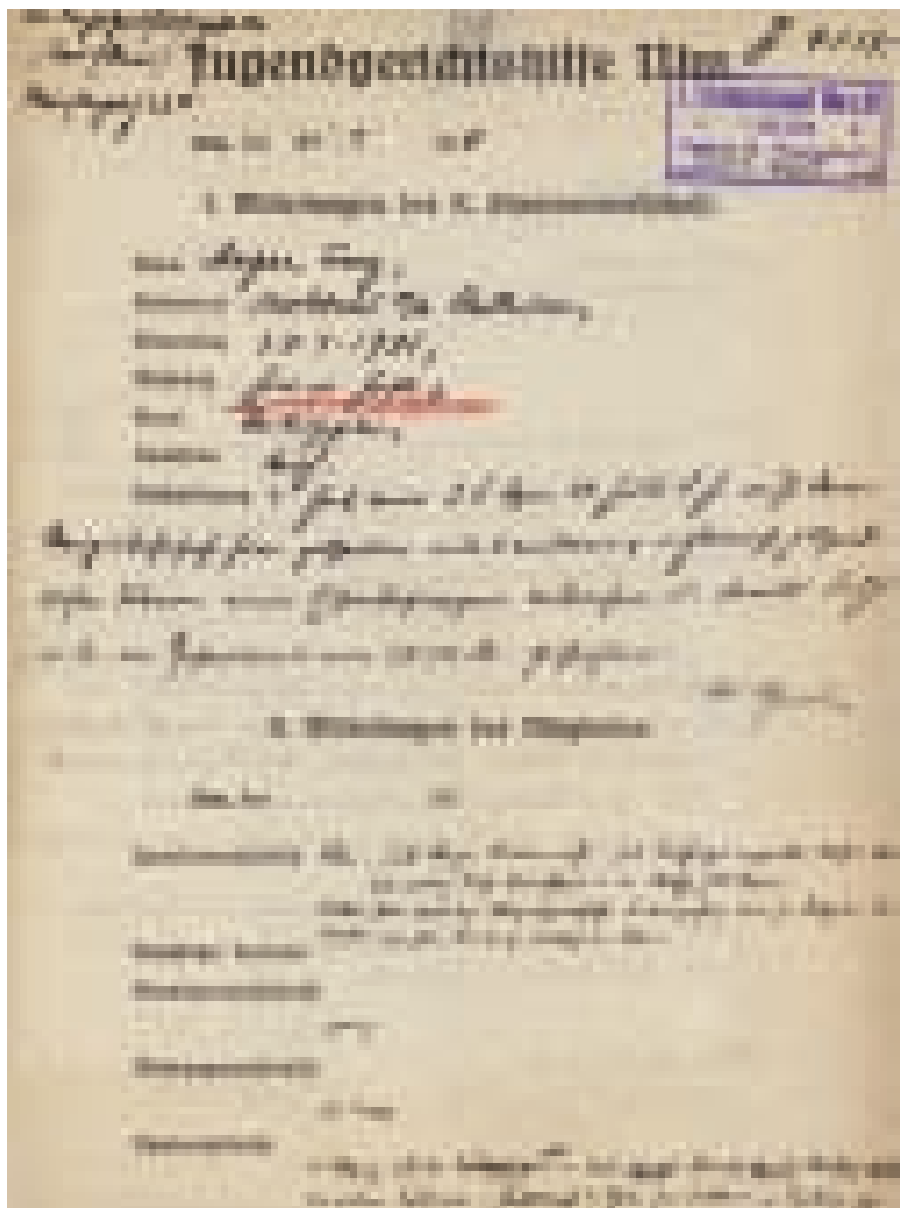
# Jugendkriminalität im Krieg

## Ulmer Akten geben Auskunft

Als die Großmächte Europas im Sommer 1914 den Ersten Weltkrieg vom Zaun brachen, sollte sich dies in der Folge auf das Leben der Menschen auswirken. Insbesondere verschlechterte sich die materielle Versorgung der Bevölkerung mit zunehmender Dauer des Kriegs enorm, sodass die immer knapper werdenden Ressourcen rationiert werden mussten. Darüber hinaus wurden neue Strafbestimmungen erlassen, die im Krieg unerwünschte Verhaltensweisen unterbinden sollten.

Von den Auswirkungen betroffen war auch das Gebiet des Landgerichtsbezirks Ulm. Insbesondere die Strafakten des Landgerichts Ulm, die im Staatsarchiv Ludwigsburg überliefert sind (Bestände E 349 und E 350 a), berichten vom Leben unter den erschwerten Kriegsbedingungen. Hier finden sich unter anderem über 130 Urteile, die jugendliche, überwiegend männliche Delinquenten betreffen. Strafprozesslisten mit allen beim Landgericht geführten Verfahren ermöglichen zudem eine Quantifizierung der aus diesen Urteilen gewonnenen Erkenntnisse. Die Überlieferungssituation für den Ulmer Bezirk ist damit außergewöhnlich reichhaltig und erlaubt eine Analyse gerichtsnotorischer Jugendkriminalität unter den speziellen Bedingungen des Ersten Weltkriegs. Welche Formen jugendlicher Kriminalität wurden von der Strafkammer in Ulm verhandelt? Wie deuteten die Richter, als Repräsentanten staatlicher Autorität an der „Heimatfront“ für die Aufrechterhaltung der Ordnung zuständig, diese Handlungen? Wie be- und verurteilten sie die vor ihnen stehenden Jugendlichen? Auf diese Fragen geben die Akten Antworten.

Die Anklagen gegen Jugendliche stiegen zwischen 1914 und 1918 im Vergleich zur Vorkriegszeit an. Überwiegend handelte es sich dabei um Verfahren wegen Eigentumsdelikten – Ausdruck der zunehmend prekärer werdenden materiellen Situation. So trugen zwei Stationsarbeiter aus Ulm, 16 und 17 Jahre alt, zwischen Herbst 1916 und Frühjahr 1917 – im berüchtigten „Kohlrübenwinter“ – auf illegalem Weg beachtliche Mengen an Beute aus Wohnhäusern, Gärten und ihrer eigenen Arbeitsstelle, dem Ulmer



Bahnhof, zusammen. Die im Krieg auftretenden Verteilungskonflikte manifestieren sich im Kommentar des wegen Hehlerei mitangeklagten Vaters eines der Jungen. Dem Urteil zufolge äußerte er: *[D]a kann man sehen, wie die Leute im dritten Kriegsjahr noch leben, denen gehöre es genommen.* Unter den erschwerten Rahmenbedingungen des Kriegs erschien es opportun, den eigenen Bedarf auch auf Kosten anderer sicherzustellen. Verstöße gegen bis zum Kriegsende gültige Strafbestimmungen illustriert das Urteil gegen eine junge Magd. Sie arbeitete auf einem Hof im Oberamt Ehingen mit russischen Soldaten zu-

sammen und fand sich schließlich vor der Strafkammer in Ulm wieder – schwanger und angeklagt wegen illegalen Geschlechtsverkehrs mit Kriegsgefangenen. Unzählige weitere Schicksale der Kriegsjahre lassen sich in Gerichtsakten – wie denen im Staatsarchiv Ludwigsburg – rekonstruieren.

SARAH BORNHORST

*Bericht der Jugendgerichtshilfe Ulm in einem Verfahren gegen eine jugendliche Diebesbande vom 31. Juli 1918.  
Vorlage: Landesarchiv StAL E 350 a Bü. 1137*

# Ein Haftort wird zweckentfremdet

## Schutzhäftlinge und ausländische Deserteure im Arbeitshaus Vaihingen 1923/24

Ein bisschen mulmig dürfte dem Rechnungsrat Rothmaier in Vaihingen an der Enz schon gewesen sein, als das Militär die sechs Gefangenen am 3. Dezember 1923 in sein Arbeitshaus einlieferte. Bei der Kreisregierung in Ludwigsburg beklagte er sich, es gebe keine *Weisungen über meine dienstliche Stellung zu den Wachpersonal und den Schutzgefangenen*. Kurz zuvor hatten Vertreter des Polizeipräsidiums und des Justizministeriums die Anstalt besichtigt und ohne Rücksprache mit der Kreisregierung die Einlieferung beschlossen. Die eingewiesenen Personen wurden aufgrund des im September 1923 ausgerufenen Ausnahmezustands von der Reichswehr ohne Gerichtsverfahren in *Schutzhaft* gehalten. Identität und Herkunft der Gefangenen lassen sich nicht ermitteln, auch nicht wann sie wieder entlassen wurden. Wahrscheinlich stand ihre Verhaftung im Zusammenhang mit dem Hitler-Ludendorff-Putsch vom 9. November des Jahrs, und sie blieben nur wenige Tage in Gefangenschaft. Wieso aber brachte man sie ausgerechnet in ein Arbeitshaus?

Die württembergischen Haftanstalten waren in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg überfüllt. Arbeitslosigkeit, In-

flation und politisch motivierte Zusammenstöße führten zu Belegungszahlen, die in den Jahren 1921 und 1923 den Stand des letzten Friedensjahrs 1913 um etwa 60 Prozent übertrafen. In dieser schwierigen Situation weckten die Arbeitshäuser Begehrlichkeiten. Sie dienten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zur Inhaftierung von Wohnungslosen und Bettlern, die auf polizeilichen Befehl für ein bis zwei Jahre festgehalten und zu einfachen Arbeiten herangezogen werden konnten. Die dem Innenministerium unterstellten Einrichtungen hatten zu den Strafanstalten, die bei der Justiz ressortierten, keinerlei Verbindung – harmlose Landstreicher sollten nicht in Kontakt mit gewaltbereiten Kriminellen geraten.

Der Trennungsgrundsatz ließ sich in Krisenzeiten nicht immer durchhalten. Im ersten Halbjahr 1921 war das Vaihinger Arbeitshaus auf Schloss Kaltenstein kurzfristig mit 60 Strafgefangenen belegt und kurzerhand zur *Zweigstrafanstalt Vaihingen* erklärt worden. Auch im Winter 1923/24 ging die Fremdnutzung auf die Überbelegung der Strafanstalten zurück. Dass man die *Schutzhaft* im Arbeitshaus vollzog, war ein Muster, das mit Beginn der nationalsozialistischen

Diktatur wiederkehrte. Einige der sogenannten „frühen Konzentrationslager“ in den Jahren 1933–1935 waren zuvor und auch danach Arbeitshäuser – im Badischen etwa das Lager Kislau, in Hessen das ehemalige Kloster Breitenau. Auch Schloss Kaltenstein diente im März 1933 als Zwischenstation beim Transport von Schutzhäftlingen und als Krankenhaus für das Konzentrationslager auf dem Heuberg.

Selbst die Bezeichnung „Konzentrationslager“ taucht in den Akten bereits auf. Neben den Schutzhäftlingen hatte das Arbeitshaus ab März 1924 auch elf Marokkaner zu verwahren, die aus der französischen Armee desertiert waren. Das Polizeipräsidium benutzte den Begriff im Sinn einer Internierungseinrichtung für Ausländer, indem es die *Verbringung der Marokkaner nach einem in milder Gegend gelegenen Konzentrationslager* anregte. Mit dem Terrorsystem des Nationalsozialismus bekam der Begriff des „Konzentrationslagers“ eine ganz neue Bedeutung. Die Praxis aber, Personen ohne Gerichtsbeschluss *in Schutzhaft zu nehmen*, hatte bereits eine gewisse Tradition.

KAI NAUMANN

*Grundriss des Arbeitshauses Vaihingen in den Mauern von Schloss Kaltenstein mit bis 1928 unveränderter Raumaufteilung, 1847. Vorlage: Landesarchiv StAL E 236 Bü. 4051*



*Fotos des Arbeitshauses Vaihingen im Schloss Kaltenstein am Ender der 1920er-Jahre. Vorlage: Strafvollzugsmuseum Ludwigsburg, Lehrmittelsammlung*

# „Das schöne Bild vom Wahn“

## Weinsberger Patientenfotos aus dem frühen 20. Jahrhundert

Seit 2006 besitzt das Staatsarchiv Ludwigsburg einen umfangreichen Fundus an über 1000 historischen Glaspositiven und mehreren Hundert fotografischen Papierabzügen aus der württembergischen Königlichen Heilanstalt Weinsberg. Entstanden sind die außergewöhnlich qualitätvollen Aufnahmen zwischen 1904 und 1918. Autor der meisten Bilder ist der ärztliche Direktor der Heilanstalt – des heutigen Klinikums am Weissenhof – Dr. Paul Kemmler (1865–1929). Die Aufnahmen umfassen Einzelporträts von Psychiatrerieferanten, Gruppenaufnahmen von Pflegepersonal und Patienten sowie Bilder vor allem vom Klinikgelände. Reiche Archivalien gewähren Aufschluss über die Entstehung und die Deutung der Fotografien – eine Besonderheit in der Geschichte der deutschen Psychiatriefotografie.

Verschiedene Funktionen der Einzelaufnahmen lassen sich nennen. In der Hauptsache dienten sie zur Identifikation der Pfleglinge und wurden den Akten beigelegt. Des Weiteren wurden Nahaufnahmen der Gesichter zur physiognomischen Diagnostik genutzt. Neben dem Antlitz galt auch die Körperhaltung als diagnostischer Hinweis. Das erklärt die große Anzahl von ganzfigurigen Aufnahmen.

Außer diesen Lichtbildern erstellte Kemmler, als eine weitere Weinsberger Besonderheit, Dokumentationen der verschiedenen Therapien wie Feldarbeit, Spinnen, Holz- und Druckerarbeiten. Damit stellt der ärztliche Direktor eine wesentliche ökonomische Ressource seiner Klinik dar. Denn die in der Anstalt gefertigte Produktion diente sowohl dem Verkauf als auch der Selbstversorgung. Darüber hinaus entreißt der Fotograf mit diesen Aufnahmen die Patienten ihrer abstrakten Anonymität als wissenschaftliche Studienobjekte und verleiht ihnen einen nachvollziehbaren Kontext.

Ihre Qualität entfalten die Lichtbilder Kemmlers dort, wo sie durch eine besondere ästhetische und symbolische Inszenierung der Patienten die Unterscheidung von Wissenschaft und Ästhetik aufheben. Das Changieren zwischen klinischer Dokumentation und bildmäßiger Inszenierung legt offen, dass der Arzt in seinen Fotografien die Grenze zwischen pathologischem Sich-Gebärden und bürgerlicher Selbstinszenierung verwischt. In den Aufnahmen spiegelt sich der Respekt vor der Individualität des jeweiligen Patienten als einem gesellschaftlichen Wesen. Es scheint, dass Kemmler in seinen Lichtbildern selbst keinen Unterschied machte zwischen gesunder und krankhafter

Selbstdarstellung, sondern beide gleich ansah als Ausdrucksbedürfnis der menschlichen Psyche. Der Grund für diese Verwischung der Bereiche der Fotografie als wissenschaftlichem Medium einerseits und repräsentativer Bildformulierung andererseits liegt, so die Hauptthese der Ausstellung, in der prinzipiellen Gleichheit der Intentionen von psychiatrischer Anstaltsfotografie und bürgerlicher Atelierfotografie: Beide wollen sie in ihren Bildwerken dasselbe darstellen, die Charakterwahrheit des Originals.

1918 schied der inzwischen mit dem Ritterkreuz 1. Klasse des württembergischen Friedensordens geehrte Psychiater aus gesundheitlichen Gründen aus.

Damit versiegt auch die Bildproduktion der Anstalt.

BERNHARD STUMPFHAUS

*Patienten bei Laubsägearbeiten, aufgenommen von Paul Kemmler, Glasnegativ, vor 1915.  
Vorlage: Landesarchiv StAL F 234 VI Nr. 768*



### Das schöne Bild vom Wahn

Ausstellung im Staatsarchiv Ludwigsburg  
Arsenalplatz 3, 71638 Ludwigsburg

21. November 2008 – 27. März 2009

#### Öffnungszeiten

Montag – Freitag 9.00 – 16.30 Uhr

Sonntag 13.30 – 16.30 Uhr

6. Januar 2009 13.30 – 16.30 Uhr<sup>3</sup>

24. Dezember 2008 – 1. Januar 2009  
geschlossen

#### Informationen

Telefon 07141/18-6310

E-Mail: staludwigsburg@la-bw.de

Internet: [www.landesarchiv-bw.de/stal](http://www.landesarchiv-bw.de/stal)

Zur Ausstellung erscheint ein reich  
bebildeter Katalog.

# „... geräuschlos unberechenbare Zinsen ...“

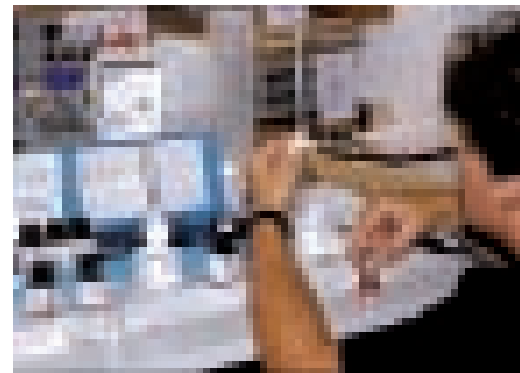
## Landesrestaurierungsprogramm sichert Kulturgut in großem Umfang

Zunächst sind zwar die Bibliotheken jenes Kapital, welches nach Goethe geräuschlos unberechenbare Zinsen spendet, aber die übrigen schriftgutverwahrennden Stellen, voran die Archive, fühlen sich zu Recht ebenfalls damit gemeint. Die Zinsen, die sie ihrem Träger, der steuerzahlenden Bürgerschaft, immer wieder und ohne großes Aufhebens spenden, liegen nicht nur im intellektuellen Gewinn aus neu hinzukommenden Quellen, nicht nur im sinnlichen Erlebnis authentischer Schriften aus vergangenen Zeiten, sei es bei Besuchen, bei Ausstellungen und Präsentationen aller Art, sondern ebenso in der nachhaltigen Gewissheit, diese unersetzlichen Zeugnisse der Vergangenheit der nachwachsenden Generation als Grundlage für die Zukunft zu hinterlassen. Archivare und Bibliothekare als Manager dieser „Wertpapiere“ haben sich fragen zu lassen, was sie, ein jeder an seinem Platz, für den Fortbestand der ihnen anvertrauten Überlieferung tagtäglich tun.

Mustergültig – wie sonst? – besteht in Baden-Württemberg bereits seit etwa 20 Jahren ein Gesamtkonzept zur Pflege und Erhaltung der Bestände der Archive und wissenschaftlichen Bibliotheken des Landes. Die etwas spröde Bezeichnung Landesrestaurierungsprogramm lässt nicht gleich auf das breite Spektrum an Aufgaben schließen, die dem Programm eigen sind. Dem Konzept ging eine Bestandsaufnahme voraus: Noch Mitte der 1980er-Jahre wurden alljährlich Tonnen von säurebildendem, holzschliffhaltigem Papier in die Archive und Bibliotheken geliefert, druckfrisch bei Letzteren, deutlich angestaubter und brüchiger bei den Ersteren. Das Hauptproblem war allen gemeinsam: Diese Papiere, kaum besser als das der Tageszeitung, werden die

nächsten 100–200 Jahre nicht überleben. Hat man sich also neue Bestände oder künftige Entsorgungsfälle ins Haus geholt? Kann es gelingen, nicht nur die enthaltenen Informationen zu extrahieren, sondern auch die Papiere in ihrer Substanz zu erhalten? Schaut man zurück in die vorhandenen (handschriftlichen) Bestände der letzten 500 Jahre, so fallen die schwarz umrandeten Löcher auf, wo aggressive Eisengallustinte sich im Wortsinne durch das ansonsten stabile Hadernpapier hindurch „frisst“. Im Vergleich zu diesen beiden Hauptschadensphänomenen Papierzerfall und Tintenfress sind zerschlissene Karten und Pläne, poröse Ledereinbände, zerbrochene Wachssiegel und bis zur Unlesbarkeit zerknüllte Durchschlagpapiere geradezu willkommene Schadensbilder, denn sie lassen sich, im Gegensatz zum säureinduzierten Papierzerfall, mit berechenbarem Aufwand an Zeit und materiellen Ressourcen beheben – zumindest bis zu einem Grad, der eine Nutzung im Original oder in Ablichtung zulässt. Diesem Spektrum von Schäden planmäßig, grundlegend und in der erforderlichen Bandbreite, aber mit vergleichsweise bescheidenen Mitteln zu begegnen, wurde nun die zentrale Aufgabenstellung des Landesrestaurierungsprogramms und des Instituts für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut, das als Koordinierungsstelle des Programms und als Zentralwerkstatt eingerichtet wurde und das zum Jahreswechsel 1995/96 seine Arbeit in Ludwigsburg aufnahm.

Im Zuge der ständigen Rückkoppelung mit der Arbeit in den sechs Staatsarchiven, den beiden Landesbibliotheken sowie in den Archiven und Bibliotheken der neun Universitäten des Landes haben sich in den zurückliegenden zwölf Jahren Schwerpunkte gebildet, die zu Recht als



Labortest im Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut, Ludwigsburg.  
Aufnahme: Landesarchiv IfE

tragende Säulen zu begreifen sind: Passive Konservierung als Prävention, kurative Restaurierung als Therapie, großtechnische Entsäuerung, soweit bezahlbar, und letztlich die Konversion eines Abbilds auf alterungsbeständige Medien sind die starken Pfeiler, auf denen – um im Bild zu bleiben – das eindrucksvolle Dach des Landesrestaurierungsprogramms ruht. Sieht man sich in den Häusern um, die am Programm partizipieren, so findet man ohne Weiteres namhafte Beispiele für die Wirkung der vereinten Mühen der Häuser und des Instituts: Spezialverpackungen für wertvolle mittelalterliche Urkunden und Siegel in Archiven, frisch gepflegte Leder- und Pergamenteinbände in Bibliotheken, aufwendig restaurierte und nun bestens verwahrte handgezeichnete Karten, Plakate oder Musikalien in allen Einrichtungen. Nicht zu messen sind die positiven Auswirkungen präventiver Maßnahmen wie die Bereitstellung von Schutzmedien anstelle ein und desselben Stücks, das jede Woche im Lesesaal verlangt, inzwischen aber nicht mehr im Original vorgelegt wird.

Strategisch wichtiger als die Anzahl von Archivboxen oder Urkundenhüllen erscheint allerdings der Wandel in der Einstellung und im Problembewusstsein von Nutzern, Mitarbeitern und Verantwortlichen: Überlange Ausstellungszeiten unter unzureichenden Bedingungen, viel zu häufige Vorlagen im Lesesaal, obwohl Schutzmedien vorhanden sind, Kopien oder digitale Neuaufnahmen, obwohl es geeignete Filme gibt, und dergleichen werden inzwischen möglichst vermieden. Als das Institut eine Fortbildungsveranstaltung für Magazinmitarbeiter über den pfleglichen Umgang mit Archiv- und Bibliotheksgut ankündigte, musste diese wegen der hohen Nachfrage dreimal wiederholt werden. Nicht nur der Glaube kann sprichwörtlich Berge versetzen, sondern auch die Professionalität der Mitarbeiter, und zwar auch Berge von Büchern und Archivalien.

Archivare und Bibliothekare leben mitunter gefährlich. Die meist genannten Gefahren am Arbeitsplatz sind jedoch nicht unbedingt die häufigsten: Jede Aufzählung beginnt mit den Sporen von Schimmelpilzen, die aber gar nicht so zahlreich sind. Die Zusammenarbeit des Instituts mit dem Landesgesundheitsamt führte zu einer Untersuchungsreihe, in der keine besorgniserregenden Keimbelastungen gefunden wurden. Allgegenwärtig sind hingegen Staub und schmutzige Anhaftungen aller Art, die nach jahrzehntelanger Vernachlässigung zuweilen an Archivalien oder Büchern förmlich kleben. Staub und Schmutz, der mit ausgesonderten Akten „frei Haus“ mitgeliefert wird, darf nicht in neue, alterungsbeständige Verpackungen mit eingelagert und sollte nicht später im Lesesaal mitausgehändigt werden.

Notfälle können stets und überall eintreten. Wenn Feuer und Wasser mit elementarer Gewalt über Archivalien oder Bücher hereinbrechen, wird es nicht ohne Verluste abgehen. Zur vorsorgenden Erhaltung gehören daher nicht nur die Bestimmungen zur Gebäudesicherheit, sondern auch Vorkehrungen, um im Katastrophenfall rasch und kompetent Entscheidungen treffen zu können. Das Institut veranstaltet daher regelmäßig Notfallübungen, um die Kollegin-

nen und Kollegen in den Einrichtungen an Schadensereignisse und Situationen heranzuführen, die sie hoffentlich nie erleben werden. Diese Übungen werden organisiert und fachlich betreut von der Zentralen Notfallgruppe aus Restauratorinnen und Restauratoren des Instituts.

Bisher nicht mitgezählt, aber nicht weniger wichtig ist die Säule der Fachfortbildung und der Öffentlichkeitswirkung. Seit Bezug des Arsenalbaus in Ludwigsburg veranstaltet das Institut jährliche Fortbildungen für Restauratoren im Bereich des Landesrestaurierungsprogramms, um neue Entwicklungen zu kommunizieren und neue Techniken praktisch zu vermitteln. Als besonders ertragreich hat sich dabei die Zusammenarbeit mit dem Studiengang Restaurierung von Grafik, Archiv- und Bibliotheksgut der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart erwiesen, die nicht nur dem sprichwörtlichen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis dient, sondern es dem Landesrestaurierungsprogramm ermöglicht, neueste naturwissenschaftliche Erkenntnisse und Restaurierungstechniken in die Praxis aller angeschlossenen Werkstätten, unabhängig von ihrer Größe, einzubringen. Keineswegs nur im Zusammenhang mit diesen Tagungen werden Mitarbeiter des Instituts auch immer wieder um Beiträge zu Veranstaltungen der Berufsverbände, der beruflichen Ausbildungsgänge oder von anderen Archiv- und Bibliotheksträgern im In- und Ausland gebeten. Selbstverständlich werden dabei stets auch die Konzeption und die Ergebnisse unseres Landesrestaurierungsprogramms erläutert; den Vergleich mit anderen brauchen die Vertreter Baden-Württembergs auf solchen Veranstaltungen in der Regel nicht zu scheuen. Ebenso werden im Zuge der Berichterstattung in den Medien, bei vielerlei Besuchen und Besichtigungen, bei „Tagen der offenen Tür“ und dergleichen mehr stets die Leistungen und Errungenschaften des Landesrestaurierungsprogramms der Öffentlichkeit vermittelt, auch und gerade vor Ort in den verwahrenden Häusern.

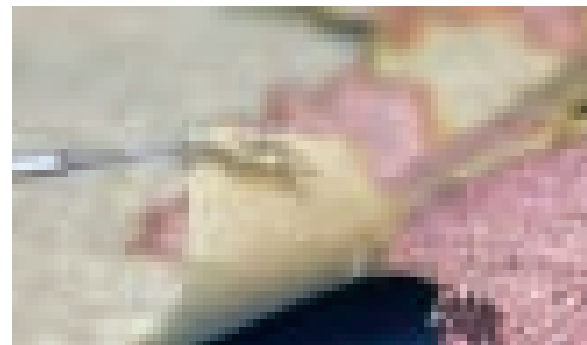
Die viel zitierte „digitale Welt“ ist in jeden Lebensbereich eingebrochen, so

auch in die Bestandserhaltung. Hie und da gibt es die Vorstellung, Abbilder möglichst aller Bestände im Internet anzubieten. Nicht von ungefähr kommt dabei der einzige alterungsbeständige moderne Datenträger stärker ins Blickfeld, auf dem Archive und Bibliotheken ihre wertvollsten Stücke über viele Jahre hinweg gespeichert haben – der Mikrofilm. Diejenigen Archive, die wie das Landesarchiv Baden-Württemberg umfangreiche Bestände vollständig sicherungsverfilmt haben, finden hier einen wahren Schatz. Denn das Digitalisieren eines vorhandenen Mikrofilmbilds ist ungleich preiswerter und geht wesentlich schneller als jede Neuaufnahme mit einem Scanner oder einer Digitalkamera. Unsere vielen Tausend Mikrofilme, die als Ersatz für die Originale nach einem Verlust durch eine Katastrophe gedacht sind, erweisen sich als Kapital, das ganz besonders „unberechenbare Zinsen spendet“.

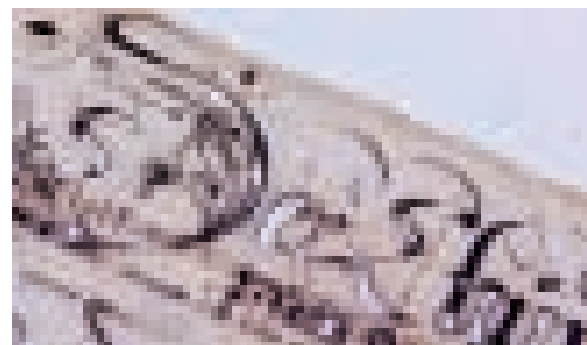
FRIEDER KUHN

1 | *Restaurierung einer brüchigen Landkarte.*  
Aufnahme: Landesarchiv IFE

2 | *Typischer Tintenfraßschaden mit bereits ausgebrochenen Buchstaben.*  
Aufnahme: Landesarchiv IFE

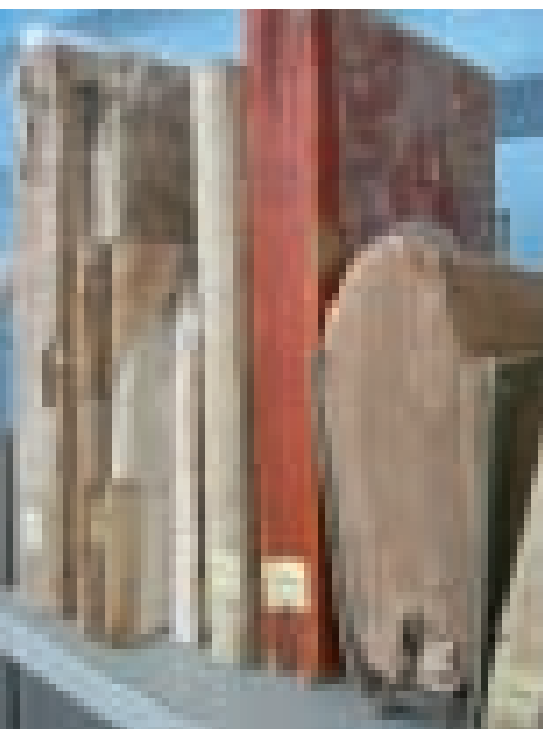


1



2

# Kostbares konsequent erhalten



Für die Einzelrestaurierung vorgesehene Bände aus dem Staatsarchiv Wertheim.  
Aufnahme: Landesarchiv IfE

Unwiederbringlich drohen große Bestände an Archivalien und Büchern in Archiven und Bibliotheken zu zerfallen. Um diesen Schäden entgegenzutreten, werden seit 2003 neben den ständigen Arbeiten im Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut in größerem Umfang auch andere bestandserhaltende Maßnahmen im Rahmen des Landesrestaurierungsprogramms gefördert, die entweder in den beteiligten Einrichtungen selbst oder durch Dienstleister durchgeführt werden.

Zunächst werden die jährlichen Projekte einzeln mit den Einrichtungen besprochen. Oftmals ermöglicht nur eine Besichtigung vor Ort eine sachgerechte Beurteilung. Neben konventionellen restauratorischen Eingriffen an bestimmten Einzelobjekten bilden insbesondere präventive Maßnahmen zur Schadensvermeidung den Schwerpunkt. Besonders gefährdete Bestandsgruppen werden in säurefreie Materialien umverpackt. Die Entsäuerung der vom sauren Papierzerfall besonders bedrohten Bestände geschieht durch externe Unternehmen. Hierfür wurden in den letzten Jahren die Leistungsverzeichnisse und die Auswahlkriterien präziser gestaltet, sodass die Entsäuerung als besonders kostspielige

Maßnahme gezielter eingesetzt wird. Für loses Archivgut, das auch in der Papierstruktur gefestigt werden soll, gelten andere Verfahren als für gebundenes Bibliotheksgut.

Mikrofilme als alterungsbeständige Schutzmedien sorgen für eine langfristige Sicherung der Inhalte sowie, auch in Verbindung mit der Digitalisierung, für eine schnelle Nutzung, ohne weitere Schäden an den Objekten zu erzeugen.

Zusammen mit den Partnern in den Einrichtungen werden Konzepte für aufeinander aufbauende Erhaltungsmaßnahmen entworfen. Diese erstrecken sich durchaus über mehrere Jahre, werden aber in „Paketen“ nach Haushaltsjahren bearbeitet.

So konnten in der Universitätsbibliothek Freiburg 2004 alle 1500 neuzeitlichen und mittelalterlichen Handschriften verpackt werden. Dafür wurde jeder Band einzeln vermessen, gereinigt in eine maßgefertigte Kassette eingelegt und neu signiert. Im Institut war bereits 2003 eine Auswahl bebildeter Handschriften besonders aufwendig restauriert worden. Nachdem in den Folgejahren auch über 1000 neuzeitliche Handschriften verfilmt wurden, sind somit alle Handschriften verpackt und verfilmt.

Ein Teilbestand von 4000 Inkunabeln von 1415 bis 1500 wurde komplett neu verpackt. Damit ist der gesamte kostbare Altbestand bis 1500 bearbeitet. Derzeit schließen sich in der Universitätsbibliothek Freiburg die Bearbeitung einzelner Nachlässe sowie eine Auswahl der Rara-Bestände des 17. und 18. Jahrhunderts an.

Ein etwas anderes Konzept zur Erhaltung bestimmter wertvoller Bestände verfolgt das Staatsarchiv Wertheim. Nachdem im Institut für Erhaltung bereits in den 1990er-Jahren handgezeichnete

Karten und Pläne aus dem 17. und 18. Jahrhundert restauriert und verfilmt worden waren, konnten inzwischen weitere rund 8000 großformatige Karten aus Akten selektiert werden. Ausgewählte Stücke mit optisch ansprechenden Darstellungen, bei denen eine intensivere Nutzung zu erwarten ist, wurden bei einem Dienstleister verfilmt.

Neben dem bedeutenden Kartenbestand konnten in Wertheim auch viele Bände über einen längeren Zeitraum hinweg konservatorisch gesichert und zugleich für die Nutzung erschlossen werden. Eine gute Lagerung und Verpackung sollen hier künftig weitere Schäden ausschließen. In den letzten Jahren wurden neben umfangreichen Einbandarbeiten im Institut noch 64 Einbandrestaurierungen durch externe Unternehmen ausgeführt. Hierfür wurde unter fachlichen Aspekten eine Auswahl der besonders schweren Fälle vor Ort getroffen. Der Bestand der Kopial-, Gült- und Zinsbücher wurde zwischen 1999 und 2002 im Institut für Erhaltung Zug um Zug restauriert und überdies vollständig sicherungsverfilmt.

Aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Häusern ergibt sich insgesamt ein bunter Strauß verschiedenster Bestandserhaltungsmaßnahmen, die jeweils aufeinander abgestimmt sind.

Jedes Projekt bindet vor Ort Personalressourcen, die für die Vor- und Nachbereitung der eigentlichen Maßnahme mit eingeplant werden müssen. Die Gesamtergebnisse der letzten Jahre in den Einrichtungen verdeutlichen den Erfolg der kontinuierlichen Arbeit des Landesrestaurierungsprogramms – *steter Tropfen höhlt den Stein.*

CORNELIA BANDOW

# Brandschäden vom Mittelalter bis zur Gegenwart

## Möglichkeiten und Grenzen der Restaurierung

1299, Schwarzach bei Rastatt: Ein Brand zerstört große Teile des Klosters Schwarzach. Unter den Opfern sind auch „blutjunge“ Pergamenturkunden mit dem Königssiegel Rudolfs von Habsburg aus dem Jahr 1275. Unter den Signaturen D 91 und D 92 werden sie heute im Generallandesarchiv Karlsruhe verwahrt und bieten seit 700 Jahren einen traurigen Anblick: Dreidimensional verworfen und verhornt sind die Urkunden von zahlreichen Rissen durchzogen, am Rand versengt und partiell mit einer Rußschicht bedeckt.

Jeder Mensch hat Erfahrungen damit, wie sensibel Haut auf Hitze reagieren, zum Beispiel bei einem Sonnenbrand. Im günstigen Fall wird nach Ablösen der defekten eine neue Hautschicht nachproduziert. Eine zu Pergament verarbeitete Tierhaut hat diese Fähigkeit nicht. Hitzeschäden sind an diesem ansonsten sehr haltbaren Material irreversibel.

Im Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut wurde dennoch versucht, der Proteinstruktur durch Einbringen von Feuchtigkeit mehr Flexibilität zu verschaffen. Die Urkunden wurden auf einem wasserdampfdurchlässigen Rahmen in einen Zedernholzkasten gelegt, der als Klimakammer fungiert. Die Luftfeuchtigkeit wurde innerhalb eines Tags von 50 auf 97 Prozent gesteigert. Dabei war allerdings sichtbar und fühlbar, dass das Kollagen der gesamten Urkunden die Fähigkeit verloren hatte, Feuchtigkeit aufzunehmen. Hier stößt der Restaurator leider an die biologischen und chemischen Grenzen eines Materials und die Bearbeitung an ein rasches Ende. Immerhin konnte durch Reduzierung der Rußschicht auf einer Urkunde ein vorher kaum sichtbarer Text freigelegt werden. Die konservatorische Behandlung beschränkte sich nunmehr auf die Reinigung und die Montage in einer alterungsbeständigen Box.

1880, Berlin-Charlottenburg: Von dem dramatischen Brand in Theodor Mommsens Arbeitszimmer infolge einer Gasexplosion erfahren wir aus der Berliner Vossischen Zeitung vom 12. Juli

1880 Folgendes: ... *Von den Flammen wurden auch die Räume ergriffen, welche die kostbare Bibliothek Mommsens sowie zahlreiche Manuscripte von unschätzbarem Werth, darunter die Früchte langjähriger Studien des Gelehrten, enthielten. Die drohende Gefahr erkennend, in welcher diese für ihn und die Wissenschaft unersetzlichen Schätze schwebten, suchte Prof. Mommsen in die von Flammen und Rauch erfüllten Räume einzudringen, um zu retten, was zu retten war, ja er setzte sich in diesem Bemühen der höchsten Lebensgefahr aus und musste schließlich mit Gewalt zurückgehalten werden. ...*

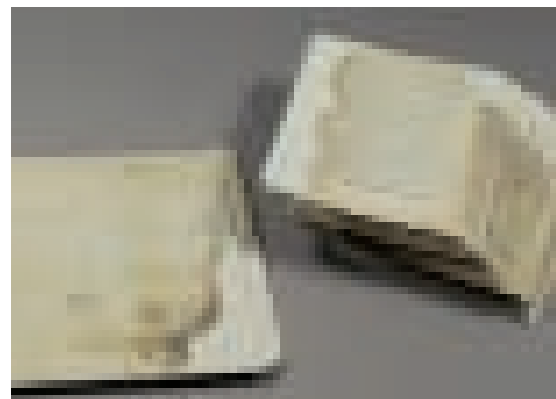
Der damals 63-jährige Universalgelehrte Theodor Mommsen arbeitete gerade an einer Edition der *Getica* des Jordanes, einer Quelle zur Geschichte der Völkerwanderungszeit, und hatte zu diesem Zweck eine Jordanes-Handschrift aus dem 8./9. Jahrhundert aus der Universitätsbibliothek Heidelberg (Cod. Pal. lat. 921) ausgeliehen. Er konnte sie nicht mehr zurückgeben, sie verbrannte vollständig. Stattdessen erhielt die Bibliothek Mommsens Kollation, also seine eigene Abschrift mit Anmerkungen zurück, allerdings auch vom Brand stark in Mitleidenschaft gezogen und daher unbenutzbar. Diese Kollation wurde kürzlich im Ludwigsburger Institut für die Universitätsbibliothek Heidelberg restauriert.

Üblicherweise erschweren durch Hitze und Löschwasser verzogene Einbandmaterialien sowie gequollener und das Papier des Buchblocks verklebender Leim die Restaurierung von brandgeschädigtem Schriftgut. Da bei diesen Akten gar kein Einband mehr vorhanden war und auch das Löschwasser keinen Schaden angerichtet hatte, war die Restaurierung relativ einfach und mit standardisierten Verfahren zu bewältigen. Die Blätter lagen plan und unverklebt vor. Im Zuge der Trockenreinigung wurde der schwarze, verkohlte, völlig brüchige Randbereich abgebürstet und damit die Blattkanten zur Ergänzung vorbereitet. Nach gründlicher Wässerung konnte maschinell angefasert werden.

Abschließend wurde beidseitig hauchdünnes Japanpapier aufkaschiert, um das infolge der Brandhitze versprödete Papier zu verstärken. Der Textblock ist nun ohne Einschränkungen nutz- und lesbar.

2004, Weimar: Am Abend des 2. September brach in der Herzogin Anna Amalia Bibliothek ...

BEATE DEGEN  
ANDREAS KIEFFER



1



2

1 | Durch Anfasierung von frischer Papiermasse restaurierte brandgeschädigte Unterlagen.  
Aufnahme: Landesarchiv IJE

2 | Brandgeschädigtes Manuskript Theodor Mommsens.  
Aufnahme: Landesarchiv IJE



# Urkunden des Klosters Selz restauriert

Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut sichert wichtige Überlieferung

Zu den ältesten Kostbarkeiten des Generallandesarchivs Karlsruhe gehören 14 Urkunden aus ottonischer Zeit, auf denen die umfangreiche Ausstattung des Klosters Selz/Seltz im Elsass mit Gütern und Privilegien beruht. Die Urkunden auf Kalbs- oder Ziegenpergament sind mit brauner Tinte beschrieben und waren einstmals mit durchgedrückten Siegeln ausgestattet.

Neun der Urkunden kamen in sehr schlechtem Zustand ins Institut. Hitze- einwirkung, Wasserschäden und der häufig als Folge auftretende Schimmel haben das Pergament stellenweise völlig abgebaut. Fehlstellen, Risse, geschrumpfte Bereiche und eine lappige, dünne Hautstruktur haben jede Nutzung unmöglich gemacht. Einige Urkunden bestanden an einigen Stellen nur noch aus einzelnen, jeweils nur wenige Quadratzentimeter großen Fragmenten. Die Tinte ist vereinzelt nicht mehr zu lesen. Nur wenige Siegel sind noch in Bruchstücken erhalten.

Um die Stücke notdürftig nutzen zu können, waren die Urkunden früher in kleine Stücke zerschnitten und vollflächig, teilweise mit Kunstharzkleber, auf dicke Pappen aufkaschiert worden.

Ziel der Restaurierung im Institut war es nun, diese Pappe und den dicken Klebstofffilm zu lösen, die Teile wieder passgenau zusammzusetzen und eine Verpackung auszuwählen, die eine beidseitige Betrachtung und Ausstellung der Urkunden ermöglichen sollte. Die größte Herausforderung bestand darin, die Passgenauigkeit der Stücke trotz des

notwendigen Feuchtigkeitseintrags beim Ablösen der Pappe nicht zu verändern. Pergament wird, kommt es in Kontakt mit Feuchtigkeit, gummiartig weich und sehr dehnbar. Bei zu intensiver Befeuchtung können Stellen irreversibel transparent werden und nach der Trocknung ihre Form stark verändern. Kompressen aus Gore-Tex-Vlies und spezielle feuchtigkeitsspendende Gele gewährleisteten hier eine schonende, kontrollierte Befeuchtung, sodass die Pappe Zentimeter für Zentimeter abgenommen werden konnte. Die Verklebungen mit Kunstharzanteilen konnten schließlich nur mithilfe von organischen Lösemitteln gelöst werden.

Aufgrund der enorm geschwächten Pergamentstruktur war eine erneute Kaschierung und eine ganzflächige Ergänzung nicht möglich, ohne die Haptik und das Zugverhalten der Haut zu beeinträchtigen. Die Fragmente wurden deshalb nach dem Reinigen und Glätten mit sehr dünnen Stegen aus Pergament zusammengesetzt. Eine Puzzlearbeit, die teilweise in Zusammenarbeit mit Archivaren bewerkstelligt wurde, da einzelne Textfragmente, manchmal sogar einzelne Wortfragmente, falsch auf der Pappe platziert waren. Wichtig bei der Zusammensetzung der Bruchstücke war die Verwendung eines wasserarmen Klebstoffs, der schnell trocknet und keinen starken Zug entwickelt. Hausenblasenleim, ein Proteinleim aus der Schwimmblase des Störs, verfügt über diese ausgezeichneten Eigenschaften und wurde daher bei allen Urkunden erfolgreich verwendet.

Einzelne sehr fragile Partien wurden zur Stabilisierung mit neuem Pergament unterlegt. Da eine Verklebung wegen der Spannungsbildung im Randbereich nicht in Betracht kam, wurde das Pergament an einzelnen Stellen außerhalb des Textbereichs mit winzigen Stichen angenäht. Das originale Pergament soll dadurch vom differenzierenden Dehnungsverhalten des Ergänzungsmaterials abgekoppelt werden, eine eigentlich historische Technik, die jedoch bei den letzten Urkunden keine Anwendung mehr fand, da der Eingriff in die Originalsubstanz als zu gravierend empfunden wurde.

Nach Abschluss der Restaurierarbeiten wurden die Urkunden jeweils zwischen zwei Plexiglasplatten gelegt, die durch dünne Kunststoffplättchen als Abstandhalter auseinandergehalten werden. So ist eine ausreichende Belüftung gewährleistet, und das Pergament kann sich den Klimaschwankungen anpassen, ohne in seiner Bewegung eingeschränkt zu sein.

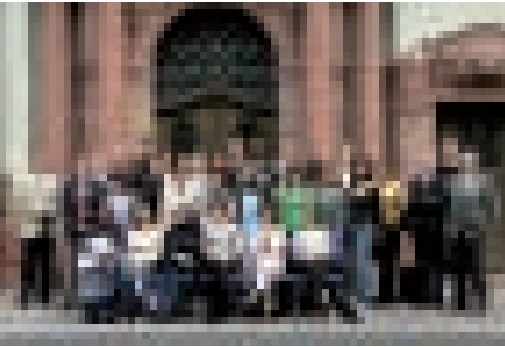
Für die letzten beiden Urkunden wurde auf die sehr schweren Plexiglasplatten und die aufwendige Montage verzichtet; stattdessen wurden sie in transparente Polyestertaschen gelegt, die ebenfalls eine Betrachtung von beiden Seiten ermöglichen. Am 17. Juni 2008 konnten die wertvollen Urkunden im Rahmen einer Ausstellung im Generallandesarchiv Karlsruhe erstmals wieder der Öffentlichkeit präsentiert werden.

KERSTIN FORSTMAYER



*Detail mit Siegel nach der Restaurierung: Fixierung der Urkundenfragmente durch Pergamentstege und Festigung des Siegels im Randbereich mit Siegelwachs. Aufnahmen: Landesarchiv IJE*

# Besuch des „Stage Technique International d'Archives“ im Generallandesarchiv Karlsruhe



Besuch des „Stage“ aus Paris im Generallandesarchiv Karlsruhe am 15. Mai 2008.  
Aufnahme: Landesarchiv GLAK

Seit vielen Jahrzehnten versammeln sich jedes Frühjahr ausgewählte Archivare aus aller Welt für mehrere Wochen im französischen Nationalarchiv in Paris, um sich über die neuesten Entwicklungen im Archivwesen zu unterrichten. In diesem Jahr erlebten die 32 Teilnehmer

nun eine ganz besondere Premiere, denn sie überschritten zusammen mit ihrem Ausbildungsleiter Direktor Jean-Pierre Defrance zum ersten Mal die deutsch-französische Grenze und besuchten am 15. Mai 2008 das Generallandesarchiv Karlsruhe. Die Archivare aus Frankreich, Kanada und vor allem aus Nord- und Zentralafrika sowie Osteuropa konnten sich hier nach einer herzlichen Begrüßung durch Prof. Dr. Volker Rödel über die Besonderheiten des deutschen Archivwesens und die aktuelle Entwicklung des Erweiterungsbaus für das Archiv informieren.

Drei Kurzvorträge von Dr. Peter Exner (*L'histoire du Land Bade-Wurtemberg*), Dr. Rainer Brüning (*L'organisation du Landesarchiv Bade-Wurtemberg*) und Dr. Christof Strauß (*La pratique archivistique allemande*) vermittelten den Besuchern wichtige Einblicke in die deutsche Archivwelt. Zahlreiche Nachfragen und

Diskussionen führten zu einem besseren Verständnis für die zentralen Problemfelder und Lösungsstrategien im internationalen Archivwesen. Besonderen Eindruck machten natürlich auch die ausgetragenen Schätze der badischen Landesgeschichte. Sie leiteten zum zweiten Hauptteil des Besuchsprogramms über: der Besichtigung der weit über die Landesgrenzen hinaus bekannten „Majolika“, der einzigen Keramikmanufaktur ihrer Art in Deutschland.

Mehrfach wurde von den sehr engagierten Teilnehmern die Frage gestellt, warum in einem Land wie Deutschland, das über eine so lange und reiche Archivtradition verfügt, kein „Stage“ für ausländische Kollegen angeboten wird. Könnten doch gerade hier gewonnene Einsichten auch in anderen Teilen der Welt weiterhelfen.

RAINER BRÜNING

## Wertvolle Ergänzung der Archivbestände: die Bibliotheken des Landesarchivs

Das Landesarchiv Baden-Württemberg verfügt an seinen einzelnen Standorten über mehrere wissenschaftliche Spezialbibliotheken. Die ansehnlichen Buchbestände stellen ein unentbehrliches Hilfsmittel bei der Erschließung und Auswertung archivalischer Quellen dar. Sie werden sowohl von den Mitarbeitern als auch von den Nutzern der Archive regelmäßig in Anspruch genommen.

Der inhaltliche Schwerpunkt der Bibliotheken liegt auf landesgeschichtlicher und landeskundlicher Literatur. Hinzu kommen biografische und allgemein historische Nachschlagewerke, Quelleneditionen, Veröffentlichungen zu den historischen Hilfswissenschaften, zur Verwaltungsgeschichte und Archivkunde. Die Büchersammlungen bilden wichtige Schnittstellen zu den Archivbeständen. So werden neben Monografien und Peri-

odika gezielt Regierungs- und Gesetzblätter, sogenannte „graue Literatur“ und oft nur schwer zugängliche Druckschriften aus Nachlässen übernommen. Zu den kostbaren Raritäten der Archivbibliotheken gehören landesherrliche Verordnungen und humanistische Quellenwerke aus der Frühen Neuzeit ebenso wie militärische Publikationen aus dem 19. und 20. Jahrhundert.

Neben dem systematischen Ankauf neuer Fachliteratur werden die Bibliotheksbestände durch kostenlose Abgaben und den Schriftentausch mit Vereinen und Verbänden, staatlichen und kommunalen Behörden, Unternehmen und Privatpersonen kontinuierlich erweitert. Nicht zuletzt bildet das Belegexemplarrecht einen wichtigen Baustein zur Komplettierung der Literatur. Es verpflichtet die Archivnutzer zur unentgeltlichen

Ablieferung eines Belegstücks ihrer Forschungen, sofern sie unter wesentlicher Verwendung von Archivgut entstanden sind.

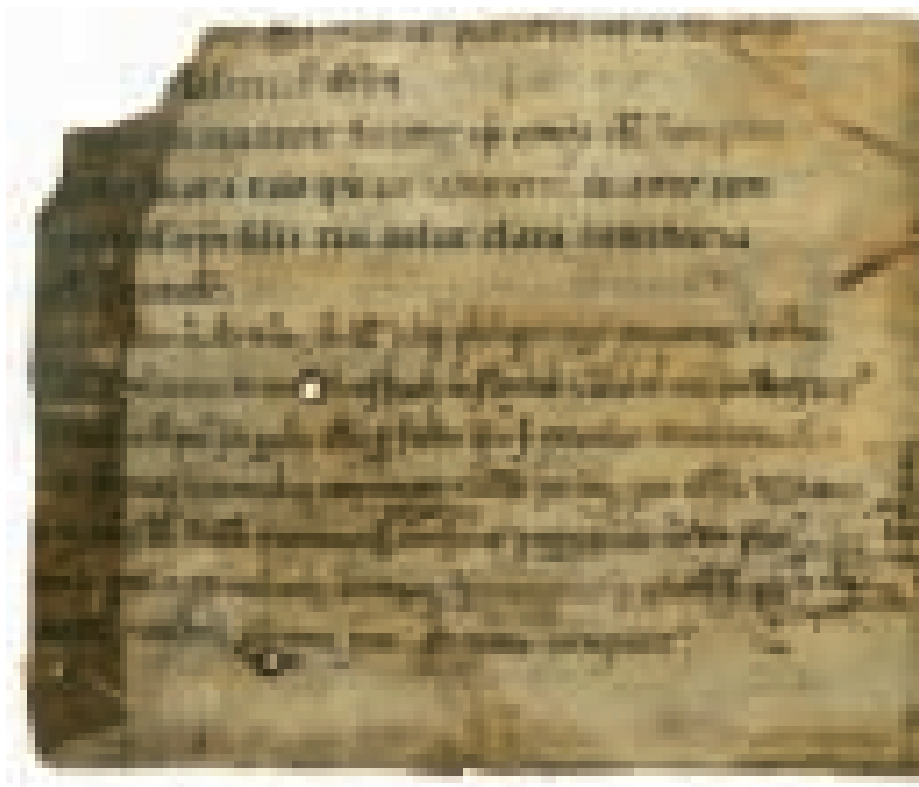
In Kooperation mit dem Bibliothekservice-Zentrum Baden-Württemberg (BSZ) in Konstanz gelang es, die elektronisch vorhandenen Bestandsdaten in einen Online-Katalog (OPAC) zu überführen und damit die Zugänglichkeit der Archivbibliotheken spürbar zu verbessern (<http://opac.bsz-bw.de/WPlabw.html>). Der OPAC ermöglicht die Recherche an den verschiedenen Archivstandorten, aber auch eine übergreifende Suche im gesamten Landesarchiv Baden-Württemberg sowie in den Bibliotheken der Kommission für geschichtliche Landeskunde Baden-Württemberg und des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins. Von den insgesamt

# Neues zum Tod König Philipps von Schwaben († 1208)

Vor 800 Jahren, am 21. Juni 1208, wurde König Philipp von Schwaben in Bamberg ermordet. Diese ungeheuerliche Tat des Pfalzgrafen Otto von Wittelsbach

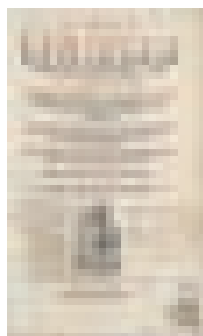
weiter: Bischof Werner von Konstanz und Abt Ulrich von St. Gallen hätten wegen der Burg Rheineck am Bodensee gestritten und jetzt bei Gossau gegenein-

Eintrag zur Ermordung Philipps von Schwaben am 21. Juni 1208 auf einem Pergamentfragment, Anfang 13. Jahrhundert.  
Vorlage: Landesarchiv HStAS J 522 B VI Nr. 730



rund 450 000 Bestandseinheiten im Landesarchiv sind derzeit etwa 150 000 Einheiten im OPAC nachgewiesen. Die Bibliotheksbestände stehen für jeden Interessierten in den Lesesälen der Staatsarchive zur Verfügung.

KATI STEIN



Titelblatt der „Annales Suevici“ des Tübinger Chronisten Martin Crusius, gedruckt in Frankfurt am Main 1595.  
Vorlage: Landesarchiv HStAS Bibliothek C 21

gehörte bereits für die Zeitgenossen zu den aufsehenerregenden Ereignissen mit nachhaltiger politischer Bedeutung: Nicht nur der sogenannte „Thronstreit“ des Staufers mit dem Welfen Otto IV. fand damit ein jähes Ende, die staufische Herrschaft im deutschen Reich war so bis auf Weiteres erledigt, Fehden und Gewalttaten nahmen überhand.

Diese intensiv erforschte prominente Geschichte leuchtet nun ein neuer Quellenfund weiter aus: Im Bestand der abgelösten Einbandfragmente des Hauptstaatsarchivs Stuttgart fand sich ein Pergamentblatt aus einer liturgischen Handschrift des 11. Jahrhunderts (J 522 B VI Nr. 730). Als Nachtrag führte eine Hand des beginnenden 13. Jahrhunderts darauf eine chronikalische Notiz zum Tod König Philipps von Schwaben aus. Dieser sei von Pfalzgraf Otto von Wittelsbach *ruchlos und grausam (infideliter et crudeliter)* ermordet worden. Und

ander gekämpft. Sieger in dieser sogenannten „Schlacht von Breitfeld“ am 15. November 1208 blieben die Ritter des Bischofs von Konstanz.

Hier schreibt ein gut informierter Geistlicher bzw. Mönch, den wir im Bodenseeraum vermuten können, offenbar noch ganz unter dem Eindruck der Geschehnisse diese Notizen in ein liturgisches Buch, wohl ein Sakramentar. Sie informieren über die örtlichen Vorgänge unmittelbar nach dem Mord an König Philipp und bieten bislang unbekannte Einblicke in die Folgen seines Todes im deutschen Südwesten.

Passend zum Erinnerungsjahr für den großen Stauer halten die Schätze der Archive auch für solch ferne und gut erforschte Ereignisse noch überraschende Neuigkeiten bereit, die nun ihrer wissenschaftlichen Aufarbeitung entgegensehen.

PETER RÜCKERT

# Der erste Schritt zum Südweststaat

Dreiländertreffen auf dem Hohenneuffen 1948



Mit einer Kabinettsitzung an historischer Stätte sowie einem Bürgerempfang erinnerte die baden-württembergische Landesregierung an das „Dreiländertreffen“, das vor 60 Jahren auf dem Hohenneuffen stattfand. Damals, am 2. August 1948, hatten sich über 50 Regierungsmitglieder und Parlamentarier der Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden auf der imposanten Burgruine eingefunden, um erstmals gemeinsam über die Neugliederung Südwestdeutschlands zu sprechen (vgl. Archivnachrichten Nr. 36).

In Württemberg-Hohenzollern, das als Land kaum lebensfähig war und fortwährend auf Finanzhilfen aus Stuttgart angewiesen blieb, gebot die Staatsräson, Anschluss an eine größere Einheit zu finden. Auch in Württemberg-Baden sprachen sich fast alle maßgeblichen politischen und gesellschaftlichen Kräfte für die Bildung eines Südweststaats aus. Demgegenüber pochte jedoch die Freiburger Regierung unter Leo Wohleb

nachdrücklich auf die Wiederherstellung des alten Landes Baden.

In dieser strittigen Situation lud der Stuttgarter Ministerpräsident Reinhold Maier auf Wunsch der Alliierten zu einer Konferenz auf den Hohenneuffen ein. Als einzigen Tagesordnungspunkt hatte er die Vereinigung von Württemberg und Baden sowie deren Akzeptanz in der Bevölkerung vorgesehen. Man wollte, so der Gastgeber, keine Beschlüsse fassen, sondern sich gegenseitig kennenlernen und über die konträren Standpunkte austauschen. An die 20 Redner meldeten sich zu Wort, die einen einheitlichen Südweststaat befürworteten. Lediglich der Freiburger Justizminister Hermann Fecht plädierte für die Restauration der alten Länder. Staatspräsident Wohleb hüllte sich in Schweigen.

Trotz einiger polemischer Missklänge trugen der romantische Tagungsort und die großzügige Bewirtung, die *im gemeinsamen Singen volkstümlicher Lieder und einem kräftigen Trinkgelage*

*Das Dreiländertreffen am 2. August 1948 auf dem Hohenneuffen: Innenminister Viktor Renner, Tübingen, in Vertretung des schwer erkrankten Staatspräsidenten Lorenz Bock; Staatspräsident Leo Wohleb, Freiburg im Breisgau; Finanzminister Heinrich Köhler, Karlsruhe; Ministerpräsident Reinhold Maier, Stuttgart (von links). Vorlage: Landesarchiv GLAK N Köhler Nr. 3*

(Theodor Eschenburg) endete, dazu bei, dass die turbulente Zusammenkunft auf dem Hohenneuffen zu einer Legende wurde. Bis zur Gründung des Landes Baden-Württemberg 1952 sollten allerdings noch Jahre vergehen.

In einer kleinen Präsentation am Ort des historischen Geschehens zeigte das Hauptstaatsarchiv Stuttgart authentische Schrift- und Bilddokumente, die das Zustandekommen, den Verlauf und die Ergebnisse der Hohenneuffen-Konferenz veranschaulichten.

ALBRECHT ERNST

# Das Landesarchiv als Partner in europäischen Digitalisierungsprojekten

Die Digitalisierung von Kulturgut gehört zu den großen Herausforderungen der Informations- und Wissensgesellschaft. Einer interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kultureinrichtungen wie Archiven, Bibliotheken und Museen kommt dabei eine immer größere Bedeutung zu, die insbesondere auf der europäischen Ebene zunehmend propagiert wird. Mit dem Aufbau archiverischer Online-Informationssysteme und der Digitalisierung von Archivgut engagiert sich das Landesarchiv Baden-Württemberg seit mehreren Jahren in besonderer Weise und nimmt die Funktion eines archivistischen Kompetenzzentrums wahr. Seine Erfahrungen bringt das Landesarchiv nicht nur in nationalen Kooperationen und Projekten wie dem *BAM-Portal – Gemeinsames Internet-Portal für Bibliotheken, Archive und Museen* ([www.bam-portal.de](http://www.bam-portal.de)) und beim Aufbau einer interdisziplinären *Deutschen Digitalen Bibliothek* ein, sondern auch in europäischen Kooperationen. So beteiligt es sich an mehreren EU-Projekten und stellt bereits seit mehreren Jahren den Bundesratsbeauftragten für die Digitalisierung von Kulturgut als Vertreter der deutschen Bundesländer in europäischen und nationalen Gremien.

Im Rahmen der Initiative *i2010* fördert die Europäische Union Projekte zur Digitalisierung des kulturellen Erbes in Europa. Im Vordergrund steht zurzeit der Aufbau einer interdisziplinären *Europäischen Digitalen Bibliothek* mit dem Namen *Europeana*. Wichtige Projekte auf dem Weg dahin sind das thematische Netzwerk *Europeana* ([www.europeana.eu](http://www.europeana.eu)) und das vor Kurzem abgeschlossene EU-Projekt *MICHAEL Plus* ([www.michael-culture.org](http://www.michael-culture.org)). In beiden Projekten nimmt das Landesarchiv als Projektpartner zusammen mit dem Bundesarchiv die Interessen der deutschen Archive wahr, indem es bei konzeptionellen Fragestellungen der interdisziplinären Präsentation von digitalisiertem Kulturgut auf europäischer Ebene mitwirkt und die Lieferung des *eContent* deutscher Archive, das heißt der im Internet

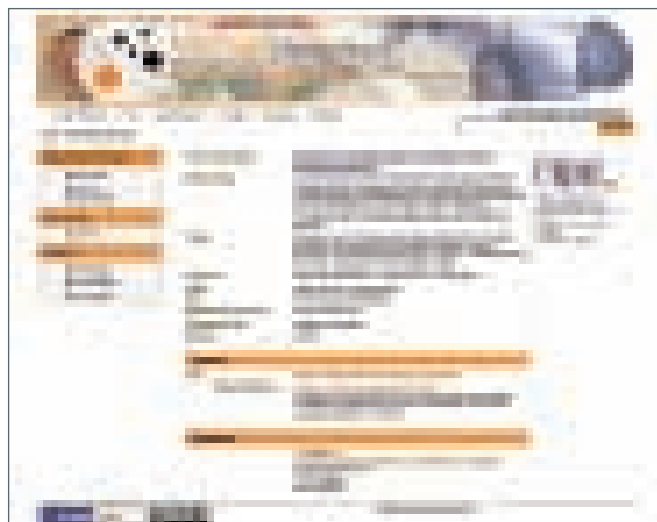
verfügbaren Erschließungsinformationen und digitalisierten Archivalien, organisiert und unterstützt.

Das zweijährige *Europeana*-Projekt beschäftigt sich seit Juli 2007 zusammen mit etwa 90 Partnern unterschiedlicher Sparten aus verschiedenen europäischen Mitgliedsstaaten sowohl mit der organisatorischen, technischen und fachlichen Konzeption als auch mit der prototypischen Realisierung der *Europäischen Digitalen Bibliothek*. Eine erste Version der *Europeana*, über die auch digitalisierte Archivalien des Landesarchivs Baden-Württemberg recherchiert werden können, wird im November 2008 durch Viviane Reding – die für die Informationsgesellschaft zuständige EU-Kommissarin – der Öffentlichkeit präsentiert.

Ein wichtiger Baustein für die *Europeana* bildet das europäische Internet-Portal *MICHAEL – Multilingual Inventory of Cultural Heritage* ([www.michael-culture.org](http://www.michael-culture.org)), das einen zentralen Nachweis digitalisierter Bestände und Sammlungen in europäischen Archiven, Bibliotheken und Museen bietet. Von Juni 2006 bis Projektende Mitte 2008 war das Landesarchiv Partner im EU-Projekt *MICHAEL Plus* ([\[archiv-bw.de/michaelplus\]\(http://archiv-bw.de/michaelplus\)\), in dem sowohl das europäische Internetportal als auch nationale Instanzen aufgebaut worden sind. Das Landesarchiv hat dabei zusammen mit dem Bundesarchiv die Beständenachweise für die deutschen Archive organisiert und in die deutsche Portalinstanz \(\[www.michael-culture.de\]\(http://www.michael-culture.de\)\) eingearbeitet. Die Informationen des deutschen MICHAEL-Portals sollen noch im Lauf dieses Jahres in der europäischen Instanz recherchierbar sein.](http://www.landes-</a></p></div><div data-bbox=)

Ein drittes europäisches Projekt, in das sich das Landesarchiv als Partner einbringt, ist das Projekt *Bernstein – The Memory of Papers* ([www.bernstein.oew.ac.at](http://www.bernstein.oew.ac.at)). Neun Institutionen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden und Österreich sind daran beteiligt. Ziel des Projekts ist es, bis Anfang 2009 einen integrierten Zugang zu digitalisierten Wasserzeichensammlungen und den Aufbau einer Informationsplattform zur Papiergeschichte in Europa zu realisieren. Das Landesarchiv ([www.landesarchiv-bw.de/bernstein](http://www.landesarchiv-bw.de/bernstein)) stellt dabei mit *Piccard-Online* ([www.piccard-online.de](http://www.piccard-online.de)) die weltweit größte Sammlung (rund 92 000 Nachweise) digitalisierter Wasserzeichen zur Verfügung.

GERALD MAIER



Die deutsche Instanz des Internet-Portals „MICHAEL – Multilingual Inventory of Cultural Heritage“ ([www.michael-culture.de](http://www.michael-culture.de)).

# Schnelles und gezieltes Recherchieren

## Neue Suchmaschine innerhalb des Online-Findmittelsystems des Landesarchivs

Google steht für bequemes und zeitsparendes Suchen im Internet und ist jedem Internetbenutzer heute ein Begriff. Seit einiger Zeit verfügt nun auch das Landesarchiv Baden-Württemberg über eine Suchmaschine, die auf einer vergleichbaren Grundtechnologie basiert. Sie durchsucht den gesamten Datenpool des Online-Findmittelsystems des Landesarchivs Baden-Württemberg. Die Ansprüche an die Technologie sind hoch, denn für die Recherche stehen derzeit bereits mehr als 1,8 Millionen Titelaufnahmen online zur Verfügung.

Das neue Recherchewerkzeug ist schnell und komfortabel und wurde in seiner Funktionalität den Bedürfnissen des Archivs und seiner Nutzer genau angepasst. Die Suchergebnisanzeige ist wesentlich differenzierter als bei Google, sodass bei jedem gefundenen Eintrag genau erkennbar ist, an welcher Stelle

der Systematik der Archivbestände sich dieser befindet. Denn der Überlieferungskontext ist bei archivischen Titelaufnahmen oft von entscheidender Bedeutung. Die Suchmaschine sucht nicht nach Zeichenfolgen, sondern nach Worten bzw. Wortstämmen: Wenn also zum Beispiel das Wort *Schule* eingegeben wird, findet sie auch die Einträge mit den Wörtern *Schüler*, *Schülerinnen* und *Schulen*. Die Ergebnismenge fällt dadurch oft wesentlich größer aus als bei herkömmlichen Suchmaschinen, die sich nur am genauen Wortlaut orientieren. Das ist ein großer Vorteil, kann aber auch von Nachteil sein. Allerdings hat der Nutzer die Möglichkeit, seine Suche nachträglich zu verfeinern, indem er der Suchanfrage weitere Begriffe hinzufügt.

Zu den Neuerungen gehört auch, dass der Recherchierende auf frühere Suchergebnisse zurückgreifen kann, indem er

einen in der sogenannten „Suchhistorie“ gespeicherten Suchvorgang reaktiviert. Wie bisher können Archivalieneinheiten in eine Lesezeichenliste oder direkt in den Bestellkorb übernommen werden. Die Ergebnisliste wird standardmäßig entsprechend der Systematik der Archivbestände sortiert. Innerhalb der *erweiterten Suche* kann der Sortiermodus jedoch auch so abgeändert werden, dass die Suchergebniseinträge wie bei Google nach Relevanz geordnet werden. Die *erweiterte Suche* bietet darüber hinaus noch viele weitere Optionen, die eine noch differenziertere und damit äußerst gezielte Suche ermöglichen. Der Hilfetext zur Anwendung enthält weitere Informationen zur Funktionalität des neuen Rechercheinstruments ([www.landesarchiv-bw.de/suche](http://www.landesarchiv-bw.de/suche)).

THOMAS FRICKE

# Württembergs Bevölkerung in Zahlen

Unterlagen der Volkszählungen online recherchierbar,  
Zahlenreihen in Datenbank erfasst

Wie viele Menschen lebten im Jahr 1858 in dem kleinen Ort Liebesdorf im Hohenlohischen? Wie war die Altersstruktur in diesem Weiler? Gab es neben der protestantischen Mehrheit auch eine katholische Minderheit oder vielleicht sogar einige jüdische Familien? Die umfangreichen Tabellen, die ab 1834 durch das königliche Statistisch-topographische Bureau angelegt wurden, geben darüber exakt Auskunft.

Als Württemberg 1834 dem deutschen Zollverein beitrug, verpflichtete sich das Königreich, künftig die Bevölkerung nach fest definierten Merkmalen zu erfassen. Die moderne Statistik war geboren. Zunächst waren es nur wenige Daten – wie Altersgliederung und Geschlecht –, die im dreijährigen Rhythmus erfasst und in tabellarischen Listen bis hinab auf die Ebene von kleinen Weilern und Einzelgehöften zusammengetragen wurden. Mit der Gründung des Deutschen Reichs 1871 wurde aus der Zollvereinszählung die Reichsstatistik, die Daten wurden nur noch in Fünfjahresintervallen erhoben. Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts differenzierten sich die erhobenen Merkmale immer stärker aus. Politische Absichten lassen sich nur unschwer in den Zählungen des

20. Jahrhunderts erkennen. Während in mehreren Zählungen zwischen 1914 und 1918 die wehrfähigen Jahrgänge eigens erfasst wurden, dienten die Zählungen der Jahre 1933–1939 der „restlosen Erfassung“ der Bevölkerung und boten die Datengrundlage für die Vorbereitung des Holocausts.

Die Tabellen, in denen die Ergebnisse der Volkszählungen der Jahre 1834–1939 zusammengefasst wurden, wurden bis in die Gegenwart als sogenannte „Oberamtsmappen“ im Statistischen Landesamt verwahrt. Zusammen mit weiteren Tabellen zu den württembergischen Volkszählungen der Jahre 1882–1939 wurden die Unterlagen im Frühjahr 2008 an das Staatsarchiv Ludwigsburg abgegeben. Online-Findmittel erschließen die beiden Bestände (E 258 VIII und E 258 IX).

Zeitgleich schloss das Landesarchiv im Frühjahr 2008 ein längerfristig angelegtes Kooperationsprojekt mit dem Statistischen Landesamt ab, in dem die Daten der Volkszählungen der Jahre 1834–1925 für die Gemeinden und Oberämter Württembergs mit allen erhobenen Merkmalen in einer Datenbank erfasst wurden. Die neueren Kreisbeschreibungen des Landesarchivs (zum Beispiel für die Landkreise Rottweil und

Schwäbisch Hall) konnten bereits auf diese Datengrundlage zurückgreifen. In einer Internetpräsentation sind ausgewählte Zahlenreihen übersichtlich aufbereitet ([www.la-w.de/zollvereinsstatistik/](http://www.la-w.de/zollvereinsstatistik/)).

Statistisches Landesamt und Landesarchiv haben nun den gesamten Datenbestand als CD-ROM *Volkszählungen in Württemberg 1834–1925* publiziert. Historisches Kartenmaterial und Ortsansichten aus den populären württembergischen Oberamtsbeschreibungen runden die Veröffentlichung ab. In Excel-Tabellen stehen die bisher unveröffentlichten Zahlenreihen in komfortabler Form für die historische und sozialwissenschaftliche Forschung zur Verfügung. Gerade für die Orts- und Landesgeschichte bietet das Material künftig die unverzichtbare Grundlage für die Untersuchung der demografischen und sozialen Entwicklung Württembergs in der Neuzeit.

Die CD-ROM kann beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg (Telefon 0711/641-134062, E-Mail: [vertrieb@stala.bwl.de](mailto:vertrieb@stala.bwl.de)) zum Preis von 20 Euro erworben werden.

MARTIN HÄUSSERMANN  
WOLFGANG ZIMMERMANN

Ort	Gesamtbevölkerung	Männliche Bevölkerung		Weibliche Bevölkerung		Gesamtbevölkerung
		1834	1837	1834	1837	
Liebesdorf	100	50	50	50	100	
...	...	...	...	...	...	

Tabellen der Zollvereinszählung für das Oberamt Balingen aus dem Jahr 1834.  
Vorlage: Landesarchiv StAL E 258 VIII Bü. 3

# Franck & Kathreiner, Thomy und Co.

Das Unifranck-Werbemittelarchiv in Ludwigsburg



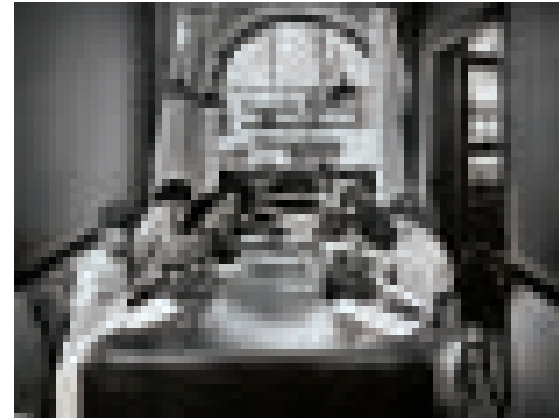
In der Werkskantine von Kathreiner in München, um 1900.

Vorlage: Landesarchiv StAL PL 4/2 Nr. 32841



Studium der Plakatsammlung von Kathreiner in München, um 1900.

Vorlage: Landesarchiv StAL PL 4/2 Nr. 32840



Das Kontor der Skandinavien-Abteilung von Kathreiner in München, um 1900.

Vorlage: Landesarchiv StAL PL 4/2 Nr. 32845

Als im Sommer 1978 die Bestände des Staatsarchivs Ludwigsburg um das Werbemittelarchiv der Unifranck Lebensmittelwerke GmbH bereichert werden konnten, fanden die darin enthaltenen Unterlagen selbst bei Archivarinnen und Archivaren, die ständig mit historischen Dokumenten umzugehen pflegen, aufgrund der besonderen Art dieser Überlieferung großes Interesse: Denn neben schriftlichen Zeugnissen, Plakaten und Fotografien waren nun zum ersten Mal auch dingliche Objekte wie Schaupackungen, Reklameschilder, Dekorationsmaterialien, Vorzeigeeutis, Werbegeschenke, Modelle von Ausstellungsständen und vieles andere mehr in die Obhut des Staatsarchivs gelangt. Mit den gleichfalls übernommenen Schallplatten und Tonbändern der Rundfunkwerbung sowie Filmen aus der Welt des Kinos und des Fernsehens hielten darüber hinaus bereits die neuen (noch analogen!) audiovisuellen Medien Einzug, um mit viel lebendigerem Bild- und Tonmaterial die bis dahin ausschließlich in Papierform archivierte zeitgeschichtlichen Quellen zu ergänzen.

Ist es schon erstaunlich, wie umfangreich diese Unterlagen mit einem Umfang von einem halben Regalkilometer sind, so begeistert noch mehr die Vielfalt der Werbemittel, die zumindest für die Hauptmarken des Lebensmittelkonzerns, zum Beispiel Aecht Franck, Kathreiner, Kornfranck, Linde's, Caro und Thomy's,

teilweise über beide Weltkriege hinweg meist lückenlos erhalten geblieben sind – eine Überlieferung, wie sie für ein Unternehmen dieses Wirtschaftszweigs im süddeutschen Raum wohl einmalig sein dürfte. Gerade durch ihre Vollständigkeit besitzt diese bis ins 19. Jahrhundert reichende Sammlung herausragende Bedeutung als Beispiel der Produktwerbung deutscher Unternehmen im Auf und Ab von Weltgeschehen und Konjunktur. Sie dokumentiert die Entwicklung des Marketings weit über die Lebensmittelparte hinaus. In den Werbemitteln spiegeln sich allgemeiner Zeitgeschmack und Lebensstil ebenso wie zeittypische Lebensverhältnisse und Verhaltensweisen einzelner Gruppen. Einen Überblick über dieses heute im Eigentum der Nestlé Deutschland AG stehende Unifranck-Depositum bietet die Online-Beständeübersicht des Staatsarchivs Ludwigsburg (Bestand PL 4).

Ausgesuchte Objekte aus dem Fundus dieses Werbemittelarchivs finden immer wieder ihren Weg zu den verschiedensten Präsentationen auch außerhalb Deutschlands, um das Publikum in eine vergangene Welt zu entführen. So werden dieses Jahr gleich auf zwei großen Jahresausstellungen renommierter Museen in der Schweiz Exponate aus dieser Sammlung gezeigt.

WOLFGANG SCHNEIDER

## Schweiztour für die Freunde alter Werbung

### De la cuisine à l'usine – Dosenmilch und Pulversuppen

Ausstellung über die Anfänge der Schweizer Lebensmittelindustrie

Alimentarium – Musée de l'alimentation  
Quai Perdonnet, 1800 Vevey  
[www.alimentarium.ch](http://www.alimentarium.ch)

Öffnungszeiten  
bis 4. Januar 2009:  
Dienstag – Sonntag 10.00 – 18.00 Uhr

### Echt Kaffee? Die erstaunliche Welt der Kaffeesurrogate

Johann Jacobs Museum – Museum zur Kulturgeschichte des Kaffees  
Seefeldquai 17, 8034 Zürich  
[www.johann-jacobs-museum.ch](http://www.johann-jacobs-museum.ch)

Öffnungszeiten  
bis 1. März 2009:  
Freitag 14.00 – 19.00 Uhr  
Samstag 14.00 – 17.00 Uhr  
Sonntag 10.00 – 17.00 Uhr

Werbeplakat für Aecht Franck, 1901.  
Vorlage: Landesarchiv StAL PL 4/1 Ae 01



# Alte Stronck

mit der Kaffeemühle



Der Geburtsort

# Sisyphos im Staub oder Kulturgutmanager?

Freiburger Studierende gewinnen Einblicke in die Archivarbeit

Erste Einblicke in die Arbeitswelt von Archiven können für Studierende durchaus reizvoll sein, wie das Archivmodul mit dem Titel *Sisyphos im Staub oder Kulturgutmanager?* zeigt. Die Blockveranstaltung wird seit zwei Jahren von der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität angeboten und findet reges Interesse. Sie möchte Studierenden und Graduierten erste Eindrücke in verschiedene Berufsfelder vermitteln. Das Modul wurde mit dem Zentrum für Schlüsselqualifikation der Universität zur Vermittlung von *berufsfeldorientierten Kompetenzen* entwickelt und soll Studierenden vorbereitende Hilfen für die Berufswelt geben. Die angebotenen Bereiche betreffen Management, Kommunikation, Medien, EDV und Fremdsprachen.

In den Wintersemestern 2006/07 und 2007/08 wurde das zu den Managementkompetenzen gerechnete Archivmodul in Kooperation von vier Freiburger Archiven (Stadtarchiv, Staatsarchiv, Erzbischöfliches Archiv, Universitätsarchiv) durchgeführt. Die Studierenden erhielten in der Veranstaltung einen praxis-

nahen Einblick in zentrale Aufgaben unterschiedlicher Archive. So lernten sie die Erschließung und Aussonderungsproblematik am Beispiel des Universitätsarchivs und im Staatsarchiv die Probleme von Bestandspflege und -erhaltung kennen. Das Erzbischöfliche Archiv brachte den Studierenden die Nutzer eines Archivs nahe, während das Stadtarchiv die für Kommunalarchive typischen Aufgabenfelder der Öffentlichkeitsarbeit illustrierte.

Dem archivfachlichen Input schloss sich eine Praxisphase mit Eigenarbeit in Archiven an, in der die Studierenden mit Archivalien arbeiteten. Dazu untersuchten die Seminarteilnehmer in Teamsthemengebogene Quellen. Thematik des ersten Archivmoduls war die Nachkriegsphase zwischen 1945 und 1950, während im zweiten Archivmodul archivalische Quellen aus der Übergangszeit vom Ersten Weltkrieg zur Weimarer Republik, zwischen 1917 und 1923, aus den Bereichen Stadt – Staat – Kirche – Universität der jeweiligen Archive im Mittelpunkt standen. So war eine Bildquelle zu Tier-

versuchen im Ersten Weltkrieg ein Arbeitsbereich, ein anderer war ein Aufruf *An die Gebildeten der Deutschen Nation* oder eine Anzeige des Freiburger Soldatenrats, eine Freiburger Stadtratssitzung über den Zusammenbruch der Strom- und Energieversorgung, die nach dem Wegfall des Elsass für Baden erhebliche Folgen hatte, und Ähnliches mehr. Die durch die Studierenden exemplarisch aufgearbeiteten Quellen sollen in absehbarer Zeit auf einem Server als Unterrichtsmaterialien aus den Archiven für Lehrer und Schüler zur Verfügung gestellt werden. Durch diese lokalen und regionalen Quellen werden die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs unmittelbar spürbar, während die Darstellung in den Schulbüchern doch meist abstrakter zu sein scheint. So werden die Archive als Einrichtungen zunächst in das Bewusstsein von Studierenden, dann aber auch von Schülern gerückt – Archive als Orte, an denen vielfältige und spannende Facetten des Lebens vergangener Zeit mit dem unmittelbaren Umfeld der Schüler zusammentreffen.

DIETER SPECK

## Verstummete Stimmen

Die Vertreibung der ‚Juden‘ aus der Oper 1933–1945

Die Bücher über die Zeit des Nationalsozialismus füllen ganze Bibliotheken. Trotzdem stößt man immer wieder auf überraschende Lücken. Die Ausstellung *Verstummete Stimmen* präsentiert ein solches bisher nicht erforschtes und nie öffentlich diskutiertes Kapitel Zeitgeschichte – die systematische Vertreibung jüdischer und oppositioneller Künstler aus deutschen Opernhäusern. Verantwortlich für das Projekt zeichnen der Historiker Hannes Heer, der Musikjournalist Jürgen Kesting und der Gestalter Peter Schmidt. Die Ausstellung, die bisher in Hamburg und Berlin mit großem Erfolg gezeigt wurde und nach der Präsentation in Stuttgart zu den Bayreuther Festspielen eingeladen ist, hat eine Besonderheit: Sie besteht aus zwei Teilen.

Im Mittelpunkt stehen 44 Lebensgeschichten prominenter Künstler meist jüdischer Herkunft, darunter die Komponisten Arnold Schönberg und Kurt Weill, die Dirigenten Fritz Busch und Otto Klemperer sowie die Sängerinnen und Sänger Gitta Alpár, Delia Reinhardt, Lydia Kindermann, Richard Tauber, Joseph Schmidt, deren Stimmen oder Musiken durch die antisemitische und politische Verfolgung damals verstummten. Aber auch nichtjüdische Musikschaffende wurden vertrieben oder entschieden sich aus Protest für das Exil, wie die Schicksale von Paul Hindemith, Erich Kleiber oder Lotte Lehmann demonstrieren. Die Ausstellung zeigt, dass diese Verfolgung schon in den Jahren der Weimarer Republik begann. Unter

den Parolen „Musikbolschewismus“ und „entartete Musik“ bekämpfte man Jazz, atonale Musik und zeitkritisches Musiktheater. Mit dem Machtantritt Hitlers und seiner Partei am 30. Januar 1933 wurde aus diesem ideologischen Kampf eine lebensbedrohende Realität – durch den „Arierparagrafen“, durch Zwangsorganisationen wie die „Reichskulturkammer“, durch Listen „unerwünschter“ Musik und Lexika jüdischer Musiker. Die Ausstellung benennt die Exekutoren dieser Politik und diejenigen, die davon profitierten. Sie beschreibt, was Exil bedeutete und wie die mörderische Maschinerie der Deportationen funktionierte. Dieser überregionale Teil wird im Haus der Geschichte im Galeriesaal präsentiert.

Der andere Teil der Ausstellung wird, weil er sich mit der Geschichte der Stuttgarter Oper und deren vertriebenen Ensemblemitglieder beschäftigt, im Foyer des Opernhauses zu sehen sein. Einige Fälle von Verfolgung sind bekannt, wie die politisch bedingte Entlassung des Generalintendanten Albert Kehm und seines Verwaltungsdirektors Otto Paul oder die aus *rassischen* Gründen erfolgte Vertreibung des Regisseurs Harry Stangenberg und des Baritons Hermann Weil. Aber die Ausstellung wird 20 weitere Schicksale verfolgter Ensemblemitglieder präsentieren, die aus allen Sparten des Hauses kommen und Namen tragen, die längst in Vergessenheit geraten sind – Sängerinnen und Sänger, Mitglieder von Chor und Orchester, Korrepetitoren, Balletttänzer, Bühnenarbeiter und Angestellte. Die Verfolgung traf ebenso die Schauspielerinnen und Schauspieler des Staatstheaters: Auch einige dieser Stimmen verstummten damals für immer. Diese in vielen Fällen lückenlose Rekonstruktion von beschädigten Leben war nur möglich, weil das Staatsarchiv Ludwigsburg nicht nur über überraschend reiche Bestände verfügt, sondern deren Erforschung durch den Nutzer auch mit unüblichem Aufwand begleitet. So konnte anhand der Personal- und Wiedergutmachungsakten das Leiden der Opfer und mithilfe der Entnazifizierungsakten auch in vielen Fällen der Beitrag der Täter wissenschaftlich nachvollzogen werden. Im Rahmen des Begleitprogramms wird diese Kooperation unter dem Titel *Spuren der Verstummten. Was uns die Akten im Staatsarchiv erzählen* Gegenstand einer eigenen Veranstaltung sein.

HANNES HEER



*Das Stuttgarter Opernhaus im Fahnen schmuck, um 1933.*  
Vorlage: Landesarchiv StAL EL 221/10



*Suse Rosen (Susanne Rosenthal), geboren am 7. März 1910 in Dresden, gestorben 1968, bis 1933 Tänzerin an den Württembergischen Landes-theatern in Stuttgart.*  
Vorlage: Landesarchiv StAL E 18 VI Bü. 1628



*Pass des 1933 entlassenen Stuttgarter Generalintendanten Albert Kehm, 1937.*  
Vorlage: Landesarchiv StAL F 215 Bü. 557

### Verstummt Stimmen Die Vertreibung der ‚Juden‘ aus der Oper 1933 – 1945

6. Oktober – 7. Dezember 2008

Öffnungszeiten

Haus der Geschichte Baden-Württemberg  
Konrad-Adenauer-Straße 16,  
70173 Stuttgart  
Dienstag, Mittwoch, Freitag – Sonntag  
10.00 – 18.00 Uhr  
Donnerstag 10.00 – 21.00 Uhr

Staatsoper Stuttgart  
Oberer Schlossgarten 6, 70173 Stuttgart  
Dienstag – Sonntag 10.00 – 14.00 Uhr

Begleitveranstaltung  
**Spuren der Verstummten**  
Was uns die Akten im Staatsarchiv erzählen  
Ein Werkstattbericht mit Magazinführung  
Dr. Peter Müller  
Dienstag, 11. November 2008, 19.00 Uhr  
Staatsarchiv Ludwigsburg  
Arsenalplatz 3, 71638 Ludwigsburg  
Vorankündigung 07141/18-6310

# Alamannen zwischen Schwarzwald, Neckar und Donau

Ausstellung gibt Einblicke in die Lebenswelt des Frühmittelalters

## Alamannen zwischen Schwarzwald, Neckar und Donau

Die nächsten Standorte der Ausstellung:

20. September – 23. November 2008  
Hohenzollerisches Landesmuseum  
Im Alten Schloss, Schlossplatz 5,  
72379 Hechingen  
[www.zollernalbkreis.de](http://www.zollernalbkreis.de)

7. Dezember 2008 – 18. Januar 2009  
Museum der Stadt Ehingen  
Am Viehmarkt, 89584 Ehingen (Donau)  
[www.alb-donau-kreis.de](http://www.alb-donau-kreis.de)

2. Februar – 15. März 2009  
Stadthaus  
Oberer Markt, 72250 Freudenstadt  
[www.landkreis-freudenstadt.de](http://www.landkreis-freudenstadt.de)

29. März – 24. Mai 2009  
Heimatmuseum Reutlingen  
Oberamteistraße 22, 72764 Reutlingen  
[www.kreis-reutlingen.de](http://www.kreis-reutlingen.de)

Nähere Informationen zu Öffnungszeiten, Begleitveranstaltungen und Ansprechpartnern sind bei den Kreisarchiven und über die Internetseiten der beteiligten Landkreise erhältlich.

Begleitbuch  
Alamannen zwischen Schwarzwald, Neckar und Donau. Herausgegeben von Dorothee Ade, Bernhard Rüth und Andreas Zekorn. Konrad Theiss Verlag Stuttgart 2008. 208 Seiten mit über 220 farbigen Abbildungen. Buchhandelsausgabe: ISBN 978-3-8062-2157-2; 29,90 €.



Der Landstrich zwischen Schwarzwald, Neckar und Donau gehörte im frühen Mittelalter zur Kernzone des alamannischen Siedlungsgebiets. In dieser Region haben die Alamannen ein vielfältiges archäologisch-historisches Erbe hinterlassen. Diesem Erbe widmet sich die Ausstellung *Alamannen zwischen Schwarzwald, Neckar und Donau*, die seit Anfang April 2008 bis Ende Mai 2009 an verschiedenen Standorten zu sehen ist.

Die Wanderausstellung vermittelt ein plastisches Bild von der Welt des Frühmittelalters und den wechselvollen Geschichten der Alamannen vom späten 3. bis ins 9. Jahrhundert. Zu sehen sind eindrucksvolle Exponate aus staatlichen und kommunalen Museen, Archiven und Sammlungen. Die archäologischen Funde und Befunde beleuchten verschiedenste Facetten des frühmittelalterlichen Lebens – von Politik und Wirtschaft über Gesellschaft und Religion bis hin zu Kleidung, Schmuck und Nahrung. Zu den Hauptleihgebern zählen das Archäologische Landesmuseum Baden-Württemberg in Konstanz und das Landesmuseum Württemberg in Stuttgart. An den jeweiligen Ausstellungsstellen werden zusätzlich regionale Funde

gezeigt, teils von neueren Grabungen, die vielfach der Öffentlichkeit noch nicht zugänglich waren.

Vom Stiftsarchiv in St. Gallen werden für die Alamannen-Ausstellung erstmals Privaturkunden der Karolingerzeit – sie zählen zum Weltkulturerbe – in die Bundesrepublik Deutschland ausgeliehen und an einigen Ausstellungsstandorten im Original präsentiert.

Die Inszenierung einer Wohnstube mit rekonstruierten Möbeln aus dem Trossinger „Leiergrab“, nachgewobene Kleider, eine Holzwerkstatt und eine Grabkammer führen dem Besucher verschiedene Bereiche des Lebens zur Alamannenzeit vor Augen. Darüber hinaus gibt es in einem digitalen Fundstellenkatalog sowie auf speziellen Kinder- und Jugendtafeln viel Interessantes zu entdecken. Führungen, Begleitveranstaltungen und Vorträge komplettieren die Ausstellung.

Das Ausstellungsprojekt ist eine Gemeinschaftsinitiative des Alb-Donau-Kreises, der Landkreise Freudenstadt, Reutlingen, Rottweil und Tuttlingen sowie des Zollernalbkreises.

BERNHARD RÜTH  
ANDREAS ZEKORN

Pergamenturkunde einer Güterverleihung  
zwischen Kloster St. Gallen und Graf Berthold vom  
27. März 793 mit der Erstnennung zahlreicher  
Orte der Region.  
Vorlage: Stiftsarchiv St. Gallen Urk. I 121

## Schrift – Individuum – Geschichte

Abschlussprojekt eines Kulturellen Freiwilligendienstes im Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Was, Sie machen hier im Haus ein  
Freiwilliges Soziales Jahr? Davon habe ich  
allen jungen Frauen stets abgeraten!  
entgegnet mir die ältere Dame entsetzt  
auf meine Auskunft, dass ich seit Sep-  
tember 2007 als Kulturelle FSJlerin im  
Hauptstaatsarchiv Stuttgart tätig bin.  
Die anschließende Ausführung ihrer  
außergewöhnlichen Ansicht gipfelt in  
dem Satz *Ihr macht alles wieder kaputt,  
was wir über Jahre erkämpft haben!*,  
der jedenfalls zeigt, dass sie sich mich –  
im Bewusstsein der Leistung ihrer Gene-  
ration – als Teil einer nachfolgenden  
begrift. Dieses Bewusstsein, wie alle  
Mitmenschen einmaliger und gleichwer-  
tiger Teil einer Generation zu sein, die  
Geschichte erlebt, gestaltet und schreibt,  
ist wohl mit das Wertvollste, das ich aus  
meinem Jahr als Freiwillige im Sozialen  
Jahr Kultur mitnehmen werde. Das  
nun besonders auch jungen Menschen  
weiterzugeben, habe ich mir für mein

Abschlussprojekt als Ziel gesetzt.  
In dem von mir gestalteten *Archivale  
des Monats Juli/August 2008* ging es um  
das Verhältnis von Schrift und Indivi-  
duum im Lauf der Jahrhunderte, von  
den einheitlichen Schriften mittelalter-  
licher Schreiber bis hin zu den ein-  
maligen Handschriften unserer Tage.  
Um zu verdeutlichen, dass jede einzig-  
artige Handschrift ein Stück der Persön-  
lichkeit des Schreibers widerspiegelt,  
wurden eine Schriftpsychologin sowie  
eine Sachverständige für Forensische  
Schriftuntersuchung zu einem Begleit-  
workshop eingeladen. In einer öffent-  
lichen Abendveranstaltung bot sich  
die Möglichkeit, schwer lesbare Hand-  
schriften aus Privatbesitz von Archivaren  
entziffern zu lassen. Eigene Fähigkeiten  
bei der Entzifferung alter Handschriften  
konnten sich die Besucher der Präsen-  
tation mithilfe der zusätzlich erstellten  
Quellenmappen aneignen.

Neben einem kleinen Eindruck von der  
Geschichte der Handschriften seit dem  
Mittelalter sollte die Präsentation aber  
vor allen Dingen eines mit auf den Weg  
geben: das Bewusstsein, dass jede Hand-  
schrift einmalig ist, jeder seit jeher als  
Mensch einmalig ist und als einmaliges  
Individuum seiner Generation (in)direkt  
Geschichte schreibt, im wahrsten Sinn  
des Worts.

JUDITH WIEDEMANN

Ein Satz, sieben Varianten: Hinter jeder Schrift  
verbirgt sich ein einmaliges Individuum, das Ge-  
schichte schreibt.  
Vorlage: Landesarchiv HStAS

# Der Generalstreik 1919 in Ravensburg

## Historischer Zusammenhang

Die Demokratie hatte in der deutschen Geschichte einen denkbar ungünstigen Einstand, als sie in der Weimarer Republik 1918 erstmals zur politischen Ordnung wurde. Ihren krisenhaften Beginn prägten die inneren und äußeren Belastungen durch den verlorenen Ersten Weltkrieg. Als das Eingeständnis der militärischen Niederlage nicht mehr aufgeschoben werden konnte, suchten sich die Repräsentanten des Kaiserreichs und der Obersten Heeresleitung davon zuzustehlen, indem sie empfahlen, die Regierungsgewalt in diesem historischen Augenblick an die Vertreter der SPD zu übergeben, wie es dann auch geschah. Mit dem unsinnigen Befehl, die Hochseeflotte Ende Oktober 1918 zu einem letzten Kampf gegen England in die Nordsee zu schicken, lösten Oberste Heeresleitung und kaiserliche Flottenführung einen Matrosenaufstand und eine Streikbewegung aus, die sich An-

fang November nach russischem Vorbild in kürzester Frist zur landesweiten Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten entwickelte. Dies geschah sogar ganz im Süden Deutschlands, wo sich auch in Ravensburg und Weingarten sowie in Friedrichshafen Arbeiter- und Soldatenräte bildeten.

Nachdem Reichskanzler Prinz Max von Baden die Regierungsgeschäfte am 9. November 1918 an den (Mehrheits-) Sozialdemokraten Friedrich Ebert übergeben hatte, lasteten auf dessen provisorischer Regierung nicht nur die Kriegsfolgen in Gestalt der verbreiteten sozialen Notlage, sondern auch Befürchtungen vor einem bolschewistischen Umsturz, die konservative und bürgerliche Kreise mit der MSPD teilten. Deshalb ging Ebert am 10. November 1918 auf das Bündnisangebot des Generals Wilhelm Groener ein, um seiner Regierung die Mittel zu beschaffen, sich gegen den Umsturz von links zur Wehr setzen zu können; allerdings mithilfe derer, die die Sozial-

demokratie im Kaiserreich stets zu Vaterlandsfeinden gestempelt hatten. Durch diesen Ebert-Groener-Pakt trat bald ein gewaltiger Prestigeverlust der MSPD bei ihren Traditionswählern ein. Unter diesen Vorzeichen übernahm die Sozialdemokratie, seit 1917 in MSPD und USPD gespalten, erstmals die Regierungsverantwortung in Deutschland. Im *Rat der Volksbeauftragten* aus Vertretern der MSPD und USPD schien es kurzfristig zu gelingen, die Konflikte zwischen dem bürgerlichen und dem revolutionären Flügel der Partei zu überwinden. Der Rat einigte sich am 12. November auf ein *sozialistisches Programm*, das allerdings den revolutionären Gedanken und Plänen der Linksozialisten im Spartakus und in der USPD bei Weitem nicht genügte. Gestützt auf eine überwältigende Mehrheit auf dem Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin am 16./19. November 1918, fiel bei der MSPD die Entscheidung gegen die proletarische Revolution und für den demokratischen

### Wahlergebnisse in Weingarten 1919 – 1924 (in Prozent)

	Verfassunggebende Landesversammlung 12. Januar 1919	Verfassunggebende Nationalversammlung 19. Januar 1919	Gemeinderat 18. Mai 1919	Landtag 6. Juni 1920	Reichstag 6. Juni 1920	Landtag 4. Mai 1924	Reichstag 4. Mai 1924
SPD	31,4	33,2	33,2	6,7	6,8	3,1	3,5
USPD	2,6	2,1	2,1	14,6	14,2	-	-
KPD	-	-	-	4,4	4,7	13,2	12,5
DDP	14,1	12,6	12,6	10,2	9,9	14,4	10,5
Zentrum	44,4	47,1	47,1	54,6	53,7	50,8	52,6
Sonstige	7,5	5	5	9,5	10,7	18,5	20,9

Quelle: Oberschwäbischer Anzeiger vom 13. Januar, 19. Januar und 21. Mai 1919, 7. Juni 1920; Oberschwäbische Volkszeitung vom 5. Mai 1924.

parlamentarischen Weg mit Wahlen zur Nationalversammlung und anschließender Regierungsbildung. Dem begegneten USPD, Spartakus bzw. die spätere KPD mit Aktionen zum gewaltsamen Umsturz. Im Januar 1919 kam es zum Spartakus-Aufstand in Berlin, der am Bündnis der MSPD mit den Konservativen und der bewaffneten Macht von Armee und Freikorps scheiterte. In der Folge und als Konsequenz aus dieser militärischen Niederlage einerseits wie aus den klaren Abstimmungsniederlagen in den Rätekongressen andererseits versuchte es die Linke mit Generalstreiks als Mittel zur Mobilisierung der Arbeiterschaft in Richtung Revolution – auch in württembergischen Industriezentren wie Stuttgart, Esslingen am Neckar, Göppingen, Ludwigsburg, Friedrichshafen und Ravensburg. Wie in Berlin so mussten Anfang April 1919 auch die Vertreter der SPD in der Provinz Farbe bekennen: für *Ruhe und Ordnung* oder für Gewalt und *Generalstreik*.

Der Ablauf der Ereignisse, auf die sich die hier vorgelegten Dokumente aus dem Stadtarchiv Ravensburg beziehen, sei kurz skizziert. Am 31. März 1919 begannen die Streikaktionen im Raum Stuttgart. Am 1. April wurde auch in Ravensburg, beginnend bei der Maschinenfabrik Escher Wyss, unter der Leitung des USPD-Manns Heinrich Mat-

thies gestreikt. Eine Versammlung mit rund 400 Arbeitern versuchte, den Streik auf die Maschinenfabrik Weingarten auszudehnen, was aber misslang. Am 2. April kam es im Stuttgarter Raum zu gewalttätigen Ausschreitungen. Am selben Tag erschienen in Ravensburg Flugblätter für und gegen den Generalstreik. Am 3. April versammelten sich rund 1200 Arbeiter, die über den Generalstreik diskutierten, wobei die Gegensätze zwischen USPD und MSPD auch vor Ort deutlich wurden. Da gleichzeitig auch erkennbar wurde, dass der Generalstreik nur von einer Minderheit der Arbeiter getragen wurde, begann die Front der Streikenden zu bröckeln. Am 4. April wurde die Arbeit in Ravensburg und Umgebung fast überall wieder aufgenommen.

Im Kaiserreich hatte die SPD durch die Kompromissformel Karl Kautskys, sie sei *eine revolutionäre, aber nicht Revolution machende Partei*, den Spagat zwischen Revolutionsversprechen für die Arbeiterschaft und bürgerlicher Reformpolitik halten können. Als 1905 in Partei und Gewerkschaften eine Generalstreikdebatte geführt wurde, nannte Karl Legien als der Führer der deutschen Gewerkschaften einen Generalstreik *Generalunsinn*. Ganz ähnlich mochte zu Beginn der Weimarer Republik die Mehrheit der Sozialdemokraten

und der Gewerkschaftler empfinden. Die soziale und wirtschaftliche Notlage durch akute Probleme des Kriegsendes und der Niederlage ließen einen *Generalstreik* oder gar einen revolutionären Umsturz unverantwortlich erscheinen. Außerdem glaubte man, nun auf dem Weg demokratischer Willensbildung mit dem Sozialismus, wie ihn die MSPD verstand, voranzukommen. Allerdings löste die MSPD das Versprechen, den Sozialismus einzuführen, in den Augen vieler Arbeiter nicht ein. Sie musste sich später den Vorwurf gefallen lassen, die alten Eliten nicht aus ihren Positionen vertrieben und die Eigentumsordnung nicht angetastet zu haben. In der Folge hatte sie erhebliche Verluste bei Reichstagswahlen, aber auch bei Landtagswahlen und in den Kommunen. Damit geriet die Stabilität der jungen Republik in Gefahr, war doch die MSPD neben der DDP die einzige große Partei, die wirklich ohne Vorbehalt zur Weimarer Demokratie stand. Gegenüber jenen, die in der Weimarer Republik ausschließlich eine Geschichte des Scheiterns sehen wollen, sei betont, dass sie unter dem Reichspräsidenten Ebert die Umsturzversuche der stürmischen Anfangsphase und das Katastrophenjahr 1923 überstand. Es gibt keine Entwicklung, die „notwendig“ zur Kanzlerschaft Hitlers führt.

### Wahlergebnisse in Ravensburg 1919 – 1924 (in Prozent)

	Verfassunggebende Landesversammlung 12. Januar 1919	Verfassunggebende Nationalversammlung 19. Januar 1919	Gemeinderat 18. Mai 1919	Landtag 6. Juni 1920	Reichstag 6. Juni 1920	Landtag 4. Mai 1924	Reichstag 4. Mai 1924
SPD	23,3	23,9	11,5	7,8	7,1	5,6	5,7
USPD	3,3	2,5	6,6	12,5	12,9	-	-
KPD	-	-	-	2,8	2,8	13,3	12,4
DDP	11,5	12,9	14,6	10,3	10,9	6,4	6,1
Zentrum	49,3	50,9	39,4	52,3	51,2	55,7	55,4
Sonstige	12,6	9,8	27,9	14,3	15,1	19	20,4

## Thema im Geschichtsunterricht

Sich im Geschichtsunterricht mit einem misslungenen Generalstreikversuch in der schwäbischen Provinz zu befassen, und zwar mit archivalischen Dokumenten, erscheint auf den ersten Blick vielleicht nicht sehr zwingend. Hier könnte der Verdacht aufkommen, es handle sich bei diesem Unternehmen um die Bearbeitung von historischem Stoff, der doch lieber der aktuellen Forderung nach „Entrümpelung“ anheimfallen sollte. Wer allerdings die hier angebotenen Dokumente aus den ersten Apriltagen des Jahres 1919 genauer zur Kenntnis nimmt, wird erkennen können, dass sie sehr geeignet sind, eine Konstante deutscher Politik vom Kaiserreich bis in die jüngste Gegenwart zu beleuchten, nämlich den Dauerkonflikt innerhalb der politischen Vertretung der Arbeiterbewegung und damit in der Sozialdemokratie. Die Debatten um die Hartz-IV-Gesetzgebung, die Abspaltung bzw. Neugründung der Partei *Die Linke* belegen in der Gegenwart, dass die deutsche Sozialdemokratie immer wieder eine Sollbruchstelle aufweist, die zwischen einem eher radikalen linken und einem eher bürgerlich-reformorientierten Flügel der Partei verläuft. Zu Beginn der Weimarer Republik, als die Erwartungen an eine nun regierende – ehemals – revolutionäre SPD besonders hoch schienen, öffnete sich geradezu exemplarisch der Graben zwischen der verbürgerlichten MSPD und der sozialistischen Linken, der USPD und der späteren KPD. Anhand der Analyse des Generalstreiks werden damit tiefgreifende Strukturprobleme der Weimarer Gesellschaft und Politik erfahrbar. Dabei geht es letztlich darum, was denn unter dem Programm des *Sozialismus* zu verstehen sei. Ist *Sozialismus* mit gewaltsamen Aktionen, etwa einem erzwungenen Generalstreik, verbunden und bedeutet er einen Umsturz der bürgerlichen Eigentumsordnung und einen Sturz der alten Eliten? Oder ist *Sozialismus* ein ganz und gar friedlicher, demokratisch legitimer Übergang, der allmählich zu mehr sozialer Gleichheit und zu mehr Wohlstand für breite Schichten der Bevölkerung führt? Ist *Sozialismus* ein programmatischer *Bürgerschreck*, wie es USPD bzw. KPD in der Weimarer Repu-

blik sein wollten? Oder ist *Sozialismus* mit der bürgerlichen Demokratie kompatibel, ja sogar ihre notwendige soziale Ergänzung, wie es die MSPD signalisieren mochte? Erstmals in der Regierungsverantwortung erlebte die Sozialdemokratie 1918/19, wie schwer es für sie ist, die Erwartungen der Arbeiterschaft zu erfüllen und gleichzeitig eine verantwortungsvolle Politik für das gesamte Gemeinwesen zu machen.

Macht man die Streikbewegung vom April 1919 im Raum Ravensburg zum Unterrichtsgegenstand, so handelt es sich vermutlich um den ersten – und wahrscheinlich einzigen – Generalstreik, den die Schülerinnen und Schüler mitsamt seinen Begleiterscheinungen im Unterricht kennenlernen. Dieses Vorhaben kann sich lohnen, weil dabei die „Gräben“ zwischen den politischen Lagern klar erkennbar werden. Auch in der oberschwäbischen Provinz können MSPD und USPD politisch nicht konstruktiv zusammenwirken. Der notorische Zwiespalt sozialdemokratischer Regierungen zwischen Verfolgung der Arbeiterinteressen und Verteidigung von „Ruhe und Ordnung“ im Staat ist geeignet, im problemorientierten Geschichtsunterricht gegenübergestellt zu werden. Ebenso historisch zu Beginn der Weimarer Republik bedeutsam – aber auch von beinahe zeitloser Bedeutung – ist die Problematik der Gewaltbereitschaft radikaler politischer Gruppen. Somit kann am Beispiel des Generalstreiks diskutiert werden, ob Gewalt überhaupt ein Mittel der Politik sein soll, ob etwa Nötigung zum Streik schon eine Form unerlaubter Gewalt darstellt und ob die politisch Verantwortlichen eine angemessene Gegengewalt organisieren dürfen. Damit verbunden erscheint das Problem der „Ohnmacht“ einer politischen Mitte, die Gewalt grundsätzlich nicht anwendet und somit ins Hintertreffen gerät. Die Erfahrungen der Weimarer Zeit lehren, dass die politische Mitte in Gestalt von MSPD und DDP schon in der Anfangsphase im Zwiespalt von Gewalt und Gegengewalt entscheidend geschwächt und in der Endphase schließlich zerrieben wurde. Glaubte doch die KPD aus ihrer Sicht, die Sozialdemokratie müsse als der eigentliche Feind der Arbeiterklasse angesehen und bekämpft werden – und nicht die NSDAP. Verfolgt man den roten Faden

der Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Deutschland weiter, gelangt man zur Gründung der *Sozialistischen Einheitspartei* (SED) 1946. Mit dem Argument, die Spaltung der sozialistischen Bewegung in Deutschland habe die Hitler-Diktatur begünstigt, wollte man nun in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) unter dem Patronat der Sowjetunion SPD und KPD zu einer einzigen Parteiorganisation machen. Und wieder musste die Sozialdemokratie die Anwendung von Druck und Gewalt von kommunistischer Seite erleben. Ohne diese historische Tiefendimension lässt sich bis auf den heutigen Tag nicht verstehen, wie tief die Abneigung zwischen SPD und „Linken“ ist und aus welchen unterschiedlichen Blickwinkeln sie sich betrachten. Insofern ist das Moment der Perspektivität ein weiterer didaktischer Leitfaden, an dem entlang eine Betrachtung der angebotenen Dokumente lohnend ist. Sie alle weisen für Schülerinnen und Schüler gut erkennbare Absender und Adressaten auf, in allen werden aus bestimmbaren Perspektiven erwachsene Feindbilder fassbar, aus denen der Konflikt zwischen gemäßigter SPD und radikaler USPD bzw. KPD exemplarisch rekonstruierbar ist.

Die Auswahl an Dokumenten aus dem Ravensburger Stadtarchiv könnte noch unter einem weiteren didaktischen Aspekt zum Unterrichtsgegenstand taugen, nämlich unter der Fragestellung, wie eigentümlich und seltsam Revolutionen in Deutschland ablaufen. Das Phänomen „Revolution“ ist in Deutschland – anders als beim Nachbarn Frankreich – von vornherein negativ besetzt. Wie schon 1848/49 weckte eine Revolution bei der großen Mehrzahl der Deutschen auch 1918/19 heftige Abwehrreflexe. Man fürchtete sich vor einer Eskalation der Gewalt, verbunden mit populistischen Forderungen nach sozialer ‚Égalité‘. Gemäßigte und radikale Kräfte gerieten in beiden Fällen über Ziele und Methoden der Revolution schnell in Konflikt und versäumten es damit, einen wirklichen nachhaltigen Umsturz in die Wege zu leiten. Insofern hat die Parole des Jahres 1989 *Keine Gewalt!* eine lange Vorgeschichte, die unter den Bedingungen des Kalten Kriegs allerdings zum glücklichen Ausgang und zum Erfolg der „friedlichen Revolution“ geführt hat.





Das Flugblatt der regionalen Betriebe und Vereine mischt Polemik und Argumente gegen den Generalstreik; es wendet sich an die nicht revolutionäre Arbeiterschaft und nutzt die Furcht vor dem Bolschewismus. Die Liste der Absender zeigt, wie breit das Bündnis gegen die streikende Linke ist.

terschaft und nutzt die Furcht vor dem Bolschewismus. Die Liste der Absender zeigt, wie breit das Bündnis gegen die streikende Linke ist.



Flugblatt von Betrieben und Vereinen im Raum Ravensburg gegen den Generalstreik. Vorlage: Stadtarchiv Ravensburg





*Feldküche des Infanterie-Regiments Nr. 124  
im Oktober 1918.*



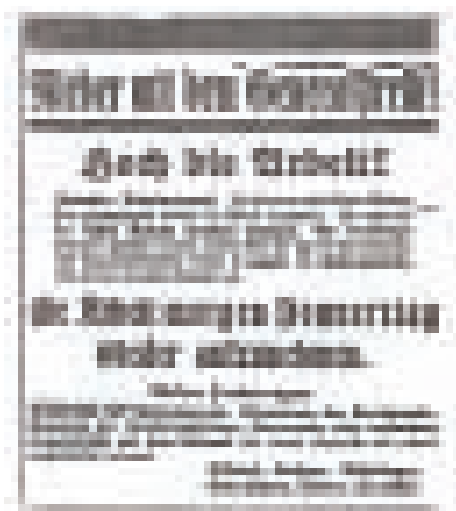
*Mitglieder des Soldatenrats Weingarten,  
Anfang 1919.*



*Mitglieder des Soldatenrats Weingarten beim Tanz-  
kurs, Anfang 1919.*

*Vorlagen: Werner Heinz, Altdorf\_Weingarten  
1805–1945, Bergatreute 1990, S. 186, 191, 193*

Sämtliche Dokumente lassen sich nach einen einfachen Kommunikationsmodell auswerten: Wer sagt was zu wem, mit welchen Mitteln, mit welchen Absichten, mit welchen (möglichen) Wirkungen?



Arbeiterräte der MSPD Ravensburg machen ihre Haltung zum Generalstreik klar.  
Vorlage: Oberschwäbische Volkszeitung vom 2. April 1919

## Methodische Umsetzung im Unterricht

Der polemische Gehalt und die Kontroversität der Quellen, die Zuspitzung der Ereignisse auf engem Raum und in wenigen Tagen, die antithetische Anlage der Situation zwischen streikbereiten Revolutionären und ordnungsliebenden patriotischen Bürgern, zu denen auch die große Mehrheit der Sozialdemokraten innerhalb wie außerhalb der Arbeiterräte zählte, eröffnen ein Fülle von Möglichkeiten, daraus einen lebendigen Geschichtsunterricht zu gestalten, der die Schülerinnen und Schüler in hohem Maß aktivieren kann.

1. Sie können das Material dazu verwenden, eigene politische Flugblätter und Plakate zu entwerfen, auf denen die Feindbilder auch visualisiert werden, was die angebotenen Dokumente allesamt unterlassen.
2. Möglich wäre die Gestaltung von Wandzeitungen zur Information der Bürger in der Stadt, *denn die Druckereien haben sich dem Generalstreik angeschlossen*. Diese Wandzeitung könnte aus dem Material eine Karte der Ereignisse in Württemberg gestalten, eine chronologische Abfolge der Ereignisse

aus den Quellen rekonstruieren und die Kontrahenten der Generalstreikdebatte mit ihren Positionen gegenüberstellen.

3. Ein Gruppe von Schülerinnen und Schülern könnte Tagebucheinträge vom 31. März bis zum 4. April 1919 niederschreiben, wobei sie sich die Perspektive von Streikenden, von Streikbrechern, von Unternehmern, von Vertretern der Stadt Ravensburg zu eigen machen könnten.
4. Möglich wäre es, verschiedene Schülergruppen mit einseitig ausgewähltem Quellenmaterial auszustatten und sie zu beauftragen, den Generalstreik nur aus dieser eingeschränkten Sichtweise als Schulbuch- oder Zeitungsartikel darzustellen. In der vergleichenden Auswertung könnte dann exemplarisch die Konstruierbarkeit von Geschichte erkannt werden, wenn die Quellenbasis einseitig ist.
5. Da im Lauf der realen Ereignisse Versammlungen von Arbeitern und ihren Sprechern stattgefunden haben, könnte man in Form eines Rollenspiels nachvollziehen, wie dabei mit welchen Argumenten für und gegen den Generalstreik diskutiert worden ist. Auch hierbei könnte die Zuteilung des Materials an Vertreter der USPD, an Vertreter der MSPD und an Vertreter der städtischen Verwaltung in einseitiger Auswahl erfolgen. Die Diskussion könnte sich auch in der Szenerie einer Sitzung des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrats abspielen. Am Ende der Debatte für und gegen den Generalstreik könnte eine demokratische Abstimmung erfolgen.
6. Das bewegende Ereignis eines Generalstreiks und die emotional ansprechenden Dokumente aus dem Archiv legen auch eine Kooperation zwischen den Fächern Deutsch und Geschichte nahe. Neben einer Umsetzung in Form von Tagebucheinträgen könnte man auch an eine Umformung in Fernseh- oder Radionachrichten denken, sogar an die Spiegelung der revolutionären Inhalte in der Literatur der Weimarer Republik.

## Literatur

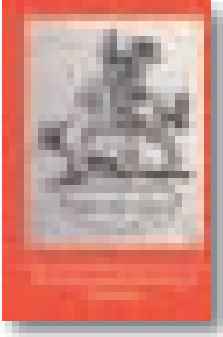
WOLFGANG ABENDROTH: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Frankfurt am Main 1965.

PETER EITEL: Ravensburg im 19. und 20. Jahrhundert. Ostfildern 2004.

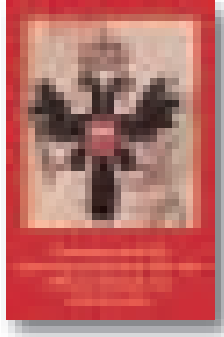
Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Band 4: Die Länder seit 1918. Herausgegeben von HANSMARTIN SCHWARZMAIER und MEINRAD SCHWAAB. Stuttgart 2003.

UWE KRAUS: Von der Zentrumshochburg zur NS-Gemeinde. Aufstieg und Machtergreifung der Nationalsozialisten in Ravensburg zwischen 1928 und 1935. Dissertation Tübingen/Stuttgart 1986.

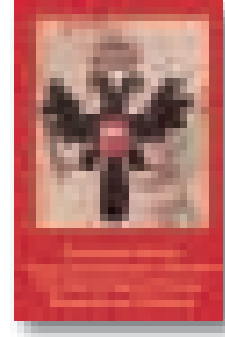
# Neue Veröffentlichungen des Landesarchivs Baden-Württemberg



Akten des Reichskammergerichts im  
Hauptstaatsarchiv Stuttgart  
Nachträge  
Inventar des Bestands C 3  
Bearbeitet von Alexander Brunotte und  
Raimund J. Weber  
Veröffentlichungen der Staatlichen Ar-  
chivverwaltung Baden-Württemberg  
Band 46/8  
Verlag W. Kohlhammer 2008  
455 Seiten, fester Einband/Fadenheftung  
€ 38,-  
ISBN 978-3-17-020482-9



Vorderösterreichische Regierung und  
Kammer 1753–1805  
Oberamt Stockach und Stadt Konstanz  
Bearbeitet von Peter Steuer und Konrad  
Krimm  
Veröffentlichungen der Staatlichen Ar-  
chivverwaltung Baden-Württemberg  
Band 50/7  
Verlag W. Kohlhammer 2008  
520 Seiten, fester Einband/Fadenheftung  
€ 47,-  
ISBN 978-3-17-020483-6

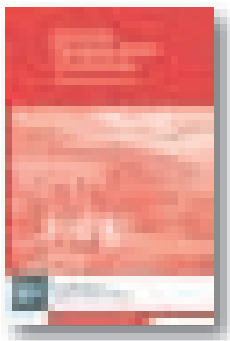


Vorderösterreichische Regierung und  
Kammer 1753–1805  
Oberämter Bregenz, Tettngang, Winnwei-  
ler und Offenburg  
Bearbeitet von Petra Schön, Peter Steuer  
und Konrad Krimm  
Veröffentlichungen der Staatlichen Ar-  
chivverwaltung Baden-Württemberg  
Band 50/9  
Verlag W. Kohlhammer 2008  
397 Seiten, fester Einband/Fadenheftung  
€ 37,-  
ISBN 978-3-17-020484-3

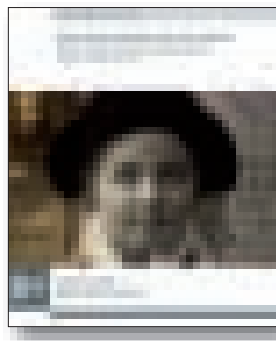
**Die Bände** sind im Buchhandel oder direkt beim Verlag  
W. Kohlhammer ([www.kohlhammer.de](http://www.kohlhammer.de)) erhältlich.

**Alle Neuerscheinungen** finden Sie auf der Homepage des  
Landesarchivs Baden-Württemberg ([www.landesarchiv-  
bw.de](http://www.landesarchiv-<br/>bw.de)) unter „Aktuelles > Neue Publikationen“.

**Archivnachrichten und Quellen** für den Unterricht finden  
Sie auch auf der Homepage des Landesarchivs Baden-Würt-  
temberg ([www.landesarchiv-bw.de](http://www.landesarchiv-bw.de)) unter „Das Landesar-  
chiv > Publikationen“.



Archiv der Freiherren  
Roeder von Diersburg  
Urkundenregesten 1310–1812  
Bearbeitet von Martin Burkhardt und  
Konrad Krimm  
Inventare der nichtstaatlichen Archive in  
Baden-Württemberg, Band 35  
Verlag W. Kohlhammer Stuttgart 2007  
220 Seiten, 18 Abbildungen, fester Ein-  
band/Fadenheftung  
€ 25,-  
ISBN 978-3-17-020071-5



Individualisierung von Geschichte  
Neue Chancen für Archive?  
Vorträge des 67. Südwestdeutschen  
Archivtags am 23. Juni 2007 in Eppingen  
Herausgegeben von Peter Müller  
Verlag W. Kohlhammer Stuttgart 2008  
80 Seiten, 27 Abbildungen, kartoniert  
€ 8,-  
ISBN 978-3-17-020450-8



Hitlers Verbrechen  
Crimes Hitlériens  
Eine Ausstellung der französischen Be-  
satzungsmacht 1945/1946  
Bearbeitet von Hans-Georg Merz und  
Herbert Uhl  
Verlag W. Kohlhammer 2008  
127 Seiten, 103 Abbildungen, kartoniert  
€ 16,-  
ISBN 978-3-17-020744-8

## Impressum

Landesarchiv Baden-Württemberg,  
Eugenstraße 7, 70182 Stuttgart,  
Telefon 0711/212-4273,  
Telefax 0711/212-4283,  
E-Mail: [landesarchiv@la-bw.de](mailto:landesarchiv@la-bw.de),  
Internet: [www.landesarchiv-bw.de](http://www.landesarchiv-bw.de)

Redaktion:  
Dr. Wolfgang Zimmermann,  
Luise Pfeifle  
Gestaltung:  
agil > Visuelle Kommunikation,  
Pforzheim  
Druck: Pfitzer Druck und Medien e.K.,  
Renningen

Das Heft erscheint halbjährlich und wird  
kostenlos abgegeben.

Titelfoto:  
Werbeplakat „Trümmer oder Aufbau?“  
für die Schriften der Antibolschewisti-  
schen Liga, Ausschnitt.  
Vorlage: Landesarchiv HStAS J 151  
Nr. 2437

# Landesarchiv Baden-Württemberg

---

## Präsident

Landesarchiv Baden-Württemberg  
Eugenstraße 7  
70182 Stuttgart  
Telefon: 0711/212-4272  
Telefax: 0711/212-4283  
E-Mail: [landesarchiv@la-bw.de](mailto:landesarchiv@la-bw.de)

## Serviceabteilungen

Landesarchiv Baden-Württemberg  
**Verwaltung**  
Eugenstraße 7  
70182 Stuttgart  
Telefon: 0711/212-4272  
Telefax: 0711/212-4283  
E-Mail: [verwaltung@la-bw.de](mailto:verwaltung@la-bw.de)

Landesarchiv Baden-Württemberg  
**Fachprogramme und Bildungsarbeit**  
Eugenstraße 7  
70182 Stuttgart  
Telefon: 0711/212-4272  
Telefax: 0711/212-4283  
E-Mail: [fachprogramme@la-bw.de](mailto:fachprogramme@la-bw.de)

### INSTITUT FÜR ERHALTUNG

**Institut für Erhaltung von  
Archiv- und Bibliotheksgut**  
Schillerplatz 11  
71638 Ludwigsburg  
Telefon: 07141/18-6600  
Telefax: 07141/18-6699  
E-Mail: [bestandserhaltung@la-bw.de](mailto:bestandserhaltung@la-bw.de)

## Archivabteilungen

### STAATSARCHIV FREIBURG

Colombistraße 4  
79098 Freiburg im Breisgau  
Telefon: 0761/38060-0  
Telefax: 0761/38060-13  
E-Mail: [stafreiburg@la-bw.de](mailto:stafreiburg@la-bw.de)

### GENERALLANDESARCHIV KARLSRUHE

Nördliche Hildapromenade 2  
76133 Karlsruhe  
Telefon: 0721/926-2206  
Telefax: 0721/926-2231  
E-Mail: [glakarlsruhe@la-bw.de](mailto:glakarlsruhe@la-bw.de)

### STAATSARCHIV LUDWIGSBURG

Arsenalplatz 3  
71638 Ludwigsburg  
Telefon: 07141/18-6310  
Telefax: 07141/18-6311  
E-Mail: [staludwigsburg@la-bw.de](mailto:staludwigsburg@la-bw.de)

### HOHENLOHE-ZENTRALARCHIV NEUENSTEIN

Außenstelle des  
Staatsarchivs Ludwigsburg  
Schloss  
74632 Neuenstein  
Telefon: 07942/2277  
Telefax: 07942/4295  
E-Mail: [hzaneuenstein@la-bw.de](mailto:hzaneuenstein@la-bw.de)

### STAATSARCHIV SIGMARINGEN

Karlstraße 1+3  
72488 Sigmaringen  
Telefon: 07571/101-551  
Telefax: 07571/101-552  
E-Mail: [stasigmaringen@la-bw.de](mailto:stasigmaringen@la-bw.de)

### HAUPTSTAATSARCHIV STUTTART

Konrad-Adenauer-Straße 4  
70173 Stuttgart  
Telefon: 0711/212-4335  
Telefax: 0711/212-4360  
E-Mail: [hststuttgart@la-bw.de](mailto:hststuttgart@la-bw.de)

### STAATSARCHIV WERTHEIM

im Archivverbund Main-Tauber  
Bronnbach 19  
97877 Wertheim  
Telefon: 09342/91592-0  
Telefax: 09342/91592-30  
E-Mail: [stawertheim@la-bw.de](mailto:stawertheim@la-bw.de)

